54. Sitzung

Mittwoch, den 18.05.2011

Erfurt, Plenarsaal

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Bergner, FDP 4920, 4920
Hitzing, FDP 4920

a) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der SPD zum Thema: "Effekte eines gesetzlichen Mindestlohns - Konsequenzen der Prognos-Studie für Thüringen"

4921

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/2674 -

Lemb, SPD 4921, 4922
Leukefeld, DIE LINKE 4922, 4923
Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 4923
Günther, CDU 4924
Kemmerich, FDP 4925
Ramelow, DIE LINKE 4926
Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie 4926
Barth, FDP 4928
Bergemann, CDU 4928

- b) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion DIE LINKE zum Thema: "Umsetzung des Kita-Gesetzes in Thüringen nach einem Jahr einschließlich der Finanzierung durch den Landeshaushalt"** 4929
- Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/2676 -
- Jung, DIE LINKE 4929
 - Pelke, SPD 4930
 - Hitzing, FDP 4931
 - Kowalleck, CDU 4931
 - Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 4932
 - Emde, CDU 4933
 - Matschie, Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur 4934, 4936
 - Kuschel, DIE LINKE 4936
- c) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der FDP zum Thema: "Auswirkungen der Mai-Steuerschätzung 2011 auf Thüringen"** 4937
- Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/2704 -
- Barth, FDP 4937, 4944
 - Huster, DIE LINKE 4938
 - Kowalleck, CDU 4939
 - Dr. Pidde, SPD 4940
 - Meyer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 4941, 4943
 - Ramelow, DIE LINKE 4942
 - Dr. Voß, Finanzminister 4943
- d) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Thema: "Verfassungsgemäße Verwendung der Fraktionsmittel in Thüringen sicherstellen"** 4944
- Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/2735 -
- Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 4945
 - Emde, CDU 4945
 - Blehschmidt, DIE LINKE 4946
 - Bergner, FDP 4947
 - Dr. Pidde, SPD 4947
- e) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der CDU zum Thema: "Länderzuständigkeit und Vergleichbarkeit von Bildungswegen und Abschlüssen im deutschen Bildungssystem"** 4948

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/2741 -

Aussprache

Dr. Voigt, CDU	4948
Sojka, DIE LINKE	4949
Metz, SPD	4950
Hitzing, FDP	4951, 4952
Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	4952
Ramelow, DIE LINKE	4953
Matschie, Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur	4954

Fragestunde 4955

a) Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Kuschel (DIE LINKE) 4955
Zwischenbericht zur Vermarktung des Industriegebiets „An der A 71“ in Geraberg
- Drucksache 5/2579 -

wird von Staatssekretär Staschewski beantwortet. Zusatzfragen.

Kuschel, DIE LINKE	4955, 4956
Staschewski, Staatssekretär	4956, 4956

b) Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Schubert (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) 4956
Ersatzbeförderung bei Flügen auf der Linie Erfurt-München?
- Drucksache 5/2591 -

wird von Staatssekretärin Dr. Eich-Born beantwortet.

Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	4956
Dr. Eich-Born, Staatssekretärin	4957

c) Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Klaubert (DIE LINKE) 4957
Erarbeitungsstand der Theater- und Orchesterfinanzierung ab 2013
- Drucksache 5/2602 -

wird von Staatssekretär Prof. Dr. Deufel beantwortet. Zusatzfragen.

Dr. Klaubert, DIE LINKE	4957, 4958
Prof. Dr. Deufel, Staatssekretär	4957, 4958,
	4958, 4959, 4959
Sojka, DIE LINKE	4959
Blehschmidt, DIE LINKE	4959

d) Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten König (DIE LINKE) 4959
Geplante Änderung des Glücksspielvertrags
- Drucksache 5/2631 -

wird von Staatssekretär Rieder beantwortet. Zusatzfragen.

König, DIE LINKE	4959, 4960,
	4960, 4960
Rieder, Staatssekretär	4960, 4960,
	4960, 4960, 4961
Meyer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	4960, 4961

- e) Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Hennig (DIE LINKE) 4961**
Problem der Fremdsprachenabschlüsse für Quereinsteiger in der Erzieherausbildung
 - Drucksache 5/2637 -
- wird von Abgeordneter Berninger vorgetragen und von Staatssekretär Prof. Dr. Merten beantwortet.*
- Berninger, DIE LINKE 4961
 Prof. Dr. Merten, Staatssekretär 4961
- f) Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Leukefeld (DIE LINKE) 4961**
Gutachten zu Funktional- und Gebietsreform (II)
 - Drucksache 5/2638 -
- wird von Staatssekretär Rieder beantwortet. Zusatzfragen.*
- Leukefeld, DIE LINKE 4962, 4962,
 4962
 Rieder, Staatssekretär 4962, 4962,
 4962
- g) Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Stange (DIE LINKE) 4963**
Max-Zöllner-Stiftung
 - Drucksache 5/2661 -
- wird vom Abgeordneten Kubitzki vorgetragen und von Staatssekretär Dr. Schubert beantwortet. Zusatzfragen.*
- Kubitzki, DIE LINKE 4963
 Dr. Schubert, Staatssekretär 4963, 4964,
 4964
 Meyer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 4964, 4964
- h) Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Sojka (DIE LINKE) 4964**
Erhöhung der Kita-Gebühren in Bad Lobenstein
 - Drucksache 5/2677 -
- wird von Staatssekretär Prof. Dr. Merten beantwortet. Zusatzfrage.*
- Sojka, DIE LINKE 4964, 4965
 Prof. Dr. Merten, Staatssekretär 4965, 4965
- i) Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Jung (DIE LINKE) 4965**
Finanzielle Absicherung der Erfüllung gesetzlicher Pflichtaufgaben - insbesondere im Bereich des Thüringer Kindertageseinrichtungsgesetzes (ThürKitaG)
 - Drucksache 5/2685 -
- wird von Staatssekretär Prof. Dr. Merten beantwortet. Zusatzfragen.*
- Jung, DIE LINKE 4965, 4967
 Prof. Dr. Merten, Staatssekretär 4966, 4967,
 4967
 Kuschel, DIE LINKE 4967, 4967
- j) Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Bergner (FDP) 4968**
Bürgernähe bei Bürgerbeteiligung?
 - Drucksache 5/2686 -

wird von Staatssekretär Staschewski beantwortet. Zusatzfragen.

Bergner, FDP

4968, 4968

Staschewski, Staatssekretär

4968, 4969,

Kuschel, DIE LINKE

4969

4969

Anwesenheit der Abgeordneten:**Fraktion der CDU:**

Bergemann, Carius, Diezel, Emde, Fiedler, Grob, Günther, Gumprecht, Heym, Holbe, Holzapfel, Kellner, Kowalleck, Krauße, Lehmann, Lieberknecht, Meißner, Mohring, Primas, Reinholz, Tasch, Dr. Voigt, Walsmann, Wetzel, Worm, Wucherpfeffig

Fraktion DIE LINKE:

Bärwolff, Berninger, Blechschmidt, Enders, Hauboldt, Hausold, Hellmann, Hennig, Huster, Jung, Keller, Dr. Klaubert, König, Korschewsky, Kubitzki, Kummer, Kuschel, Leukefeld, Dr. Lukin, Ramelow, Renner, Sedlacik, Sojka, Wolf

Fraktion der SPD:

Baumann, Döring, Doht, Eckardt, Gentzel, Dr. Hartung, Hey, Kanis, Künast, Lemb, Marx, Matschie, Metz, Mühlbauer, Pelke, Dr. Pidde, Taubert

Fraktion der FDP:

Barth, Bergner, Hitzing, Kemmerich, Koppe, Untermann

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Adams, Dr. Augsten, Meyer, Rothe-Beinlich, Schubert, Siegesmund

Anwesenheit der Mitglieder der Landesregierung:

Ministerpräsidentin Lieberknecht, die Minister Matschie, Carius, Geibert, Machnig, Reinholz, Taubert, Dr. Voß, Walsmann

Beginn: 14.01 Uhr

Präsidentin Diezel:

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, ich heiße Sie herzlich willkommen zu unserer heutigen Sitzung des Thüringer Landtags, die ich hiermit eröffne. Ich begrüße die Gäste auf der Zuschauertribüne sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Medien.

Als Schriftführer hat neben mir Platz genommen Frau Abgeordnete Holzapfel. Die Rednerliste führt Frau Abgeordnete König.

Für die heutige Sitzung haben sich entschuldigt: Herr Abgeordneter Höhn, Frau Abgeordnete Dr. Kaschuba, Herr Abgeordneter von der Krone, Herr Abgeordneter Recknagel, Herr Abgeordneter Scherer, Herr Abgeordneter Schröter, Frau Abgeordnete Stange, Herr Abgeordneter Dr. Zeh und Herr Minister Dr. Poppenhäger.

Gestatteten Sie mir folgende allgemeine Hinweise:

Der Ältestenrat hat gemäß § 17 Abs. 4 Satz 1 der Geschäftsordnung eine Dauergenehmigung für Bild- und Tonaufnahmen für Frau Monique Junker des MDR-Thüringen-Journals erteilt.

Die BARMER GEK hat für heute zu einem parlamentarischen Abend eingeladen, der nach dem Ende der Plenarsitzung beginnen soll.

Morgen Abend, ca. 19.00 Uhr, werde ich hier im festlichen Rahmen die Vereinbarung über die Unterrichtung und Beteiligung des Landtags in Angelegenheiten der Europäischen Union zusammen mit Frau Ministerpräsidentin Lieberknecht unterzeichnen. Anschließend wird der ehemalige Bundesverfassungsrichter Prof. Dr. Siegfried Broß einen Festvortrag halten. Dazu möchte ich Sie, liebe Abgeordnete, alle recht herzlich einladen.

Der Verein Skillshare, der aus ehrenamtlich tätigen Autoren der Internet-Enzyklopädie Wikipedia besteht, verfolgt u.a. das Ziel, die Artikel über die Abgeordneten des Landtags zu verbessern. Zu diesem Zweck führt der Verein heute und morgen ein Fotoprojekt hier im Landtagsgebäude durch. Die Fraktionen und Sie wurden durch Skillshare direkt über das Projekt unterrichtet. Das Fotostudio befindet sich im Raum F 056, dem ehemaligen Raucher-raum. Für die Durchführung der Workshops ist der Raum A 210 vorgesehen. Sie können gern von diesem Angebot Gebrauch machen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, folgende Hinweise zur Tagesordnung: Entsprechend einer Übereinkunft im Ältestenrat werden heute nach der Fragestunde keine weiteren Tagesordnungspunkte aufgerufen.

Morgen werden wir die Plenarsitzung gegen 18.00 Uhr beenden, weil im Anschluss um 19.00 Uhr die

Unterzeichnung der Vereinbarung über die Unterrichtung und Beteiligung des Landtags in Angelegenheiten der Europäischen Union beginnt.

Am Freitag wird nach 18.00 Uhr kein weiterer Tagesordnungspunkt mehr aufgerufen.

TOP 1 „Thüringer Gesetz zum Schutz der Bevölkerung vor gefährlichen Tieren“ und TOP 2 „Thüringer Gesetz zur Neufassung und zur Änderung polizeiorganisatorischer Regelungen“ werden von der Tagesordnung abgesetzt, da der Innenausschuss noch nicht abschließend beraten hat.

Die bei der Verteilung der Einladungen noch fehlenden Beschlussempfehlungen haben folgende Drucksachennummern: Zu TOP 4 5/2714, zu TOP 6 5/2736, zu TOP 7 5/2731, zu TOP 9 5/2712, zu TOP 14 a und b 5/2713 und 5/2714, zu TOP 16 5/2732.

Zu TOP 9 wurde als Berichterstatterin Frau Abgeordnete Künast benannt.

Zu TOP 3 wird ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/2772 verteilt.

Zu TOP 4 wurde ein Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD in der Drucksache 5/2705 verteilt. Weiterhin werden dazu ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/2773 und ein Änderungsantrag der Fraktion der FDP in der Drucksache 5/2746 - Neufassung - verteilt.

Zu TOP 7 wurden Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksachen 5/2742/2743/2744 und ein Entschließungsantrag in der Drucksache 5/2745 verteilt.

Zu TOP 14 a wird ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in Drucksache 5/2771 verteilt.

Zu TOP 15 wurde ein Alternativantrag der Fraktion der CDU und der SPD in der Drucksache 5/2719 verteilt.

Zu TOP 17 „Biomasse: Das Erneuerbare-Energien-Gesetz nachhaltig weiterentwickeln“ und zu TOP 21 c „Annullierung der Stiftung „FamilienSinn“ wurden Neufassungen verteilt.

Zu TOP 24 wird ein Alternativantrag der Fraktion der FDP in der Drucksache 5/2776 verteilt.

Zu TOP 29 - Fragestunde - kommen die Mündlichen Anfragen in den Drucksachen 5/2706 bis 5/2710, 5/2715, 5/2717, 5/2718, 5/2720, 5/2721, 5/2729, 5/2733 und 5/2734 hinzu.

Die Landesregierung hat zwischenzeitlich mitgeteilt, neben den bereits zur letzten Plenarsitzung angekündigten Sofortberichten zu den Tagesordnungspunkten 17, 18 und 19, auch zu den Tagesordnungspunkten 25 und 26 von der Möglichkeit eines Sofortberichts gemäß § 106 Abs. 2 der Geschäftsordnung Gebrauch zu machen.

(Präsidentin Diezel)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Fraktion DIE LINKE hat angekündigt, die Aufnahme ihres Antrags in der Drucksache 5/2702 „Erarbeitung eines Landeswissenschaftsplanes - die Zukunft der Thüringer Wissenschaftslandschaft gestalten“ in die Tagesordnung zu beantragen. Ich frage, ist dem so? Ja.

Ich frage, wünschen Sie die Begründung zur Dringlichkeit? Nein. Dann kommen wir zur Abstimmung über den Antrag. Der Antrag wurde in der entsprechend § 51 Abs. 1 der Geschäftsordnung zu entnehmenden Frist von 7 Tagen verteilt. Daher genügt für die Aufnahme in die Tagesordnung die einfache Mehrheit. Ich komme nun zur Abstimmung. Wer für die Aufnahme dieses Antrags ist, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Danke. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Das sehe ich nicht. Damit ist der Antrag durch alle Fraktionen auf die Tagesordnung gesetzt. Wir kommen nun zur Platzierung. Gibt es dazu einen Antrag, Herr Geschäftsführer? Es gibt keinen Antrag zur Platzierung. Gut, dann verfahren wir so, diesen als den letzten Tagesordnungspunkt, der auf der Tagesordnung steht, aufzurufen. Gibt es dazu Widerspruch?

Abgeordneter Bergner, FDP:

Keinen Widerspruch, Frau Präsidentin. Ich möchte nur namens meiner Fraktion einen weiteren Antrag einbringen.

Präsidentin Diezel:

Danke. Die Fraktion der FDP - das haben Sie angekündigt - hat die Aufnahme eines Antrags in der Drucksache 5/2777, die jetzt schon verteilt ist, „Klärung der widersprüchlichen bildungspolitischen Position der Thüringer Landesregierung“ in die Tagesordnung beantragt. Begründen Sie die Dringlichkeit, Herr Abgeordneter?

Abgeordneter Bergner, FDP:

Die Dringlichkeit wird Frau Kollegin Hitzing begründen.

Präsidentin Diezel:

Bitte schön, Frau Kollegin Hitzing.

Abgeordnete Hitzing, FDP:

Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren, ich begründe die Dringlichkeit unseres Antrags wie folgt:

Die Landesregierung hat sich in den vergangenen Tagen zum Thema des Kooperationsverbotes geäußert. Das Kooperationsverbot sieht vor, dass die Länder keine Gelder des Bundes annehmen dürfen, um ihre Bildungssysteme damit in der entsprechenden Form zu unterstützen. Es wurde deutlich

bei den Äußerungen, dass es hier innerhalb der Regierung scheinbar keine Einigkeit darüber gibt, wie weiter verfahren werden soll. Eine Forderung nach mehr Kooperationsmöglichkeiten mit den Ländern, die von der Bundesministerin Schavan geäußert wurde, wurde durch die Ministerpräsidentin als anzüglich und extrem entbehrlich bezeichnet. Da verweise ich auf die „TLZ“ vom 16.05.2011. Einen Tag später hat der stellvertretende Ministerpräsident Herr Matschie in der „Welt“ genau gegenteilig argumentiert. Auch am Anfang des Jahres wurde darüber gesprochen vor dem Bundestag, dass für die Bildungslandschaft in Thüringen vom Bund mehr Gelder gebraucht werden.

Deshalb sind wir der Meinung, dass es dringend notwendig ist, dass sich Thüringen mit diesem Thema ganz konstruktiv auseinandersetzt und zu einer Entscheidungsfindung kommt. Wir fordern deshalb die Regierung dringend dazu auf, sich eine Meinung zu bilden zu diesem Thema und das im Sinne unserer jungen Generation. Gut wäre, sich da an praktischen Gegebenheiten zu orientieren.

Deshalb bitten wir darum, diesen Antrag zu behandeln, und zwar am Freitag, um der Regierung auch die mögliche Vorbereitungszeit zu geben, sich eine eigene und gemeinsame Meinung zu bilden. Vielen Dank.

(Beifall FDP)

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Scheint mir nötig zu sein.)

Präsidentin Diezel:

Danke schön, möchte jemand gegen die Dringlichkeit sprechen?

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Es lohnt nicht!)

Ich sehe, das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Der Antrag wurde nicht in der nach § 51 Abs. 1 der Geschäftsordnung zu entnehmenden Frist von sieben Tagen verteilt, daher ist nicht nur über die Aufnahme in die Tagesordnung, sondern auch über die Fristverkürzung nach § 66 Abs. 1 Geschäftsordnung zu beschließen. Dies kann mit einfacher Mehrheit geschehen, es sei denn, es widerspricht jemand. Wird widersprochen?

(Zwischenruf Abg. Emde, CDU: Ja, ich widerspreche.)

Sie widersprechen, damit ist die Zweidrittelmehrheit notwendig und wir kommen zur Abstimmung. Wer für die Aufnahme dieses Antrags ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das ist Zustimmung bei der Fraktion der FDP und Zustimmung bei der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer ist gegen die Aufnahme? Das sind Gegenstimmen bei den Fraktionen der SPD und der CDU. Wer enthält sich? Die Fraktion DIE LINKE enthält sich. Damit ist

(Präsidentin Diezel)

der Antrag nicht aufgenommen und hat nicht die Zweidrittelmehrheit erreicht. Gibt es weitere Anträge zur Tagesordnung? Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Dann komme ich zum Aufruf des **Tagesordnungspunkts 30 - Aktuelle Stunde**. Alle Fraktionen haben eine Aktuelle Stunde beantragt. Die Zeit für die einzelnen Themen beträgt jeweils 30 Minuten. Die Redezeit der Landesregierung bleibt unberücksichtigt. Die Redezeit für einen Redebeitrag eines Abgeordneten beträgt maximal 5 Minuten nach Geschäftsordnung § 93.

Ich rufe auf den **ersten Teil**

a) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der SPD zum Thema: "Effekte eines gesetzlichen Mindestlohns - Konsequenzen der Prognos-Studie für Thüringen"

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/2674 -

Als Erster zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Lemb von der SPD-Fraktion. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Lemb, SPD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrte Besucherinnen und Besucher auf der Besuchertribüne, ich will gern eine Vorbemerkung machen. Die Vorbemerkung lautet: Jeder hier im Hause weiß, jeder hier im Lande, im Freistaat weiß, dass es unterschiedliche Positionen zum Thema Mindestlohn zwischen den Parteien, zwischen den Fraktionen gibt. Meine Fraktion hat deshalb das Thema Mindestlohn und die Auswirkungen der Prognos-Studie nicht auf das Thema der Aktuellen Stunde gesetzt, um irgendjemanden vorzuführen oder vielleicht die altbekannten Positionen und Themen und Thesen auszutauschen oder weil ich mich vielleicht besonders gern zu dem Thema mit Herrn Barth oder mit Herrn Kemmerich streite. Nein, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben dieses Thema auf die Tagesordnung der Aktuellen Stunde gesetzt, weil wir glauben und der festen Überzeugung sind, dass Prognos wichtige Daten und Fakten zur Entwicklung des Niedriglohnssektors in der Bundesrepublik und in den Ländern liefert, dass Prognos wichtige Hinweise und Anregungen gibt bezogen auf die Entwicklung des Mindestlohns, bezogen auf den Niedriglohnsektor in der Bundesrepublik und auch in Thüringen und wir damit angesichts der Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt genauso darauf reagieren sollten, wie - ich sehe mal zu meiner Linken in Richtung Finanzminister - auf

die Auswirkungen in den finanziellen Fragen von Bund, Ländern und Kommunen.

Diese Studie versetzt uns deshalb, glaube ich, in die Lage, in der Tat neue Erkenntnisse zu gewinnen, die im besten Sinne auch zu politischem Handeln führen sollen. Klar ist, das ist unbestritten, dass der Umfang des Niedriglohnsektors in den letzten Jahren seit Mitte der 90er-Jahre deutlich angestiegen ist, und das Thema gesetzlicher Mindestlohn ist ja kein Thema eines politischen Experiments. Wir haben Fakten. Fakten sind: 20 von 27 Staaten in der Europäischen Union haben einen gesetzlichen Mindestlohn, insofern plädiere ich dafür, diese Debatte weniger ideologisch, sondern mehr sachorientiert zu führen. Insofern ist zu begrüßen, dass wir zwischenzeitlich in der Bundesrepublik in neun Branchen branchenbezogene Mindestlöhne haben. Ich will auch ausdrücklich begrüßen das Engagement der Bundesarbeitsministerin, auch der Bundeskanzlerin im Hinblick auf die Erweiterung von branchenspezifischen Mindestlöhnen.

Allerdings, glaube ich, ist auch klar, dass das Thema damit nicht beendet ist. Wenn wir in diese Prognos-Studie schauen, insbesondere in die Auswirkungen auf Thüringen, dann müssen wir feststellen, dass Thüringen im Hinblick auf die Ergebnisse der Prognos-Studie keinesfalls gut abschneidet. 16 Prozent aller Beschäftigten im Bund beziehen einen Stundenlohn, der unter 8,50 € liegt, in Thüringen 34 Prozent aller Beschäftigten. Wenn wir auf die Besuchertribüne schauen, dann sind sehr viele junge Gäste heute hier im Hause. Deshalb will ich an der Stelle noch einmal sagen, auch die Ergebnisse und die Erkenntnisse der Prognos-Studie zeigen sehr deutlich, der Niedriglohnsektor in Thüringen ist vor allem jung und vor allen Dingen weiblich. Das ist eine Erkenntnis, die uns, glaube ich, auch in der Zukunft zu den notwendigen Schlussfolgerungen führen muss. Wir sind auf dem richtigen Weg, wir haben uns dazu bekannt, auch hier im Hause, von dem Niedriglohnimage in Thüringen wegzugehen. Wir wollen gutes Geld für gute Arbeit, wir wollen eine Steigerung der Tarifbindung. All das sind richtige und notwendige politische Schritte, aber ich glaube, sie reichen nicht aus.

In Thüringen dominiert insbesondere bei den Frauen der Niedriglohnsektor. 43 Prozent aller Frauen beziehen einen Lohn unter 8,50 €, im Bund sind es 21 Prozent. Bei den Jüngeren sind es in Thüringen 52 Prozent und im Bund 27 Prozent. Eine Menge von weiteren Daten und Fakten könnte man liefern. Im Ergebnis lässt sich feststellen, dass Prognos zu der Erkenntnis kommt, dass der Niedriglohnsektor natürlich für die betroffenen Beschäftigten positiv ist, aber auch für die Steuerzahler, Versicherungsgemeinschaft und für die kommunalen Haushalte. So kommt Prognos zum Beispiel zu der Erkenntnis, dass die Erwerbseinkommen privater Haushalte bei einem gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 € um

(Abg. Lemb)

14,5 Mrd. steigen, dass bezogen auf die Einkommensteuerzahlungen bei einem Mindestlohn von 8,50 € mit Mehreinnahmen von 2,7 Mrd. und mit einer Entlastung bei den Sozialbeiträgen von ebenfalls 2,7 Mrd. zu rechnen ist. Diese Erkenntnisse sollten wir zur Kenntnis nehmen, wir sollten sie im besten Sinne - dann hätte die Aktuelle Stunde auch einen Sinn - zum politischen Handeln führen. Das bedeutet, wir müssen weiterhin um den richtigen Weg

Präsidentin Diezel:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit.

Abgeordneter Lemb, SPD:

- ich habe es gesehen, ich komme zum Ende - bezogen auf den Mindestlohn streiten. Ich glaube, dass es keine Ideologie beladene Debatte sein sollte, sondern dass wir sachbezogen darüber streiten sollen, welches ist der richtige Weg für die Bundesrepublik, für Thüringen. Herzlichen Dank.

(Beifall SPD)

Präsidentin Diezel:

Herr Abgeordneter, Sie sehen es und Sie hören es.

Als Nächste spricht Abgeordnete Leukefeld für die Fraktion DIE LINKE.

Abgeordnete Leukefeld, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, die vorgelegte Studie von Prognos im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung ist für die Fraktion DIE LINKE eine Bestätigung ihrer politischen Forderung und auch ihrer Argumentation, die wir hier mehrfach seit Jahren im Thüringer Landtag und meine Fraktion natürlich auch im Deutschen Bundestag eingebracht hat. Es wird ganz deutlich - die Zahlen will ich jetzt nicht wiederholen, das hat Abgeordneter Lemb schon getan, zumindest wichtige Eckpunkte -, Mindestlohn ist ganz einfach an der Tagesordnung. Die Niedriglohnstrategie, die in Thüringen über viele Jahre gefahren wurde, womit auch geworben wurde, rächt sich, sie ist so schnell nicht zu überwinden und sie ist möglich gemacht worden in besonderer Weise mit der Einführung von Hartz-IV im Jahr 2005.

Wie gesagt, die Zahlen sind genannt. Besonders will ich hier noch mal auf die Situation bei Frauen und auch bei jungen Leuten verweisen, auch angesichts der Gäste, die wir hier haben. 52 Prozent der Jugendlichen in Thüringen, die hier arbeiten - also jeder Zweite -, bekommen einen Lohn unter 8,50 € und 14 Prozent der unter Zwanzigjährigen verdienen weniger als 5,00 €. Das ist auch eine Frage, beispielsweise Ausbildungsentgelte etc. anzuhängen. In diesem Kontext muss man konstatieren,

dass es eine tiefe Spaltung des Arbeitsmarkts gibt, und zwar im doppelten Sinne. Das ist einmal die Spaltung der Belegschaften, der Beschäftigten in gut bezahlte Fachkräfte, die gibt es auch in Thüringen, und zum anderen in einen großen Teil Menschen, die sich in prekärer Beschäftigung befinden, Geringverdiener/Niedriglöhner sind, die auch in Teilzeit sind, in Leiharbeit. Man könnte das jetzt noch fortsetzen mit den einzelnen Elementen. Aber man muss auch sagen, dass es auch eine Spaltung in Arm und Reich gibt und die Schere immer größer wird, denn - lassen Sie mich das zumindest noch sagen - seit dem Jahr 2000 sind die Profite der Unternehmer - nicht nur in Thüringen, aber auch in Thüringen -, der Vermögenden und Reichen um 36 Prozent angestiegen. Das ist schon preisbereinigt. Die Löhne indessen preisbereinigt stagnieren und die internationale Arbeitsorganisation geht sogar von einem Lohnverlust von fast 5 Prozent aus. Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern ist das sehr tragisch.

Ich will noch zwei Argumente bringen, warum Mindestlohn unbedingt sein sollte. Er entlastet natürlich die öffentlichen Kassen, weil er fiskalische Effekte mit sich bringt, und er bringt natürlich mehr Einkommen in die privaten Haushalte. Das führt wiederum zu mehr Kaufkraft, zu mehr Konsumtion mit Waren und vor allem auch mehr Dienstleistungen. Das hat Auswirkungen auch bei den Menschen in Thüringen, die sich aus der Arbeitslosigkeit heraus beispielsweise selbstständig gemacht haben. Ich will noch einmal sagen: 8,50 € Mindestlohn - steht in der Studie drin - bringt einen fiskalischen Effekt bei Erwerbseinkommen von 14,4 Mrd. €. Bei einem Mindestlohn von 10 € pro Stunde, wie ihn DIE LINKE fordert, weil er nämlich existenzsichernd in Vollzeit sein soll, wäre das ein Erwerbseinkommen, was sich steigert um 26,4 Mrd. Das ist nicht unerheblich. Die Forderungen/Konsequenzen wurden ja gefragt aus der Studie: Ja, wir sagen: Keine Förderung aus Steuergeldern für schlechte und schlecht bezahlte Arbeit, für prekäre Beschäftigung.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir unterstützen den Minister bei der, ich sage jetzt mal, Aktion Leiharbeit. Wir werden ja morgen noch Gelegenheit haben, darüber ausführlich zu diskutieren. Wir sagen, eine Vermittlung in Arbeit darf nur erfolgen, wenn sie den Standards guter Arbeit entspricht und dazu gehört auf jeden Fall ein gesetzlicher, existenzsichernder und flächendeckender Mindestlohn.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Die Redezeit ist zu Ende, aber ich frage trotzdem die Technik: Wir haben die letzten Worte der Rednerin nicht gehört, ist irgendetwas? Nein? Okay.

Abgeordnete Leukefeld, DIE LINKE:

Also es war bei exakt fünf Minuten abgeschaltet. Das ist ein bisschen ungerecht.

Präsidentin Diezel:

Es war nicht abgeschaltet, jedenfalls nicht hier vom Präsidententisch.

(Unruhe DIE LINKE)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, als Nächste hat das Wort Abgeordnete Anja Siegesmund von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abgeordnete Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben ja im letzten Plenum, als die Aktuelle Stunde zum Thema Arbeitnehmerfreizügigkeit aufgerufen wurde, bereits in Teilen über die Frage des Mindestlohns gesprochen. Wir haben bereits damals gesagt und an vielen Stellen hier deutlich und plausibel gemacht und auch argumentiert, der gesetzliche Mindestlohn, der existenzsichernde Mindestlohn vernichtet keine Arbeitsplätze - das ist der Teil an Propaganda, den man endlich hinter sich lassen sollte -, sondern da war auch das Zitat einer Studie der Universität Berkeley

(Beifall SPD)

hier im Raum, wo auch deutlich noch einmal nachgewiesen wird, welche Vorteile die Einführung des Mindestlohns hat. Ja, er rechnet sich. Die Prognosestudie, die die SPD-Fraktion zum Anlass genommen hat, heute hier diese Aktuelle Stunde einzuberufen, zeigt das auch noch einmal deutlich. Ich habe mich deswegen diese Woche gefreut, in der „Berliner Zeitung“ zu lesen, dass die CDU-Sozialausschüsse in Berlin für den gesetzlichen Mindestlohn sind und dort auch offensichtlich debattiert wird. Vielleicht hören wir nachher dazu, welche Bewegung im CDU-Arbeitnehmerflügel gerade vollzogen wird. Vielleicht gibt es tatsächlich auch noch aktuelle Nuancen.

Ansonsten kann ich mich meinem Vorredner, Herrn Lemb, eigentlich nur vollumfänglich anschließen und ergänzen. Es gibt von uns GRÜNEN zusätzlich zu dem, was gesagt wurde, ein Konzept zur Frage Mindestlöhne. Dieses Konzept ist ausgereift, wir haben es schon sehr lange auf dem Tisch liegen. Es sagt unter anderem - weil es immer eines der schlagkräftigsten Gegenargumente ist -, wir wollen eine Low Pay Commission, wie in Großbritannien

übrigens eingesetzt, die genau schaut, in welchen Branchen der Mindestlohn wie hoch sein muss, weil wir der Ansicht sind, man kann nicht alles über einen Rasierer ziehen. An dieser Stelle muss differenziert werden. Wir halten dieses Konzept, wie es in Großbritannien eingeführt und auch umgesetzt wird, für sehr vernünftig. Die Zahlen, warum wir das wollen, liegen auf dem Tisch. Es wurde gerade noch einmal gesagt, es betrifft in Thüringen jeden dritten Arbeitnehmer, jede dritte Arbeitnehmerin. Wenn Sie in bestimmten Zielgruppen, bei Jugendlichen, bei Frauen, usw. schauen, erhöht sich das dementsprechend. Die vorliegenden Zahlen zeigen, dass Armut in diesem Fall jung und weiblich ist; wir wissen, dass jede Zweite unter 8,50 € in der Stunde in Thüringen verdient. Wir wollen mit dem Image des Niedriglohlandes in Thüringen endlich aufräumen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann gehört hier nicht nur das Bekenntnis hin, zu sagen, ja, uns sind die Zahlen bewusst, dann gehört hier auch der nächste Schritt hin, was wollen wir dafür tun. Das ist natürlich ein großer Schritt. Die Ministerpräsidentin hat es, glaube ich, vor einem halben Jahr hier erwähnt, das Niedriglohnimage zeichnet Thüringen nicht aus, sondern wir wollen damit aufhören. Es ist ein großer Schritt, sich dementsprechend zu äußern.

Wie sind die Zahlen für die Bundesrepublik? Wir wissen, dass sich der Niedriglohnsektor in den vergangenen Jahren auf über 6,5 Mio. Menschen insgesamt ausgedehnt hat. Wir wissen, dass 1,5 Mio. Menschen weniger als 5 € Brutto in der Stunde verdienen. Wir wissen, dass über 1 Mio. Erwerbstätige in der Bundesrepublik mit ALG II aufstocken müssen, um über die Runden zu kommen. Es sind also genug und übrigens auch altbekannte Zahlen, die man eigentlich nicht noch einmal in den Raum stellen muss, die wir uns aber in Erinnerung rufen müssen, um zu zeigen, es tut Not, Bewegung hereinzubekommen. Das Spannende an der Studie ist, dass sie nicht sagt, 8,50 € und nichts anderes, sondern sie rechnet mit 5 €, 7 €, 8,50 €, 10 €, 12 € und man kann sich verschiedene Modelle anschauen. Man kann also nicht von vornherein sagen Ausschlussprinzip, dieser eine Weg und nichts anderes. Deswegen lohnt es sich, da hat Herr Lemb völlig recht, noch einmal einen Blick darauf zu werfen. Im Ergebnis, wenn man sich denn schon den 8,50 € annähern will, würde man - ich nehme jetzt einfach die eine Zahl, weil die 8,50 € auch schon im Raum standen - 5 Mio. Beschäftigten die Möglichkeit bieten, deutlich mehr zu verdienen. 5 Mio. ist eine stattliche Zahl, deswegen finde ich, dass es auch wirklich vernünftig ist, die Studie in ihrer Breite hier zu diskutieren.

(Abg. Siegesmund)

Wir wissen, in 20 von 27 Ländern ist der Mindestlohn eingeführt. Da kann man sich gern über die Höhe unterhalten und über die Frage flächendeckend oder was heißt das für einzelne Branchen. Da kann man sich gern unterhalten, aber das Bekenntnis dazu gibt es bereits in 20 von 27 Ländern, und nicht nur das, sondern bereits Erfahrungen, die wir uns auch anschauen können.

Deswegen ganz zum Schluss, lassen Sie mich das Plädoyer abschließen: Ja zur Frage der Einführung, ja zur Frage einer Flankierung durch eine Kommission, wie sie in Großbritannien eingesetzt wurde, und auch ja zum Bekenntnis, dass das Niedriglohnimage, das Thüringen über lange Zeit gepflegt hat, um Industrieansiedlungen hier herzuholen, wirklich sinnvoll durch die Prognos-Studie flankiert wird bzw. gezeigt wird, dass uns das nicht guttut und dass wir alles tun wollen, um an dieser Stelle dafür zu sorgen, dass der Niedriglohnsektor eingedämmt wird. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Siegesmund. Es spricht zu uns Abgeordneter Gerhard Günther von der CDU-Fraktion.

Abgeordneter Günther, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir debattieren heute über eine Expertise der Friedrich-Ebert-Stiftung zu fiskalischen Effekten eines flächendeckenden Mindestlohns. Ich bin mir nicht sicher, meine Damen und Herren, ob Bewertungen von Gutachten Ziel einer Aktuellen Stunde sein sollten. Denn mir fallen auch gleich mehrere Gutachten zu diesem Thema ein, die schlichtweg ein anderes Bild zeichnen, zum Beispiel die Einschätzung des nicht ganz unmaßgeblichen Sachverständigenrats, der eindringlich vor der Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns in Deutschland warnt. Wenn wir also dieses Tor öffnen, könnten wir hier bald verschiedenste Gutachten je nach Auftraggeber behandeln. Aber sei es drum, wir haben das Thema auf der Tagesordnung und die Mehrheit der CDU-Fraktion - ich sage ausdrücklich die Mehrheit, Gustel Bergemann - hat natürlich hierzu eine dezidierte Meinung. Die Expertise der Friedrich-Ebert-Stiftung ist mit Simulationsrechnungen der Prognos AG gespeist, die auftragsgemäß schematisch Mehreinnahmen und Minder Ausgaben des Staates bei sofortiger Einführung eines Flächenmindestlohns addieren. Die Zahlen haben wir alle gehört von meinem Kollegen Lemb, die muss ich jetzt nicht noch einmal sagen. Hinzugeschlagen werden die sogenannten Zweirundeneffekte, die aus einer erwarteten Kaufkrafterhöhung resultieren, also insgesamt das altbekannte keyne-

sianische Weltbild meiner sozialdemokratischen Partner hier. Für sich genommen ist gegen einen solchen Schritt nichts zu sagen. Auch Ökonomen streiten nach wie vor um die Richtigkeit der Ansichten von Keynes, der unter anderem die Erhöhung der Massenkaukraft durch Lohnerhöhungen in den Vordergrund stellt. So weit, so gut. Was ich allerdings an der Expertise bemängeln möchte, ist die allzu eindimensionale Herangehensweise an dieses wirklich extrem komplexe Thema. Wechselwirkungen und ökonomische Rückkopplungen infolge der Einführung eines Flächenmindestlohns, zum Beispiel negative Beschäftigungseffekte, hohe Einstellungsbarrieren für niedrig qualifizierte Arbeitslose oder aber die zentrale Frage der Produktivitäts-Lohn-Balance werden völlig ausgeblendet. Und das geben die Autoren übrigens auch unumwunden zu. Man kann das nachlesen.

(Beifall FDP)

Aus unserer Sicht ist die Expertise ein interessanter Baustein in der Debatte um den Mindestlohn, hilft uns aber im Moment nicht weiter. Ich sehe auch kein Argument, den von der CDU-geführten Bundesregierung deutlich vorangebrachten Pfad der von den Tarifpartnern ausgehandelten Branchenmindestlöhne zu verlassen. Dass das noch zu wenige Branchen sind, steht auf einem anderen Blatt. Wir können die Tarifpartner aber auch nicht zwingen. Die Tür steht jedenfalls sehr weit offen. Es ist in jedem Fall besser, Schritt für Schritt und ausgewogen voranzugehen, als das Kind mit dem Bade in Form einer staatlichen Lohnfestsetzung auszuschütten mit unabsehbaren Folgen für voraussichtliche Reparaturen ohne Ende. Frau Siegesmund, in den so oft gepriesenen europäischen Mindestlohnländern trifft man mittlerweile auf so viele branchenbezogene Ausnahmetatbestände oder auch für Jugendliche, dass ich mir tatsächlich den deutschen Weg der tariflichen Branchenmindestlöhne schlicht und einfach vorziehe.

(Beifall CDU, FDP)

Das ist übrigens auch der bewährte Ansatz bei unseren skandinavischen Partnern. Ich habe im Übrigen die Idee noch nicht aufgegeben, Arbeitgeber mit staatlichen Lohnergänzungen für gering produktive Tätigkeiten vor allem für benachteiligte Langzeitarbeitslose zu fördern. Insofern, meine Damen und Herren, ist mit dem Richtlinienentwurf des Thüringer Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Technologie über die Gewährung von Lohnkostenzuschüssen eine richtige Richtung eingeschlagen worden. Aber ich warne davor, mit solch einer Richtlinie durch die Hintertür den flächendeckenden Mindestlohn in Thüringen einführen zu wollen.

(Zwischenruf Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Das kann ich gar nicht.)

(Abg. Günther)

Im Entwurf steht es vielleicht drin. Ich kann davor nur warnen. Wenn es nicht so ist, ist es umso besser, dann wäre ich auch dankbar. Ich will es nur angesprochen haben, weil sich schlicht und einfach die Welt voranbewegt und die Ticker manchmal auch bei uns tickern. Ich kann an meine Kollegen der SPD abschließend nur appellieren: Lassen Sie uns den durch den damaligen Arbeitsminister eingeschlagenen Weg der tariflichen Branchenmindestlöhne fortsetzen mit dem gemeinsamen Anliegen: Zur sozialen Marktwirtschaft gehört, dass gute Löhne für gute Arbeit auch gezahlt werden müssen. Diese Botschaft geht insbesondere auch an unsere Arbeitgeber hier im Freistaat Thüringen. Vielen Dank.

(Beifall CDU, FDP)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Günther. Als Nächster spricht der Abgeordnete Thomas Kemmerich von der FDP Fraktion.

Abgeordneter Kemmerich, FDP:

Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren auf der Tribüne, liebe Kollegen Abgeordnete, zu der Lastigkeit einer von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Auftrag gegebenen Studie hat Kollege Günther relativ ausführlich gesprochen - das will ich nicht noch einmal vertiefen -, aber wer die Musik bestellt, der bestimmt. Ich möchte jetzt auch nicht diskutieren über die Tarifhoheit, die grundgesetzrechtlich festgeschrieben ist. Herr Kollege Lemb - seines Zeichens Gewerkschaftler -, aber schön, wenn Sie sagen, wir wollen auch, dass von den Tarifparteien außerordentlich festgeschriebene Rechte Tarifbindung aufgeben in dieser Form - auch sehr interessant.

Es geht ausdrücklich um fiskalische Effekte eines gesetzlichen Mindestlohns. Es werden untersucht die Entwicklungen auf Staatshaushalte und die sozialen Sicherungssysteme. Ausdrücklich werden die fiskalischen Wirkungen möglicher Beschäftigungseffekte, vor allen Dingen der negativen, Frau Siegesmund, hier ausgeklammert. Das ist eine rein fiskalische Betrachtung.

(Beifall FDP)

Wenn ich hier konfrontiert werde mit arbeitsmarktpolitischen Erwägungen, ist es schon sehr wunderbar, weil wir oftmals fiskalische Argumente entgegengehalten bekommen, wenn wir über Auswirkungen reden.

Sie finden für die Theorien, die hier angewandt worden sind, keinen volkswirtschaftlichen Halt, dass diese Rechnung aufgeht. Sie finden aber auch viele volkswirtschaftliche und vor allem betriebswirtschaftliche Beweise, dass es in die Irre führt. Neh-

men Sie sich die Stufe Minijob heraus. Hierüber wurde viel diskutiert. Da verdient jemand 400 € brutto gleich netto, das kostet den Arbeitgeber 520 €. Wenn die Arbeitnehmerin 401 € dann verdienen soll, kommt brutto-brutto Arbeitskosten über 720 € zustande. Das heißt, für 0,4 Prozent mehr Einkommen - und das ist das, was den Arbeitnehmer interessiert, sein Nettoeinkommen - kommen 30 Prozent mehr Bruttolohnkosten auf sich. Damit sind wir bei der Crux. Kein Mensch will verhindern, dass jemand für gute Arbeit gutes Geld verdient. Keiner will irgendeinem Arbeitnehmer guten Lohn vorenthalten.

(Beifall FDP)

(Unruhe DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber Sie haben einen Brutto-Brutto-Effekt - Herr Ramelow, Sie können gleich selber reden -, der auf die Produktivität des Produkts Auswirkungen hat und damit auf die Marktfähigkeit. Wenn sich aufgrund fehlender Marktfähigkeit Arbeitslosigkeit ergibt - und da gibt es mehr als eine Studie, die belegt, dass die volkswirtschaftlichen Folgen einer Einführung von Mindestlohn eben negative Beschäftigungseffekte nach sich ziehen, und zwar in Millionenhöhe -, dann ist das nicht zu tolerieren.

(Beifall FDP)

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Nicht von Ihnen.)

Aus der Studie. Allein das Auftreten negativer Arbeitsmarkteffekte würde allerdings nicht bedeuten, dass unter dem Strich ein Verlust für den Fiskus verbleibt. Zumindest rechnerisch ist auf allen Mindestlohnstufen ein Beschäftigungsverlust - man höre - in gewissem Umfang hinnehmbar; also Arbeitslosigkeit nehmen wir in Kauf. Das soweit aus Ihrem Mund. Mehr Arbeitslosigkeit, dafür höhere Löhne für einen Teil, nämlich die, die in den Genuss kommen, die im Bus sitzen bleiben, und höherer Konsum auch bei denen, die mit im Spiel bleiben. Die, die eben dann auf der Straße sitzen - sprichwörtlich -, die gucken in die Röhre.

Meine Damen und Herren, auch an die Adresse der Fraktionen links von meiner Seite, es tut mir leid, da wird mir nicht warm ums Herz, sondern das ist auf dem Rücken derjenigen Kälte, soziale Kälte. Sozial ist das, was Arbeit schafft

(Beifall FDP)

und nicht nur Kosten verursacht, auf die dann irgendjemand sitzen bleiben muss. Vielen Dank.

(Beifall FDP)

(Zwischenruf Abg. Blechschmidt, DIE LINKE: Das wird ja immer besser.)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Kemmerich. Ich sehe die Wortmeldung des Abgeordneten Ramelow. Wir haben noch 4 Minuten.

Abgeordneter Ramelow, DIE LINKE:

Meine werten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, aber das Letztgenannte, Herr Kemmerich, das war blanker Zynismus.

(Beifall DIE LINKE)

Dass ein Inhaber einer Friseurkette, dessen eigene Firma einen Lohn zahlt, einen Tariflohn zahlt, der unter 5 € liegt als Tariflohn, dessen Beschäftigte im Zweifelsfall genau auf das Privileg angewiesen sind, als Hartz-IV-Aufstocker durchs Leben gehen zu müssen, dass der nun hier von sozialer Kälte spricht, wenn DIE LINKE sagt, ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn muss so sein, dass man von seiner Hände Arbeit sich selber ernähren können muss, das ist das Mindeste, was ich erwarte, dass auch in einem Friseurhandwerk und in einem Friseurbetrieb ein Lohn gezahlt wird, von dem die Damen und Herren, die dort täglich arbeiten gehen, sich selber ernähren können, ohne dass sie staatliche Unterstützung in Anspruch nehmen müssen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das nenne ich Zynismus, wenn man sich dann die Subventionierung über die eigenen Beschäftigten einfordert, nicht selbst die Subvention beantragt, aber die eigenen Beschäftigten zum Amt schickt, damit sie neben ihrer Vollzeitarbeit auch noch Subventionierungen in Anspruch nehmen können. Das nenne ich Erniedrigung und das nenne ich blassen, kalten Zynismus. Deswegen sage ich, die Damen und Herren der FDP haben da kein Glanzlicht hier angezündet. Von sozialer Wärme, meine Damen und Herren von der FDP und werter Herr Kemmerich, haben Sie überhaupt keine Ahnung.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Wir haben noch zweieinhalb Minuten Redezeit. Ich sehe keine Wortmeldung mehr. Möchte die Landesregierung sprechen? Bitte schön, Herr Minister Machnig.

Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, was wir heute diskutieren, ist ein wichtiges Thema. Ich sage das ohne Schaum vor dem Mund. Politik muss immer real sein und Politik muss in der

Lage sein, zu erkennen, wenn sich Dinge verändert haben. Der deutsche Arbeitsmarkt hat sich in den letzten Jahren verändert, im Übrigen nicht zum Besseren. Auch wenn wir, und das begrüße ich sehr, einen hohen Beschäftigungsstand haben, den historisch höchsten, bleibt trotzdem eines festzustellen: Die sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse in Deutschland liegen auf dem Niveau des Jahres 2001. Wir haben 27,5 Mio. sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse. Wir haben inzwischen 13 Mio. atypische Beschäftigungsverhältnisse, ein paar sind genannt worden, z.B. Leiharbeit, Zeitarbeit, Ein-Euro-Jobs oder 400-Euro-Jobs. Das heißt, wir haben eine Segmentierung des Arbeitsmarkts erlebt mit einer Konsequenz, dass dies auch auf das Einkommensniveau durchgeschlagen ist. Im Bereich der 400-Euro-Jobs will ich einmal auf einen Punkt hinweisen. Das ist nicht nur eine Kostenfrage, sondern zugunsten von 400-Euro-Jobs werden sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse in Deutschland abgebaut. Das ist die Konsequenz. Sie werden abgebaut und es werden Menschen zunehmend in 400-Euro-Jobs geschickt. Wenn die in eine Vollzeitbeschäftigung aufstocken wollen, wird ihnen das verwehrt. Das ist die Lage, mit der wir uns auseinandersetzen wollen. Jetzt will ich einmal im Detail Zahlen vortragen, um das auch im Protokoll nachlesen zu können. Im Übrigen, ich würde keine Studie in Zweifel ziehen, nur weil es eine von der Friedrich-Ebert-Stiftung ist. Ich glaube, ein Institut wie Prognos wird eines nicht tun: für wen auch immer ein Gefälligkeitsgutachten erstellen. Das wäre dann das Ende des Geschäftsmodells von Prognos. Von daher nehme ich die Zahlen ernst und ich will die Zahlen noch einmal erläutern, weil sie auch für Thüringen dramatisch sind. Wir haben 34 Prozent, das sind 270.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Thüringen, die einen Stundenlohn unter 8,50 € haben. Jetzt sage ich einmal die Vergleichswerte. In Sachsen-Anhalt sind das 25 Prozent, in Mecklenburg-Vorpommern 25 Prozent, in Brandenburg 24 Prozent, in Baden-Württemberg 10 Prozent, in Hamburg 6 Prozent, in Bayern 14 Prozent, im Bundesdurchschnitt 16 Prozent. Ich übersetze einmal: Wir führen auf diesem Gebiet. Ich sage eine zweite Zahl. Bei den Frauen dominieren die unteren Lohngruppen. 43 Prozent aller Frauen in Thüringen verdienen unter 8,50 € - 43 Prozent! Die jüngeren, die Zahl ist genannt worden, die Hälfte. 52 Prozent aller 20- bis 29-Jährigen verdienen weniger als 8,50 €. Im Bund ist das die Hälfte, im Bundesdurchschnitt 27 Prozent. Bei Geringqualifizierten ist es in Thüringen so, dass Personen, im Fachchinesisch heißt das mit unzureichender Bildung zu 100 Prozent weniger als 5 € verdienen. Im Bund sind das 14 Prozent, das heißt deutlich weniger. Das heißt, auch hier nehmen wir eine Spitzenstellung ein. Bei den Arbeitern: 42 Prozent aller Arbeiter in Thüringen verdienen weniger als 8,50 €, im

(Minister Machnig)

Bund sind das 12 Prozent. Ich könnte die Zahlen jetzt weiter aneinanderreihen. Ich werde es nicht tun, aber ich will auf einen Punkt hinweisen, der ist mir sehr wichtig, und zwar ohne Schaum vor dem Mund: Wir stehen - und das ist eine andere Situation - auf dem Arbeitsmarkt vor einer anderen Situation als noch vor zehn Jahren. In Thüringen brauchen wir 200.000 Fachkräfte bis zum Jahr 2020 - ich übersetze -, das ist etwa ein Drittel aller sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse, die wir ersetzen müssen. Das heißt, wir sind auf qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer angewiesen, insbesondere auch auf junge. Wenn dann 52 Prozent aller 20- bis 29-Jährigen unter 8,50 € verdienen, sage ich ganz klar, ist es ein Problem, weil es sein könnte, dass sie sich dann für einen anderen Wirtschaftsstandort auch im Rahmen der Standortkonkurrenz entscheiden. Das können wir uns wirtschaftspolitisch - ich sage ausdrücklich wirtschaftspolitisch - nicht leisten, weil unser Wachstumstempo - und wir sind Spitze in den neuen Bundesländern - dann nicht weiter fortgesetzt werden kann, wenn wir nicht ausreichend Fachkräfte in den nächsten Jahren zur Verfügung stellen.

Deswegen, glaube ich, ist es klug, auch darauf hinzuweisen, dass wir uns für gute Arbeit einsetzen müssen. Gute Arbeit hat drei wesentliche Aspekte: Sie muss Menschen Sicherheit geben, sie muss eine qualifizierte Beschäftigung und ein bestimmtes Einkommensniveau sicherstellen, das ist von entscheidender Bedeutung. Deswegen sage ich, wir müssen gemeinsam dafür eintreten, dass es dort einen Trend nach oben gibt in den nächsten Jahren bei den Löhnen.

Jetzt einen Satz zum Mindestlohn - nur einen Satz: Wir haben in den letzten Jahren eines erlebt, wir haben immer mehr Branchen unter das Arbeitnehmer-Entsendegesetz genommen - aus guten Gründen. Ich will an der Stelle dem Kollegen Günther für dessen konstruktive und sachliche Rede danken. Auf einen Punkt will ich nur hinweisen. Wenn wir über einen Mindestlohn reden, reden wir über eine Lohnuntergrenze. Oberhalb der Lohnuntergrenze kann tarifvertraglich alles entschieden werden. Das heißt, der Hinweis darauf, dass ein Mindestlohn die Tarifpartnerschaft oder die Tariffähigkeit verändert, das hat mit den Realitäten wenig zu tun, sondern wir wollen nur eines sicherstellen, dass es eine Lohnuntergrenze gibt und nicht das Lohndumping - und Deutschland ist nicht das einzige Land in Europa, das in den letzten Jahren Verluste hat hinnehmen müssen -, dass das weitergeht.

Zu den fiskalischen Aspekten einen Punkt: Ich will überhaupt nicht darüber streiten, ob ich nun 7,1 Mrd. €, 6,9 Mrd. € oder 7,5 Mrd. € an Zusatzeinnahmen habe bei Einführung eines Mindestlohns. Aber eines weiß ich, 11 Mrd. € aus dem deutschen Haushalt, in den letzten fünf Jahren 50 Mrd. € ha-

ben wir aufgewandt, um sogenannte Aufstockungsbeiträge zu finanzieren. Für Personengruppen, die ein geringes Einkommen hatten, das nicht existenzsichernd war, haben wir Zuschüsse gezahlt und damit die Risiken oder - ich sage es andersherum - die mangelnde Bereitschaft von Arbeitgebern, einen vernünftigen Lohn zu zahlen, subventioniert.

Wenn wir über Konsolidierung reden - darüber reden wir ja überall -, dann, muss ich auch sagen, müssen wir darüber reden, ob ein solches System im Übrigen noch tragfähig ist.

Ein letzter Satz, weil ich mich auch ab und zu einmal mit Wissenschaft beschäftige. Die Thesen, dass der Mindestlohn zu Arbeitsplatzabbau führt, stammen aus Amerika, aus den USA, die sind 15 Jahre alt. Wenn Sie heute Studien - und ich stelle die gern zur Verfügung - auch von amerikanischen Wissenschaftlern lesen, so sagen die inzwischen, das ist die Situation von vorgestern. Das heißt, es gibt keinen empirischen Beleg dafür, dass das passiert. Deswegen will ich mir eines wünschen im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer - dazu brauchen wir bundesgesetzliche Regelungen. Ich habe mich sehr gefreut, Herr Günther, Sie trauen mir sehr viel zu, das ist gut, Sie trauen mir selbst zu, dass ich in Thüringen einen Mindestlohn einführen kann, obwohl Sie wissen, dass das eine bundesgesetzliche Regelung ist. Aber ich habe das mit großer Freude zur Kenntnis genommen. Ich will nur eines sagen, das können wir nicht tun, sondern wir brauchen bundesgesetzliche Regelungen und diese bundesgesetzlichen Regelungen werden kommen.

Ich will an dieser Stelle, auch aufbauend auf einem interessanten Gespräch mit dem ersten Parlamentarischen Geschäftsführer der CDU-Bundestagsfraktion Herrn Altmaier, eine Prognose wagen. Ich sage das auch an den neuen Parteivorsitzenden - im Übrigen Glückwunsch, Sie sind gewählt worden zu einer Funktion in der FDP, Herr Barth, das habe ich gelesen - ich sage, schwarz-gelb wird bis 2013 den Mindestlohn einführen. Das ist meine Prognose bei allen Gesprächen, die ich ...

(Zwischenruf Abg. Bergemann, CDU: Keine neue Prognose, das habe ich schon lange gesagt.)

Ja, ich sage, es wird kommen bis 2013 und das sage ich ohne FES-Gutachten, sondern einfach aufgrund der Kontakte und der Gespräche, die ich in Thüringen oder außerhalb von Thüringen geführt habe. Ich würde mir wirklich eines ernsthaft wünschen, denn es geht nicht um parteipolitische Gesichtswahrung, ich sage auch hier an dieser Stelle, ein Teil dessen, was wir im Rahmen der Agenda gemacht haben, hat auch zu Fehlentwicklungen geführt. Das sage ich als Sozialdemokrat. Deswegen bin ich dafür - das ist dann eben Politik -, dass man da, wo man erkennt, dass sich Dinge nicht so ent-

(Minister Machnig)

wickelt haben, wie man sie vielleicht für richtig erachtet hat oder geglaubt hat, dass sie sich entwickeln, dass man auch bereit ist und mutig genug ist, dann auch Konsequenzen zu ziehen und zu sagen, die neue Lage auf dem Arbeitsmarkt erfordert auch neue Antworten. Das wäre ein schönes Signal von dieser Diskussion.

Ich hoffe jedenfalls, dass wir gemeinsam einen Beitrag dazu leisten können, dass der Beschäftigungsstandort Thüringen attraktiv ist und noch attraktiver wird, weil das die Voraussetzung dafür ist, dass wir Wachstum und Beschäftigung in den nächsten Jahren in diesem Land voranbringen können. Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Ich habe eine weitere Wortmeldung gesehen. Der Abgeordnete Barth von der FDP-Fraktion. Wir haben noch dreieinhalb Minuten Redezeit. Ich sehe noch eine Wortmeldung des Abgeordneten Bergemann. Mal sehen, wie lange Herr Barth spricht.

Abgeordneter Barth, FDP:

Es kommt darauf an, was der Kollege Bergemann anbietet.

(Heiterkeit im Hause)

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich finde zum einen, Herr Minister, bemerkenswert, dass Sie immerhin darauf hinweisen, wenn Sie ohne Schaum vor dem Mund reden, dass Sie dies tun. Man merkt es aber auch üblicherweise so, dass Sie es tun. Aber trotzdem ist der Hinweis schon einmal ganz interessant.

(Beifall FDP)

Aber Sie waren gar nicht so hauptsächliche Zielrichtung meines Beitrags,

(Zwischenruf Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Ich habe Sie akustisch nicht ganz verstanden.)

sondern ich wollte mich an die geschätzten Zuhörer und speziell an den Beitrag des Kollegen Ramelow wenden. Die Studie, die hier der Gegenstand der Debatte ist - und es ist ja einleitend gesagt worden auch vom Kollegen Günther, dass das nicht unbedingt üblich ist, aber es ist nun mal diese Studie - hat fiskalische Effekte der Einführung eines Mindestlohns zum Gegenstand. Mal für die, die mit diesen Worten nicht immer so viel umgehen. Das sind also rein die Auswirkungen auf die Steuereinnahmen, rein diese Auswirkungen standen dort zur Debatte. Weil hier gelegentlich sozusagen eine umfassende Debatte auch angemahnt wurde,

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: ... stimmt nicht ganz.)

die alle Bestandteile des eigentlichen Themas Mindestlohn umfasst, will ich sagen, dass diejenigen, die das gefordert haben, dem Anspruch aber selbst nicht gerecht geworden sind, denn dann hätten Sie - auch Frau Siegesmund - bemerken können zumindest, dass es in der Studie in der Tat ein Zitat gibt, das lautet: „ dass auf allen Mindestlohnstufen ein Beschäftigungsverlust in gewissem Umfang hinnehmbar ist.“ Das heißt, eine nichtfiskalische Auswirkung, aber eine, die sich in der Lebensrealität der Betroffenen widerspiegelt, ist, dass es Leute gibt, die heute Arbeit haben und

(Beifall FDP)

dann keine mehr haben werden. Lieber Kollege Ramelow, es ist schon mindestens genauso zynisch, sich hier hinzustellen, mit Verve einen Vorwurf zu erheben, dass Tarifpartner einen Lohn ausgehandelt haben, der niedrig ist, der so niedrig ist, dass aufgestockt werden muss - aber es haben ihn Tarifpartner verhandelt -

(Zwischenruf Abg. Blechschmidt, DIE LINKE: Wann ist der verhandelt worden?)

und gleichzeitig eine Politik zu verfolgen, die die arbeitende Bevölkerung in Empfänger von Mindestlohn und Arbeitslose spaltet,

(Beifall FDP)

das ist nicht unsere Politik und das ist Zynismus, mein lieber Kollege, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Unruhe DIE LINKE)

(Beifall FDP)

Diesen Teil der Studie, dass Sie den ausblenden, das kann ich gut verstehen, aber ich kann es Sie nicht durchgehen lassen. Vielen Dank.

(Beifall FDP)

(Zwischenruf Abg. Blechschmidt, DIE LINKE: 4,28 €)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Herr Bergemann, eine Minute Redezeit noch, bitte schön.

Abgeordneter Bergemann, CDU:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Ich wollte nur auf die Prognose des Herrn Minister noch mal eingehen,

(Zwischenruf Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Das ist doch auch Ihre Prognose, oder?)

(Abg. Bergemann)

weil ich da mit Ihnen einer Meinung bin, das ist völlig klar. Wir werden nächste Woche bei uns im Bundesvorstand auf der Bundestagung einen entsprechenden Leitanspruch einbringen, weil ich davon überzeugt bin, dass wir in der Lohnuntergrenze gegen Dumpinglöhne zumindest das als Level hinbekommen müssen, was wir in der Zeitarbeitsbranche als Mindestlohn vereinbart haben. Das muss die Basis sein und da bin ich ganz dabei! Kollege Günther hat ja zu Recht gesagt, wir sind eine Volkspartei, breit aufgestellt. Da gibt es auch unterschiedliche Meinungen.

(Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da meine ich wohl, dass wird auch bei anderen so sein. Aber das ist mir und auch der CDU wichtig. Ich bin überzeugt, wir werden das mit Sicherheit auch bis dahin geregelt haben. Wir machen jedenfalls den ersten Schritt.

(Beifall CDU)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Ich beende den ersten Teil der Aktuellen Stunde und rufe auf den **zweiten Teil**

b) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion DIE LINKE zum Thema: "Umsetzung des Kita-Gesetzes in Thüringen nach einem Jahr einschließlich der Finanzierung durch den Landeshaushalt"

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/2676 -

Als Erste zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Jung von der Fraktion DIE LINKE.

Abgeordnete Jung, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordneten, liebe Gäste, DIE LINKE hat die Aktuelle Stunde beantragt, weil der Finanzminister verkündet hat, er streicht 54 Mio. € für die Finanzierung der Kindertagesstätten aus dem KFA,

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Lüge, Lüge!)

und das ziemlich genau nach einem Jahr der Verabschiedung der sogenannten Sternstunde des Parlaments. Ich gebe zu, ich habe mir unter einer Sternstunde etwas anderes vorgestellt, aber man lernt ja nie aus.

Fakt ist, die Finanzierungsfragen stellen immer noch das größte Problem des neuen Kita-Gesetzes dar. Ja, wir haben eine deutliche Verbesserung des Personalsschlüssels. Ja, wir haben theoretisch die

Verbesserung der Fachberatung auf den Weg gebracht. Ja, behinderte und nicht behinderte Kinder können gemeinsam die Kita besuchen. Und wir haben den Rechtsanspruch ab einem Jahr.

Was wir aber nicht haben, und das auch nach einem Jahr nicht, ist eine Finanzierung, die Eltern, Erzieher, Träger und Kommunen in Ruhe schlafen lassen. Eltern nicht, weil sie zum Teil mit drastischen Gebührenerhöhungen konfrontiert sind. Wir haben gerade in der Aktuellen Stunde die Einkommenssituation vom Minister deutlich dargestellt bekommen. Herr Minister Matschie, das ist für uns ein Skandal. Es ist ein Skandal, weil Sie versprochen haben, dass es keine Gebührenerhöhungen geben wird. Sie haben da nicht Wort gehalten. Es nützt auch nichts, wenn Sie Ihre Verantwortung so wahrnehmen, dass Sie den schwarzen Peter den Kommunen zuschieben, wie Sie es beim Landeselternverband getan haben.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Fiskalisch haben Sie vielleicht sogar recht, dass die Landesregierung im Kommunalen Finanzausgleich alle Mittel eingestellt hat. Sie, Herr Matschie, verweisen immer auf das Urteil des Verfassungsgerichts, maximal die Hälfte der Landeszuschüsse direkt mit Zweckbindung an die Kommunen auszureichen. Das steht aber so im Urteil nicht drin. Vielmehr ist dort zu lesen, dass die Kommunen mit einer angemessenen Finanzausstattung zu versehen sind, damit die kommunale Selbstverwaltung funktioniert. Hier haben wir - und das wissen Sie aus anderen Diskussionen - als LINKE grundsätzlich eine andere Meinung zur Kita-Finanzierung. Unserer Auffassung nach ist es nicht notwendig, einen solch großen Teil der Landeszuschüsse in die Schlüsselzuweisungen im KFA zu geben.

(Beifall DIE LINKE)

Genauso gut wäre es möglich, die Mittel im Haushalt des Kultusministers einzustellen oder sie zumindest mit Zweckbindung im KFA zu versehen.

Meine Damen und Herren, ich wiederhole mich gern, Kindertagesstätten sind Bildungseinrichtungen. Wir haben einen Bildungsplan von 0 bis 10 Jahren. Im Grunde heißt das, frühkindliche Bildung müsste so wie die Schulbildung auch gebührenfrei zur Verfügung gestellt werden

(Beifall DIE LINKE)

und auch finanzmäßig an die Kommunen so ausgebracht werden. Aber anstatt die Eltern zu entlasten, sollen sie 25 Prozent der Finanzierung der Kitas übernehmen, verkündet am 3. Mai die Presse über die Pläne des Finanzministers. Wovon denn eigentlich 25 Prozent? Von dem, was in den Kommunen tatsächlich ankommt? In der Mündlichen Anfrage der Kollegin Rothe-Beinlich sagen Sie, dass Sie zur

(Abg. Jung)

Höhe der Elterngebühren eigentlich nichts ausführen können und nichts wissen. Woher wissen Sie dann, dass die Eltern nicht schon 25 Prozent bezahlen? Bei durchschnittlichen Betriebskosten von 421,20 € sind das 105,30 €.

Meine Damen und Herren, viele Eltern wären glücklich, wenn sie nur diesen Betrag zu bezahlen hätten.

(Beifall DIE LINKE)

Wenn Ihre in dieser Mündlichen Anfrage durchschnittlich aufgeführten Elternbeiträge stimmen würden, dann würden sich die Elternbeiträge jetzt schon in vielen Kommunen verdoppelt haben. Wenn dann Frau Ministerpräsidentin Lieberknecht ausführt, dass der Finanzminister das mit keiner Silbe behauptet habe, es gab nur ein Papier aus rein fiskalischer Sicht auf Arbeitsebene, trägt das auch nicht zur Beruhigung bei. Denn, Frau Ministerpräsidentin, wir wissen, dass ein Verweis auf ein Arbeitspapier immer der Anfang von irgendwelchen Entscheidungen ist. Ich bin mir sicher, nach all den Jahren des Kampfes um das Kita-Gesetz wird es auch in Zukunft eine Messlatte sein an der Glaubwürdigkeit der Regierung, an der die Wählerinnen und Wähler Sie messen werden. Und ich hoffe, Herr Minister, dass in der Regierung nun endlich diese Finanzierungsfrage für die Kitas zufriedenstellend geregelt wird. Danke schön.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Als Nächste spricht Frau Abgeordnete Birgit Pelke von SPD-Fraktion.

Abgeordnete Pelke, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Werte Kollegin Jung, ich habe so das Gefühl, diese Aktuelle Stunde, auch unter dem Aspekt dessen, dass wir ja im Plenum noch einen Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf der Tagesordnung haben, wo wir sehr viel ausführlicher über einen dann gegebenen Bericht des Ministeriums diskutieren können, diese von Ihnen beantragte Aktuelle Stunde läuft nach dem Motto „Schön, dass wir darüber geredet haben“. Sie selber haben eben alles aufgelistet und ich sage noch mal, Sie haben von einer Sternstunde geredet: Es war ein Tag in diesem Plenum, an dem wir mit, ich glaube, zwei Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen gemeinschaftlich ein Kita-Gesetz beschlossen haben, das sich in der gesamten Bundesrepublik sehen lassen kann. Wenn so ein Gesetz in Kraft tritt und wir haben uns ja alle bemüht, das sehr zeitnah auf die Beine zu stellen, und wir jetzt feststellen, dass alles das, was Sie aufgelistet haben, der Rechtsanspruch ab dem ersten Lebensjahr funktioniert, die

10 Stunden Betreuung, dass die Kitas so ausgelastet sind, auch das muss ich Ihnen nicht sagen, dass wir in einigen Kommunen schon manchmal den Ansturm gar nicht mehr bewältigen können, das ist auch eine Diskussion, die wir vor Ort auf der kommunalen Ebene führen müssen, ja, dass in Teilbereichen Kita-Plätze, Krippenplätze fehlen, auch daran muss noch gearbeitet werden. Aber das ist dann auch die Aufgabe der Kommune. Die Verbesserung der Betreuungsrelation ist jetzt schon fast umgesetzt. Wir haben 1.400 neue Stellen bereits besetzen können. Das Ziel der rund 2.500 Erzieherinnen- und Erzieherstellen wird letztendlich auch erreicht werden. Wir haben die Mitbestimmung gestärkt, Elternbeiräte können sich zu Gesamtelternvertretungen zusammenschließen, auch dieses läuft schon. Über die Frage der Fachberatung und andere Dinge haben Sie schon geredet. Ich weiß nicht, ob man dann wenige Monate nach der Umsetzung dieses Gesetzes hier in diese Schwarz-Weiß-Malerei verfallen sollte.

Was die Finanzierung angeht, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind rund 120 Mio. € mehr zur Verfügung gestellt worden, die weitergereicht werden an die kommunalen Ebenen. An diesem Punkt stimme ich Ihnen zu. Dass die Verteilungsmechanismen über den KFA verändert werden sollten und müssen, damit sie dorthin kommen, wo das abgeleistet wird, was wir wollen, und dass da nicht nach Bedürftigkeit, sondern nach dem, was abgeleistet wird, auch finanziert werden muss, das wissen wir. Leider Gottes, das haben Sie sicherlich seinerzeit auch über die Presse mitbekommen, haben wir das in der Koalition noch nicht auf einen Nenner bringen können. Über die Verteilungsstrukturen innerhalb des KFA insgesamt wird noch zu reden sein und da muss auch einiges verbessert werden. Grundsätzlich ist es aber so, dass 120 Mio. € mehr zur Verfügung gestellt wurden. Damit ist genau das eingetreten, was der Minister immer gesagt hat: Wir, das Land, haben ein Gesetz beschlossen und haben es auch finanziert. Vielleicht noch ein Satz zu dem: Es ist schon „bemerkenswert“, also bemerkenswert seltsam, dass ein Finanzminister in der ersten Diskussion um einen kommenden Haushalt feststellt, dass im Kita-Bereich gekürzt werden muss. Das ist so was von deplatziert. Dazu haben wir uns aber auch geäußert und nicht nur die SPD-Fraktion, sondern auch der Minister hat ganz deutlich gesagt, dass wir dieses nicht zulassen werden. Mittlerweile, wenn mich meine Informationen nicht täuschen, hat der Finanzminister schon ganz schön zurückgerudert. Ich hoffe, dass das etwas damit zu tun hat, dass die Ministerpräsidentin warnend den Zeigefinger erhoben hat - aber wie ist mir auch egal, jedenfalls wird es mit uns zu einer Kürzung in diesem Bereich nicht kommen.

Ich sage noch mal abschließend, unser Kita-Gesetz, das wir hier übereinstimmend, qualitativ

(Abg. Pelke)

und umfassend beschlossen haben, ist kein Grund, um die Beiträge vor Ort zu erhöhen. Wir haben auch finanziell unsere Hausaufgaben gemacht. Herzlichen Dank.

(Beifall SPD)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Als Nächste spricht Frau Abgeordnete Hitzing von der FDP-Fraktion.

Abgeordnete Hitzing, FDP:

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, lassen Sie mich mit zwei Gesichtspunkten beginnen. Ich konzentriere mich bei der Evaluation, es geht ja hier darum, ganz einfach mal innerhalb der Aktuellen Stunde darüber zu reden, wie ist denn das Kindertagesstättengesetz umgesetzt worden. Frau Kollegin Pelke hat sehr viel angeführt, aber ich werde mich auch auf das Thema der Finanzierung konzentrieren.

Ein Punkt: Im November letzten Jahres wurde Kollege Emde unter anderem auch davon in Kenntnis gesetzt durch einen Bürger dieses Landes, dass die Kindertagesstättengebühren erhöht werden mussten, und Sie, Herr Kollege Emde, haben geantwortet, dass es überhaupt keinen Grund dafür gibt, die Gebühren zu erhöhen, und dass mit den 90 Mio. €, die zusätzlich für die Kindertageseinrichtungen festgelegt sind, das Ganze kostendeckend ausfinanziert ist, also es keinerlei Grund gibt, Elternbeiträge zu erhöhen. Nun ist es ja doch in aller Munde, dass es sehr viele Erhöhungen von Beiträgen gab und auch gibt, zum Beispiel in Nordthüringen eine Kleinstadt - ich habe heute noch mal nachgefragt, um auch hier mit aktuellen Zahlen argumentieren zu können -, also der Grund ist natürlich der Mindestpersonalschlüssel, der per Gesetz eingeführt worden ist. Im Übrigen sage ich das auch gerne, wir waren letztes Jahr auch überzeugt, dass das ein sehr gutes Gesetz ist, das hier auf den Weg gebracht worden ist, aber es ist einfach so, dass die Zuschüsse nicht ausreichen, um den jetzt per Gesetz festgelegten Personalschlüssel auch vorhalten zu können und ihn auch zu bezahlen. Die Zuschüsse reichen einfach nicht aus. In diesem aktuellen Fall ist es so, dass etwa 20 Prozent Mehrkosten auf die Eltern zukommen. Die Schlüsselzuweisungen können nicht kompensieren, was jetzt neu gebraucht würde, und auch die Zuweisungen, die Landeszuschüsse, die sich ja erhöht haben für die Kinder von 0 bis 1, 1 bis 3 und 3 bis 6,5 Jahren, reichen nicht aus, um das Defizit zu kompensieren. Das ist also der Fakt und die Kommunen wissen sich dann ganz einfach nicht anders zu helfen, als zu sagen, wir müssen die Elternbeiträge erhöhen, um den gesetzlichen Auftrag auch erfüllen zu können. Das ist ein Problem. Wenn man mit den zuständigen Leuten in den Kommunen

spricht, dann hört man tatsächlich immer wieder das Wort „Zweckbindung“. Man hätte sich die Zweckbindung insofern gewünscht, dass über diese Schlüsselzuweisung ganz klar ist, wo soll das Geld hingehen für die Kinder, um hier eine sichere Finanzierung zu haben. Das ist tatsächlich ein Problem. Auch Sie, Herr Minister Matschie, haben ausgeführt, dass das Gesetz hinlänglich durchfinanziert ist und nun kündigt zumindest das Arbeitspapier vom Finanzminister an, dass sich da noch einmal etwas ändern wird. Wir haben zum Schluss ganz einfach das Problem, dass der gute Ansatz des Kindertagesstättengesetzes inhaltlich vollkommen in Ordnung ist, aber leider nicht ausreichend ausfinanziert ist. Da muss man die praktischen Gegebenheiten im Land ganz einfach zur Kenntnis nehmen, dass die Kommunen an bestimmten Stellen hilflos dastehen und keinen Lösungsweg haben. Das ist der Grund, weshalb das heute hier besprochen wird. Wir haben ja nun gehört, dass das noch einmal im Plenum kommt und da können wir noch einmal länger darüber reden. Ich muss auch sagen, wenn Bürgermeister der Lüge bezichtigt werden, weil sie sagen, aus genau diesem Grund müssen wir unsere Elternbeiträge erhöhen, dann ist das ein Stil, den man nicht so hinnehmen kann. Danke.

(Beifall FDP)

Präsidentin Diezel:

Danke schön, Frau Abgeordnete. Als Nächster spricht der Abgeordnete Maik Kowalleck von der CDU-Fraktion.

Abgeordneter Kowalleck, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, der Schuldenberg im Rücken kann mich nicht so recht entzücken. Das hat ja heute auch etwas mit dem nächsten Thema zu tun - Mai-Steuer-schätzung -, aber auch Finanzen haben mit dem derzeitigen Tagesordnungspunkt doch wesentlich zu tun. Ein Jahr Kita-Gesetz gibt uns die Möglichkeit, auf die Umsetzung eines wichtigen Vorhabens des Koalitionsvertrags zu schauen. Hier an dieser Stelle wurden auch schon wesentliche Punkte genannt. Das möchte ich jetzt auch nicht wiederholen, möchte aber auch noch einmal auf den Punkt der Finanzierung eingehen. Wichtig ist auch, das wurde auch bereits gesagt, dass das ein wichtiges Vorhaben aller Fraktionen hier im Hause war und es gab auch ein entsprechendes Abstimmergebnis. Das Volksbegehren für eine bessere Familienpolitik hatte sich dafür eingesetzt, dass eine Neuregelung des Thüringer Kindertagesstätteneinrichtungsgesetzes und der damit einhergehenden Anhebung der Standards erfolgt. Das waren unter anderem auch die räumlichen Anforderungen und die Personalschlüssel.

(Abg. Kowalleck)

Gerade im Bereich der Fachkräfteentwicklung hatten wir im vorherigen Punkt einige Ausführungen vom Minister gehört. Das ist natürlich auch ein Problem, was uns vor Ort dann in Zukunft erfasst, die Fachkräftesicherung und die Deckung des Fachkräftebedarfs auch in den Einrichtungen. Wenn es aus der einen oder anderen Kommune jetzt auch Kritik an der Umsetzung des Kita-Gesetzes gibt, muss auch gesagt werden, dass sich gerade die CDU dafür stark gemacht hat, den vom Bildungsministerium eingebrachten Gesetzentwurf, der im Wesentlichen dem des Volksbegehrens entsprach, für die Kommunen überhaupt praktikabel zu machen. Hier nenne ich wiederum auch die räumlichen Anforderungen. Der Freistaat gibt für seine Kindertagesstätten fast 500 Mio. € aus, eine halbe Mrd. €. 272 Mio. € sind in den Schlüsselzuweisungen für Landkreise und Gemeinden enthalten, weitere 172 Mio. € kommen über die Landespauschalen dazu. Für die Finanzierung der besseren Kitabetreuung sind im Kommunalen Finanzausgleich zusätzlich 90 Mio. € berücksichtigt. Das zeigt auch schon die Masse und das Engagement des Landes allein in diesem Bereich. Neben den Finanzierungsanteilen des Landes zur Finanzierung der Kindergärten stehen weitere Mittel aus dem Anteil der Kommunen und durch Beiträge der Eltern zur Verfügung. Die Erhebung von Elternbeiträgen für die Kinderbetreuung richtet sich nach § 20 Thüringer Kindertageseinrichtungsgesetz und der Gebührensatzung der jeweiligen Gemeinde oder des jeweiligen Trägers. Jeder Träger legt auch seine Gebührenordnung fest, Frau Hitzing hatte das auch schon angesprochen. Hier muss auch erwähnt werden, dass sie sozialverträglich gestaltet werden muss nach Gesetz. Über die konkrete Höhe der Beteiligung von Eltern an den Gesamtkosten der Kindergärten entscheidet die jeweilige Gemeinde. Es werden hier oft diese negativen Beispiele angeführt. Ich kann es von meiner Heimatstadt Saalfeld sagen, in der ich selbst Stadtrat bin; wir haben hier keine Gebühren erhöht, wir haben seit vielen Jahren konstante Kindergartenengebühren. Ich muss aber auch sagen, im ländlichen Bereich gab es Gebührenerhöhungen. Aber dann muss man auch sagen, wie hoch die Gebühren vorher waren. Da hat man durchaus Fälle mit sehr moderaten Gebühren, so ein Vorher-Nachher-Vergleich hilft dann auch.

Ich muss hier auch noch einmal darauf eingehen, die Ausführungen des Finanzministers wurden genannt, wo er in der Presse zitiert wurde. Hier hat er aber auch gestern in der OTZ vom 17. Mai klargestellt auf die Frage, ob er eigentlich weiter die Elternbeiträge in den Kindergärten anheben wolle: „Diese unmittelbare Forderung wurde von mir nie erhoben.“ Man sollte hier auch entsprechend darauf eingehen und nicht die Meldungen nehmen, die einem da gerade passen.

Meine Damen und Herren, mit dem neuen Kindergartenengesetz haben wir einen entscheidenden Beitrag für die frühkindliche Bildung geleistet. Wir werden diesen Weg auch konsequent weitergehen.

(Beifall CDU)

Präsidentin Diezel:

Danke schön, Herr Abgeordneter. Als Nächste spricht Frau Abgeordnete Astrid Rothe-Beinlich von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abgeordnete Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kowalleck, seien Sie versichert, ich werde gern den Finanzminister zitieren, wenn bei ihm ein Prozess des Umdenkens dahin gehend stattgefunden hat, dass genau das nicht eintritt, was wir zu befürchten hatten, als wir lasen, dass künftig 25 Prozent der Kosten für einen Kita-Platz von den Eltern übernommen werden sollen. Da war ich - das sage ich hier auch ganz deutlich an dieser Stelle - Herrn Minister Matschie sehr dankbar für seine deutlichen Worte, die er gefunden hat. Denn ich meine, so ernst müssen wir uns als Parlament, so ernst muss sich auch die Landesregierung selbst nehmen, wenn wir tatsächlich ein Gesetz, wie wir es hier gemeinsam, alle Fraktionen, vor einem Jahr verabschiedet haben, auch mit Leben füllen wollen. Das „mit Leben füllen“ verstehe ich dahin gehend, dass wir einen hohen Anspruch mit diesem Gesetz verbunden haben.

Zum einen möchte ich noch einmal erinnern, dass es 60.000 Unterschriften von Eltern gewesen sind, die gesammelt wurden - ein herzliches Dankeschön noch einmal dafür -, die letztlich auch dazu geführt haben, dass wir ein solches Gesetz hier verabschieden konnten. Ich sage aber auch - da werden wir hoffentlich noch mehr Zeit haben, wenn dann unser Antrag zu diesem Thema zur Debatte steht, nämlich zur Bilanz nach einem Jahr -, dass es gewiss noch viele Baustellen gibt, die wir uns genauer anschauen müssen.

Herr Kowalleck, Sie haben eben genauere Zahlen angemahnt, die man sich anschauen muss. Da muss man ja tatsächlich sehr genau hinschauen, wie es zu drastischen Gebührenerhöhungen kommen kann. Ich habe mir einmal ein paar genaue Zahlen herausgesucht. Wenn wir zum Beispiel nach Oberbösa gehen, dort wurden die Gebühren für die Ein- bis Zweijährigen von 100 € auf 150 € erhöht. Oder aber wenn wir nach Gefell schauen, dort wurden die Gebühren von 120 € auf 140 € für die Ein- bis Zweijährigen erhöht. In Mühlhausen fand eine Erhöhung von 100 € auf 120 € für die ab Dreijährigen statt. Und noch ein Beispiel aus Treffurt, dort wurden die Gebühren für die ab Dreijährigen

(Abg. Rothe-Beinlich)

von 49 € auf 85 € erhöht. Dann müssen wir natürlich den Eltern, dann müssen wir auch den Kommunen, die uns fragen, Antworten geben, ob wir als Land tatsächlich nicht der Verantwortung gerecht werden oder ob gegebenenfalls bei der Finanzierung der Kindertagesstätten und Kindertagesplätze etwas falsch läuft bzw. das Geld nicht dort ankommt, und somit den Anforderungen nicht gerecht werden, die wir hier selbst formuliert haben.

Da, glaube ich, müssen wir auch so ehrlich sein, noch eine zweite Baustelle anzusprechen, die ich außerordentlich bedenklich finde. Der Gemeinde- und Städtebund hat in einer mit dem Innenministerium abgestimmten Mustersatzung zunächst übrigens - was ich auch pikant finde - ohne Beteiligung des aus meiner Sicht zuständigen Ministeriums für Bildung eine Mustersatzung erstellt, die vorsieht, die Beiträge so zu staffeln, dass faktisch - das ist jedenfalls meine Interpretation - möglichst viele Eltern den Betreuungsumfang ihrer Kinder reduzieren. So sollen für das erste Kind in einer Kinderkrippe im Alter von 1 bis 2 Jahren nach den Vorstellungen vom Gemeinde- und Städtebund für mehr als 8 Stunden Betreuungsumfang etwa 150 € bezahlt werden, während für eine Betreuung von 5 Stunden nur 90 € fällig werden. Ein solches Vorgehen widerspricht aus meiner Sicht genau den pädagogischen Erwartungen und Hoffnungen und auch genau den Punkten, die wir in der sogenannten Sternstunde festgehalten haben, nämlich dem Anspruch auf mindestens 10 Stunden Betreuungszeit tatsächlich für jedes Kind.

Ein weiterer Punkt, über den wir mit Sicherheit auch reden müssen, ist die Problematik des Personalschlüssels mit Blick darauf, wie viele Kinder eigentlich von wie viel Personal betreut werden. Wir wissen, dass wir in bundesweiten Studien eher einen hinteren Platz belegt haben. Ich erhoffe mir aus der Debatte zu unserem Antrag in der Tat noch viel genauere Zahlen, ob sich an der Betreuungsrelation schon etwas verbessert hat. Dass das nicht von heute auf morgen gelingt, das ist uns völlig klar. Nichtsdestotrotz müssen wir hier tatsächlich Verbesserungen erreichen, wenn wir dem Ziel gerecht werden wollen, das Bildungsland Nummer 1 zu sein, und das beginnt nun mal mit der frühkindlichen Bildung.

Ich will einen letzten Punkt noch ansprechen, den ich sehr wichtig finde - die Sozialverträglichkeit von Elternbeiträgen: Wir alle, glaube ich, müssen ein gemeinsames Interesse daran haben, dass jedes Kind die Chance hat, die bestmögliche frühkindliche Bildung zu erhalten, und zwar unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Genau das sollte wieder ein Ziel sein, was uns vielleicht derart eint wie damals, als wir gemeinsam dieses Gesetz beschlossen haben. Vielen herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKEN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Wir haben noch sechs Minuten Redezeit. Als Nächster hat sich der Abgeordnete Emde zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Emde, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, ich will zu einem Punkt in der ganzen Diskussion Stellung nehmen und das ist die Frage: Wird hier ein Thema angeheizt - Erhöhung der Elternbeiträge - oder nicht? Für meine Wahrnehmung ist das so, dass nicht Herr Minister Voß an Herrn Minister Matschie einen Brief geschrieben hat, in dem unter anderem eine Erhöhung von Elternbeiträgen angefragt wurde, sondern dass es so ist, dass Mitarbeiter aus dem Finanzministerium an das Ministerium für Bildung geschrieben haben, dass es unter anderem denkbar wäre, einen gewissen Satz von Elternbeiträgen bei den Kommunalfinanzen anzurechnen. Frau Rothe-Beinlich, dann kann ich Ihnen nur sagen, Herr Minister Voß muss in keiner Weise umdenken, denn er hat so ein Ansinnen überhaupt nicht geäußert. Ich muss schon sagen, den Brief, den es geben soll, den es offensichtlich auf Arbeitsebene gegeben hat, den kennt keiner. Seit 14 Tagen wird aber darüber öffentlich diskutiert.

Ich will Ihnen ganz klar den Standpunkt unserer CDU-Fraktion, den Standpunkt der Landesregierung, auch von Herrn Minister Voß sagen, und diesen Standpunkt hat auch immer die SPD-Fraktion geteilt, denn wir haben sehr intensiv bei der Gesetzesbefassung über die Frage der Festlegung einer möglichen Höchstgrenze für Elternbeiträge diskutiert. Diese Diskussion hat meine Fraktion zweimal anlässlich von Novellen des Kita-Gesetzes ganz bewusst geführt und hat sich auch ganz bewusst gegen eine solche Höchstgrenze entschieden.

Erstens ist es so, die Kommunen sollen auch Möglichkeiten haben, in dieser wichtigen Frage Gestaltungsspielräume für familienfreundliche und kinderfreundliche Politik zu haben.

Zweitens ist es so, man will nicht, dass irgendjemand vor Ort eine solche Höchstgrenze im Landesgesetz nutzt, um damit eigene Erhöhungen von Elternbeiträgen zu begründen. Deswegen ist die Entscheidung gegen eine solche Höchstgrenze im Gesetz sehr bewusst gefallen. Es gibt überhaupt keine Gründe, davon abzurücken.

Ich glaube, meine Damen und Herren, es ist noch nicht so heiß in diesem Lande hier im Mai, dass man dieser Kita-Morgana noch länger hinterherlaufen muss.

(Abg. Emde)

(Beifall CDU)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Gibt es weitere Wortmeldungen? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Für die Landesregierung, bitte sehr, Herr Minister Matschie.

(Zwischenruf Abgeordneter Kuschel, DIE LINKE: Aber die Wahrheit bitte.)

Matschie, Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, wir hatten am Wochenende das Thüringer Bildungssymposium mit einer Reihe renommierter Bildungsforscher hier in Erfurt zu Gast. Dort hat uns der Bildungsforscher - er ist einer der renommiertesten und koordiniert die IGLU-Studie zur Leistungsfähigkeit der Kindergärten - Professor Wilfried Bos, Folgendes gesagt: Er glaubt, dass Thüringen in die Weltspitze bei PISA aufrücken kann. Er hat uns bescheinigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind und dass es genau der entscheidende Schritt war, den wir gemeinsam gegangen sind, nämlich die Qualität der Kindergärten, die Personalausstattung der Kindergärten deutlich zu verbessern. Das ist der erste und wichtigste Schritt, um ein Bildungssystem leistungsfähiger zu machen.

(Beifall SPD)

Am 4. Mai des vergangenen Jahres haben wir das hier im Landtag gemeinsam beschlossen und auch das ist eben schon angesprochen worden. Ich denke, das war wirklich ein Meilenstein in der Arbeit des Parlaments, denn es kommt nicht sehr häufig vor, dass alle Fraktionen bei einem Gesetzentwurf weitgehend einig sind.

Wir haben das festgeschrieben, was Tausende Thüringer Eltern im Rahmen des Volksbegehrens auch eingefordert haben, nämlich eine bessere Ausstattung der Kindergärten in Thüringen. Und wir haben die wesentlichen Ziele, die mit dem Volksbegehren verfolgt worden sind, in das Gesetz geschrieben. Dazu gehört natürlich der Rechtsanspruch ab dem vollendeten ersten Lebensjahr und die Garantie von 10 Stunden Betreuungszeit. Wenn Sie sich mal in der Republik umschauen, Sie werden kaum Bundesländer finden, die ähnlich weit gegangen sind in ihren Ansprüchen für die Eltern. Ich denke, man kann heute sagen, wir haben mit diesem Rechtsanspruch genau richtig gelegen, denn die Notwendigkeit, Kinder betreuen zu lassen, steigt für Eltern. Das hat auch einen erfreulichen Hintergrund: In dem Maße, wie der Arbeitsmarkt wieder angezogen hat, spielt das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf noch für mehr Eltern wieder eine Rolle. Deshalb ist es wichtig, dass wir dieses verlässliche Angebot geschaffen haben. Alle Eltern wissen heute: In Thüringen ist es gut mög-

lich, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen, man hat einen verlässlichen Rechtsanspruch, auf den man sich dabei berufen kann.

Zweitens: Wir haben die Betreuungsrelation in den Einrichtungen deutlich verbessert. Es ist schon in den Jahren zuvor ein wichtiger Schritt gemacht worden mit dem Bildungsplan für Kinder von 0 bis 10, der inhaltlich von allen Seiten gelobt worden ist. Wir haben gesagt, dieser Bildungsplan von 0 bis 10 braucht auch eine entsprechende personelle Unterstützung, damit er greifen kann. Auch hier hat das neue Kita-Gesetz sehr schnell Wirkung entfaltet. Zum Stichtag 31.12.2010, also nach nur fünf Monaten nach Inkrafttreten des Gesetzes, waren schon 1.400 zusätzliche Erzieherinnen eingestellt. In den letzten Monaten sind weitere gefolgt, so dass wir mit einiger Sicherheit prognostizieren können, dass wir im Herbst dieses Jahres den Personalschlüssel vollständig erreicht haben werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, allein für diese Maßnahmen und das, was außerdem noch passiert ist bei der Fortbildung des pädagogischen Fachpersonals, stellen wir in diesem Jahr 2,4 Mio. € zur Verfügung. Für die stärkere Einbeziehung der Eltern werden die Elternmitwirkungsrechte gestärkt; hier haben sich die ersten Gesamtelternvertretungen gebildet. Insgesamt ist es ein Paket, von dem man sagen kann, es ist ein voller Erfolg geworden.

Nun sage ich noch einmal etwas zur Finanzierungsdiskussion. Zunächst einmal will ich sagen, das Kita-Gesetz ist voll ausfinanziert. Das hat uns auch der Gemeinde- und Städtebund bestätigt. Die Bestätigung in einer so kniffligen Frage vom Gemeinde- und Städtebund zu bekommen, hat, glaube ich, schon Gewicht. Deshalb bitte ich Sie aufzuhören mit den Unterstellungen, das Gesetz sei nicht vollständig ausfinanziert. Es ist ausfinanziert.

Ich will Ihnen dazu zwei Zahlen sagen. Wir haben noch einmal nachgerechnet, wie hoch die Landeszuweisung an die Kommunen in diesem Jahr nach der alten Gesetzeslage wäre. Sie wäre bei 320 Mio. €. Nach der neuen Gesetzeslage ist die Landeszuweisung an die Kommunen für die Kinderbetreuung bei 442 Mio. Das sind 122 Mio. mehr als nach der alten Gesetzeslage.

(Beifall CDU)

Ich glaube, das ist wirklich einen Beifall wert, denn das tun wir angesichts einer äußerst angespannten Finanzlage im Freistaat Thüringen, die wir alle kennen und die wir ausreichend diskutiert haben.

(Beifall SPD)

Insofern ist das eine enorme Kraftanstrengung - 122 Mio. mehr für die Kindertagesstätten. Jetzt höre ich immer wieder die Debatte, ja, das müsste jetzt alles zweckgebunden werden. Ich kann Ihnen

(Minister Matschie)

nur noch einmal sagen, wir haben ein kommunales Finanzsystem in Thüringen. Das können wir nicht einfach von heute auf morgen aus den Angeln heben. Es gibt in diesem Finanzausgleichssystem auch Zielkonflikte. Es gibt den Zielkonflikt zwischen dem Ziel, einerseits bestimmte Aufgaben auf die Aufgabe genau zu finanzieren und auf der anderen Seite dem Ziel des Finanzausgleichsgesetzes, auch einen Finanzausgleich zwischen finanzschwachen und finanzstarken Kommunen zu erfüllen, damit alle Kommunen ihre kommunalen Aufgaben bewältigen können. Das ist ein Zielkonflikt, der sich nicht vollständig auflösen lässt. Denn wenn ich alle Aufgaben zu 100 Prozent genau finanziere, dann haben die starken Kommunen, die ohnehin gute Einnahmen haben, einen haushohen Vorteil gegenüber den anderen Kommunen, die dann ihre Aufgaben vielleicht gar nicht mehr ausreichend finanzieren können aufgrund der eigenen Finanzsituation. Deshalb wird man diesen Zielkonflikt nie zu 100 Prozent auflösen können. Deshalb ist ja auch das Gerichtsurteil des Verfassungsgerichts so gefallen, dass das Verfassungsgericht gesagt hat, mindestens die Hälfte der kommunalen Zuweisungen muss über die Schlüsselzuweisung erfolgen und nicht zweckgebunden sein. Ich glaube, es macht keinen Sinn, diese Debatte immer weiter zu drehen, im jetzigen Finanzsystem wird sie nicht anders zu lösen sein. Es sei denn, wir schaffen ein ganz anderes System des kommunalen Finanzausgleichs. Auch darüber wird sicher in den nächsten Jahren noch zu diskutieren sein, aber es ist keine Frage, die an diesem Punkt aufgelöst werden kann.

Jetzt noch einmal zu der Frage Beitragserhöhung vor Ort: Es ist ja unbestreitbar, dass einige Kommunen in letzter Zeit ihre Beiträge angehoben haben und einige Beispiele sind ja hier auch vorgetragen worden. Aber es ist genauso richtig, dass unter denselben Finanzbedingungen vonseiten des Landes viele Kommunen ihre Kindergartenbeiträge nicht erhöht haben. Das heißt, es gibt keinen Zusammenhang zwischen neuem Kita-Gesetz und Beitragserhöhung. Es kann viele Gründe für eine Kommune geben, weshalb sie zu diesem Mittel der Beitragserhöhungen greift. Wir wissen ja, dass neben der kompletten Finanzierung des Kita-Gesetzes die Kommunen an anderen Stellen Probleme hatten in den letzten Monaten und Jahren, nämlich bei den eigenen kommunalen Einnahmen. Der Wirtschaftseinbruch hat sich doch unmittelbar auf die kommunalen Finanzen ausgewirkt. Nun ist es aber in der Verantwortung der einzelnen Kommune, zu sagen, wie kompensiere ich denn diese Ausfälle? Da gibt es keinen Zwang, zu den Elternbeiträgen zu greifen. Und es gibt keinen Zusammenhang zwischen dem neuen Kita-Gesetz und der Erhöhung von Elternbeiträgen, sondern hier haben wir ganz unterschiedliche Entscheidungen in den Kommunen. Das ist der Beweis dafür, dass dieser direkte Zusammenhang nicht existiert. Sie haben die

Kompetenz und die werden wir den Kommunen auch nicht nehmen, in dieser Frage zu entscheiden. Das muss kommunale Selbstverantwortung bleiben. Deshalb sage ich auch an dieser Stelle noch einmal ganz deutlich: Eine Änderung des Kita-Gesetzes, in dem eine Elternbeitragsquote festgeschrieben wird, also eine Änderung des Kita-Gesetzes, die zu einer Erhöhung von Elternbeiträgen führen könnte, die wird es mit mir nicht geben.

(Beifall CDU, SPD)

Auch der Finanzminister hat inzwischen klargestellt, dass er das nicht beabsichtigt. Deshalb kann man heute noch einmal ganz klar das Signal an die Eltern geben - Herr Emde hat das eben auch noch einmal deutlich gemacht -, in dieser Frage ist sich die Koalition einig. Wir haben uns vorgenommen, diese Aufgabe zu schultern mit Unterstützung des Landes. Bei dieser Zusage bleibt es. Genauso bleibt es dabei, dass die Entscheidung über die Elternbeiträge in der Hand der Kommunen liegt. Weil das hier angesprochen worden ist, sage ich Ihnen noch einmal die Prognosezahlen für dieses Jahr. Wir werden in diesem Jahr Gesamtkosten für unsere Kindertagesstätten in Höhe von knapp 530 Mio. € haben. Davon tragen die Eltern etwa 79 Mio. €. Also von 530 Mio. € Gesamtausgaben tragen die Eltern nach der Prognose für dieses Jahr etwa 79 Mio. €. Das noch einmal zu der Frage, wo liegen wir da eigentlich. Das ist deutlich weniger als 25 Prozent der Gesamtausgaben. Das schließt aber nicht aus, dass es nicht auch einzelne Beispiele in Kommunen gibt, wo die Elternbeiträge deutlich höher liegen. Aber, wie gesagt, das ist die Entscheidung der Kommune, wie sie in dieser Frage vorgeht. Diese Selbstverantwortung hat sie. Wir können hier nur appellieren: Sorgt bitte gemeinsam mit dem Land dafür, dass alle finanziellen Kraftanstrengungen unternimmt, dass wir familienfreundliche Bedingungen vor Ort vorfinden und dass Elternbeiträge sozialverträglich bleiben, denn nur so kann Thüringen eine gute Zukunft haben.

(Beifall CDU, SPD)

Zum Schluss noch einmal zurück zu der Einschätzung auf dem Bildungssymposium. Ich glaube, dass uns hier gemeinsam mit allen Fraktionen im Landtag ein ganz entscheidender Schritt gelungen ist. Ich bitte Sie, Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns doch diesen Schritt, den wir hier in Thüringen getan haben, mit dem wir Maßstäbe für die ganze Bundesrepublik gesetzt haben, selbstbewusst vertreten, auch draußen vor Ort vertreten und gemeinsam mit den Kommunen dafür sorgen, dass alles, was wir hier wollen, schnellstmöglich vor Ort umgesetzt werden kann. Dann haben wir eine hervorragende Bildungslandschaft und gute Bedingungen für Eltern in Thüringen. Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, SPD)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Gibt es weitere Wortmeldungen? Bitte schön, Herr Abgeordneter Kuschel.

(Zuruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Wie viel Zeit habe ich denn?)

Wir haben noch fünfeinhalb Minuten.

Abgeordneter Kuschel, DIE LINKE:

Danke, Frau Präsidentin. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Minister, Sie haben erneut versucht mit Verweis auf das Verfassungsgerichtsurteil, das Handeln der Landesregierung zu erklären und haben im Grunde genommen den Kommunen den schwarzen Peter zugeschoben,

(Beifall DIE LINKE)

die müssten jetzt klären, wie sie mit den Folgen der Finanzkrise umgehen und hätten deshalb eine freie Entscheidung, ob sie die Kindertagesstättengebühren nun anfassen oder nicht. In dem Zusammenhang muss ich aber noch einmal daran erinnern, was Sie tatsächlich im Finanzausgleich gemacht haben. Sie haben zwar 90 Mio. € für die Mehrkosten des neuen Kindertagesstättengesetzes hinzugerechnet, haben aber aus unserer Sicht in unzulässiger Art und Weise die Finanzausgleichsmasse reduziert, indem Sie 48 Mio. € abgezogen haben, die die Kommunen angeblich aus wirtschaftlicher Betätigung heraus erwirtschaften können. Sie haben einen fiktiven Hebesatz von 400 bei der Grundsteuer unterstellt, haben dabei 32 Mio. abgezogen, und 400 Hebesatzpunkte bei der Gewerbesteuer und 90 Mio. abgezogen. Sie haben bei der Auftragskostenpauschale, die schon ohnehin umstrittene Korridorbildung ersetzt durch das sogenannte Benchmarkingverfahren und haben dort noch einmal 18 Mio. € runtergenommen. In einer solchen Situation stellen Sie sich dann hierhin und sagen, die Kommunen hätten selbst die Verantwortung, zu entscheiden. Die Kommunen können entscheiden, ob sie die Gewerbetreibenden belasten so über Nacht. Ich hatte hier öfter betont, wir haben nichts gegen eine Hebesatzdiskussion, aber bitte schön nicht Mitte Dezember beschließen und ab 1. Januar soll es gelten. Die Kommunen können entscheiden, Hebesatz hoch für die Gewerbetreibenden. Sie können entscheiden, ob sie die Grundstückseigentümer und die Mieter stärker belasten durch den Hebesatz oder die Kita-Gebühren erhöhen. Was ist das denn aber für eine Politik? Wenn wir hier ein Gesetz machen, das tatsächlich bei den Kindern ankommen soll, dann müssen wir auch dafür Sorge tragen, dass es durchfinanziert ist.

(Zwischenruf Matschie, Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur: Das ist durchfinanziert.)

Nein, es ist nicht durchfinanziert, wenn Sie den Kommunen zwar formal etwas geben, aber auf der anderen Seite in viel höherem Maße etwas abziehen. Das würde privat auch nicht funktionieren, glaube ich.

Noch mal zur Systematik des Finanzausgleichs, wo Sie boshaft dieses Urteil des Verfassungsgerichts fehlinterpretieren. Das Verfassungsgericht hat gesagt, nur unter der Maßgabe, dass keine angemessene Finanzausstattung durch das Land möglich ist, hat sich das Land mit der Zweckbindung in Zurückhaltung zu üben. Mal einfach formuliert: Wenn wir die Kommunen nicht ausreichend finanzieren können, sollen die Kommunen zumindest selbst entscheiden können, wo sie das Geld zum Einsatz bringen. Jetzt behaupten Sie aber, der Finanzausgleich ist angemessen und unter der Maßgabe hat sich das Verfassungsgericht überhaupt nicht dazu geäußert, sondern unter der Maßgabe können wir natürlich eine Zweckbindung aussprechen. Wenn wir durch ein Gesetz den Kommunen ganz konkrete Vorgaben machen, dann sind wir zum Ausgleich verpflichtet oder Sie nehmen billigend in Kauf, dass die Eltern in stärkerem Maße an den Kosten beteiligt werden. Dann folgt aber eine soziale Selektion, nämlich über die Gebühr. Damit geht das Ziel des Gesetzes völlig fehl. Ich bitte wirklich darum, dann sollen Sie es sagen, es war eine politische Entscheidung, Sie waren sich von Anfang an bewusst, zum Schluss bezahlen die Kommunen und Eltern diese Reform. Dann wäre das ehrlich, aber Sie stellen sich hin, das Land bezahlt diese Reform und das ist falsch. Danke.

(Beifall DIE LINKE)

Präsidentin Diezel:

Gibt es weitere Wortmeldungen seitens der Abgeordneten? Das sehe ich nicht. Herr Minister Matschie, bitte schön.

Matschie, Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur:

Herr Kollege Kuschel, Sie können noch so viel Wortverdreherei und Zahlenspiele betreiben, wie Sie wollen; eines steht fest, wir haben die Mehrkosten des Kita-Gesetzes vollständig ausfinanziert. Das hat uns sogar der Gemeinde- und Städtebund bestätigt. Sie können gern den Gemeinde- und Städtebund der Lüge bezichtigen, aber die Kosten, die Mehrkosten sind vollständig im Kommunalen Finanzausgleich eingestellt. Ich lege Wert darauf, dass diese Feststellung auch hier getroffen wird. Wir haben die Verantwortung übernommen in einer schwierigen Zeit. Und wenn Sie sagen, das hat nichts mit Politik zu tun, wenn die Kommunen die Entscheidung treffen, an welchen Stellen sie ihre eigene Einnahmesituation verbessern, was ist denn dann Politik? Politik muss in Alternativen denken,

(Minister Matschie)

Politik muss Entscheidungen treffen, an welchen Stellen Geld ausgegeben wird, über welche Quellen Geld eingenommen wird, und es gehört zur kommunalen Selbstverwaltung dazu, solche Entscheidungen vor Ort zu treffen. Ich sage es noch einmal, viele Kommunen haben sich entschieden, die Elternbeiträge nicht zu erhöhen unter den genau gleichen Bedingungen. Das zeigt, dass hier der Entscheidungsspielraum da ist bei aller Wortverdreherei, die Sie hier machen.

(Beifall SPD)

Präsidentin Diezel:

Danke schön, Herr Minister. Gibt es weitere Wortmeldungen? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Dann schließe ich den zweiten Teil der Aktuellen Stunde.

Ich rufe den **dritten Teil** auf

c) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der FDP zum Thema: "Auswirkungen der Mai-Steuerschätzung 2011 auf Thüringen"

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/2704 -

Als Erster zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Uwe Barth.

Abgeordneter Barth, FDP:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben heute die Gelegenheit, über ein an sich erfreuliches Ereignis zu reden, und wir sollten die Gunst der Stunde auch nutzen. Man muss ja nicht immer alles schlechtreden. Wir haben eine hervorragende konjunkturelle Entwicklung und mit dieser Entwicklung gehen natürlich entsprechende Steuereinnahmen einher. Die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung zahlt sich aus, die Ergebnisse der Mai-Steuerschätzung ...

(Heiterkeit DIE LINKE)

Ja, Herr Kollege Kuschel, die Auswirkungen der Wirtschaftspolitik Ihrer Partei in Berlin sind ja ganz hervorragend zu betrachten. Da gab es einen gewissen Lafontaine, der hat das so gut ausgehalten, dass er dann gleich gegangen ist.

(Beifall FDP)

Die Bundesregierung hat Entscheidungen getroffen, die dazu führen, dass u.a. im Freistaat Thüringen in den nächsten zwei Jahren Steuermehreinnahmen von über 330 Mio. € zu erwarten sind. Das ist ungefähr der Zuschussbedarf des Bauministeriums - nur um da mal eine Größenordnung klarzumachen -, aber auf der anderen Seite eben auch nur ungefähr die Hälfte dessen, was wir jährlich an

Schulden zahlen, an Zinsen für unsere Schulden zurückzahlen müssen. Damit wird klar, das ist einerseits eine gute Nachricht, aber die Lage ist und bleibt natürlich ernst: Überschuldung, Zahlungsunfähigkeit, das alles sind keine Begriffe, die wir in Thüringen ad acta legen können. Deswegen ist es gerade angesichts dieser Mehreinnahmen umso wichtiger und richtiger, jetzt die Gunst der Stunde zu nutzen und die Haushaltskonsolidierung endlich auch mit der nötigen Konsequenz anzugehen.

(Beifall FDP)

Diese Haushaltskonsolidierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, vor der drückt sich unsere Landesregierung seit Amtsübernahme ganz konsequent. Ich frage mich besorgt, warum sich das ausgerechnet in diesem Jahr nun ändern soll. Wir haben einen neuen Finanzminister, der genauso wie die alte Finanzministerin ankündigt, er wolle sparen. Dabei wünsche ich ihm viel Glück. Aber was gibt uns eigentlich Anlass zu der Annahme, dass sich mit der Amtsübernahme außer der Ankündigung auch das Ergebnis ändert? Die Ministerpräsidentin hat erklärt, warum wir hart sparen müssen. Das hat sie vor der Kabinettsumbildung getan und das tut sie auch seither. Herr Minister Machnig warnt weiter davor, zu wenig Geld auszugeben. Er ist immer dabei, wenn es darum geht, dass wir hohe Staatsausgaben haben sollten. Bisher lautete die Begründung, man solle antizyklisch handeln, also in der Krise Geld ausgeben und jetzt sollen wir die Konjunktur nicht kaputtsparen. Das sind unterschiedliche Begründungen, aber der Appell, viel Geld auszugeben, ist derselbe.

In der letzten Woche habe ich ein interessantes Interview gelesen, Sie sicherlich auch, viele von Ihnen, in dem die beiden führenden Köpfe der Koalition interviewt worden sind. Nun waren das nicht etwa die Ministerpräsidentin und ihr Stellvertreter, es waren auch nicht der Vorsitzende der CDU-Fraktion Mike Mohring und der Vorsitzende der SPD-Fraktion Uwe Höhn, dem ich von hier aus Übrigens gute Besserung wünsche, nein, es waren der Vorsitzende der größten Regierungsfraktion Mike Mohring und ein leitender Angestellter, der auf einem Versorgungsposten hier eingeflogen wurde, ein gewisser Herr Machnig. Die beiden haben dann - und das war interessant - auch zu Protokoll gegeben, dass sie gemeinsam die wesentlichen finanzpolitischen Teile des Koalitionsvertrags geschrieben hätten zu einem Zeitpunkt, als die anderen Pause hätten. Seither hat auch Herr Mohring Pause. Das Geld ausgeben macht Herr Machnig ganz allein. Ich frage Sie wieder, meine Damen und Herren, welchen Anlass haben wir, anzunehmen, dass sich die Regierungspolitik ändert? Ich sage keinen. Dabei gibt es keinen Zweifel, was der richtige Weg ist.

(Abg. Barth)

Erster Schritt: Wir müssen auf Neuverschuldung verzichten. So weit war Thüringen schon einmal und dahin müssen wir wieder.

Zweiter Schritt: Wir müssen bei der Haushaltsaufstellung konsequent auf Sparkurs bleiben und deswegen kündige ich an, dass auch wir wieder viele Anträge stellen werden. Denn am Sparen führt kein Weg vorbei, weil die Aussicht auf die Haushaltsstruktur 2020 sich in Wahrheit nicht geändert hat.

Dritter Schritt: Wir müssen natürlich auch beginnen, unsere Schulden endlich abzubauen. Das, was jeder Häuslebauer machen muss, gilt für uns ganz genauso.

(Beifall FDP)

Denn, meine Damen und Herren, ein schuldenfreier Haushalt ist noch lange kein schuldenfreies Land und das muss aber unser Ziel sein.

(Beifall FDP)

Deswegen bin ich nicht überrascht von der geringen Resonanz, die auch dieses Thema hier bei der Regierung findet. Ich hoffe mal - und das ist mein letzter Gedanke, Frau Präsidentin -, dass auch der Finanzminister sich gerade von der Kabinettsitzung am Schuldenberg entschuldigt hat, wo man hoffentlich in trauter Gemeinsamkeit dann auch Abbitte getan hat und die entsprechende Aufforderung der Jungen Union, der es auch um Generationengerechtigkeit geht und bei der ich mich bedanke, dort zu unterzeichnen. Ich bin wirklich gespannt, was uns aus der Steuerschätzung in den Haushalt an Erkenntnissen und Handlungen insbesondere der Landesregierung begleiten wird. Vielen Dank.

(Beifall FDP)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Als Nächster spricht der Abgeordnete Mike Huster von der Fraktion DIE LINKE.

Abgeordneter Huster, DIE LINKE:

Frau Präsidentin. Ja, Herr Barth, die Ergebnisse der Steuerschätzung sind erfreulich, es besteht aber unserer Meinung nach kein Anlass zur Euphorie.

(Beifall DIE LINKE)

Ich will das kurz begründen. Der Finanzminister hat, denke ich, gestern zu Recht bei der Pressekonferenz darlegen können, dass ein Großteil der prognostizierten Mehreinnahmen konjunkturell bedingt sei. Das ist natürlich erfreulich auf der einen Seite, aber auf der anderen Seite ist auch die Crux, jeder wirtschaftliche Aufschwung hängt letztlich an zahlungsfähigen Käufern im Inland und im Ausland. Sie wissen alle, Autos kaufen keine Autos. Letztlich

ist ein Wachstumsmodell, bei dem sich die Käufer immer weiter verschulden, instabil, wie wir das alle an der Eurokrise in einigen Eurostaaten sehen. Insofern, wenn Sie den Bogen gedanklich zur ersten Aktuellen Stunde schlagen können, dann wird auch nachvollziehbar, dass insbesondere die deutsche Lohnpolitik, die hiesige Lohnpolitik die Wettbewerbssituation anderer europäischer Staaten in den letzten Jahren massiv verschlechtert hat. Ein Aufschwung, der sozusagen auf diesen Füßen steht, der ist in der Tat äußerst instabil und gefährlich, nämlich dann, wenn die anderen Leute ihre Schulden nicht mehr bezahlen können. Dann sind auch die Arbeitsplätze und die Konjunktur hier in diesem Land gefährdet.

Ein zweiter Gedanke: Der Aufschwung, der jetzt stattfindet, findet wieder in Zeiten steigender Ungleichheit statt. Hohe Vermögen können weiter um Rohstoffe und letztlich sogar auf Pleiten von Staaten spekulieren, unter anderem auch, weil es in Deutschland keine gerechte Vermögensbildung gibt, nach wie vor nicht.

(Beifall DIE LINKE)

Das gefährdet den Aufschwung natürlich auf lange Sicht auch.

Dritter Punkt: Es sind alles Prognosen, das Geld ist noch nicht in der Kasse.

Viertens: Die Folgen einer möglichen Zinswende für die Konjunktur und für die öffentlichen Haushalte in Deutschland will ich hier nur nennen, gar nicht weiter ausführen, auch deshalb, weil mein Fraktionskollege Frank Kuschel nach meinen Reden immer in Sorge ist, ob er sich gleich einen größeren Lebensmittelvorrat anlegen soll. Also will ich das nicht weiter fortsetzen. Ich meine aber, wer heute über den Aufschwung allzu euphorisch urteilt, sollte sich zumindest ein reales Bild machen über die Risiken, dass es auch ganz schnell wieder vorbei sein kann mit der Euphorie.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt komme ich zur Thüringer Debatte. Was bedeutet es für uns auch mit Blick auf 2020?

Erstens: Wir sind von strukturellen Überschüssen, werte Kollegen der FDP, die implizieren würden, dass es eine regelmäßige Tilgung unserer alten Schulden geben kann, weit entfernt - nicht nur in Thüringen im Landeshaushalt, sondern in allen öffentlichen Haushalten in Deutschland. Wer in dieser Phase, in der wir noch nicht einmal Überschüsse haben, schon wieder darüber spekuliert, ob es auf Bundesebene Steuergeschenke für Besserverdienende geben kann, die in der Endkonsequenz

(Zwischenruf Abg. Koppe, FDP: Das ist doch nicht wahr.)

(Abg. Huster)

wieder dazu führen, dass in den Landeshaushalten und in den Kommunalhaushalten das Geld fehlt und der Spardruck größer wird, der handelt absolut unseriös und ist politisch eigentlich nicht ernst zu nehmen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und Gleiches gilt, werte Kollegen, für die Forderung, die bestehende Landeshaushaltsordnung über eine Schuldenbremse in der Verfassung hier in Thüringen noch zu verschärfen. Genau diese Forderung im Kontext wie das eben Genannte ist der falsche Weg, sondern wir brauchen hier in Thüringen eine andere Politik und ich will an die Hausaufgaben dieser Landesregierung erinnern, um die es eigentlich geht. Da reden wir eigentlich nicht mehr über die Steuerschätzung, ob das nun gut oder schlecht ist, sondern wir reden mal über die Aufgaben, die diese Regierung hat auch mit dem Haushalt 2012, aber mit den weiteren Haushalten mit Blick auf das Ende dieser Legislatur. Da ist natürlich die Frage auch aus Thüringer Sicht, wie organisieren wir ein nachhaltiges Wachstum, also ein gutes Wachstum, wie wir es hier intensiv bei allen Debatten, wie beispielsweise bei der Energiedebatte, debattieren.

Die zweite Kernfrage ist die, sparen wir in den nächsten Jahren die Haushalte gerade dort kaputt, wo wir Thüringer etwas vorzuweisen haben, wie in den Bereichen Bildung, Soziales und Kultur, oder gehen wir den anderen Weg und kümmern uns endlich um zukunftsfähige Verwaltungsstrukturen über den Einstieg in eine Funktional-, Gebiets- und Verwaltungsreform. Das, was die Regierung auf diesem zentralen Feld zustande bringt, ist nichts. Jetzt streiten Sie um ein Gutachten über ein Gutachten, das in Auftrag gegeben wird.

(Beifall DIE LINKE)

Das müssen Sie leisten. Werte Kollegen der FDP - und damit komme ich zum Schluss - der zentrale Gedanke dabei ist, dass, wenn diese inhaltliche Frage, wie dieses Land sich selbst aufstellt mit Blick auf 2020, beantwortet wird, dann kann die andere Frage beantwortet werden, nämlich ob die Haushalte ab 2012 unter den Rahmenbedingungen, die ich eingangs skizziert habe, Haushalte ohne neue Schulden sind oder nicht. Aber zuerst müssen die Inhalte geklärt werden und da ist vor allen Dingen die Landesregierung in der Verantwortung und in der Pflicht, hier Farbe zu bekennen mit der Vorlage des Etatentwurfs. 2012 wird das nächste Mal die Gelegenheit dazu sein. Herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE)

Präsidentin Diezel:

Danke schön, Herr Abgeordneter. Als Nächster spricht der Abgeordnete Maik Kowalleck von der CDU-Fraktion.

Abgeordneter Kowalleck, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich denke, es war nicht schlecht, dass wir im vorherigen Tagesordnungspunkt uns über die Kindergartenfinanzierung unterhalten haben und die Finanzierung der frühkindlichen Bildung, denn auch dieser Tagesordnungspunkt betrifft die Zukunft des Freistaats und irgendwo auch damit die Zukunft der nachfolgenden Generation; dessen müssen wir uns auch bewusst sein. Die neuesten Zahlen der Steuerschätzung sind auf den ersten Blick natürlich erfreulich, es wurde hier aber auch schon gesagt, dass die Euphorie nicht zu groß sein sollte. Es kamen auch durchaus Bedenken von verschiedenen Fraktionen, was die Zukunft des Landeshaushalts angeht. Die Zahlen zeigen natürlich einerseits, wie Herr Barth das auch gesagt hat, dass der Wirtschaftsmotor in Deutschland läuft, dennoch bleiben verschuldete Haushalte auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene. Herr Huster hatte auch angesprochen, dass man durchaus einen Blick in andere europäische Staaten und Staaten dieser Welt wenden sollte. Es geht hier in Thüringen nicht nur um konjunkturell zur Verfügung stehende Einnahmen, sondern um ein strukturelles Problem. Es geht um eine langfristige Konsolidierung des Landeshaushalts. Ich denke, das ist uns soweit auch allen klar und da müssen wir auch anpacken. Die aktuelle Steuerschätzung zeigt, dass wir immer noch nicht auf dem Niveau des Jahres 2008 liegen und da empfehle ich einfach auch, sich noch mal die Zahlen vorzunehmen, einfach diese Entwicklung der Jahre, in denen wir Neuverschuldung Null hatten. Diese Entwicklung sollten wir auch wieder aufnehmen.

Auf der Einnahmenseite gehen die Solidarpakt- und die EU-Mittel zurück. Die Sonderbedarfsbundesergänzungszuweisungen werden jährlich um 100 Mio. € zurückgeführt und erreichen im Jahr 2020 den Betrag Null. Bei den EU-Fördermitteln werden wir in der Förderperiode 2014 bis 2020 wesentlich weniger erhalten als in den vergangenen Jahren. Auch zukünftige Steuereinnahmeverluste, zum Beispiel durch den Bevölkerungsrückgang und die geringeren Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich, müssen wir beachten. Auf der Ausgabenseite haben wir weitere Verpflichtungen. Wenn wir die Mehreinnahmen 2011 in Höhe von 110 Mio. € sehen, muss man auch wissen, dass dem 95 Mio. € Rückerstattungen durch den Länderfinanzausgleich gegenüberstehen.

Die Tarifsteigerungen im öffentlichen Dienst werden mit rund 46 Mio. € beziffert, die Pensionskosten ha-

(Abg. Kowalleck)

ben wir an dieser Stelle schon mehrmals besprochen, dies ist auch ein riesiger Brocken, der in Zukunft auf unseren Landeshaushalt zukommt. Allein die jährlichen Zinszahlungen unseres Freistaats belaufen sich auf etwa 700 Mio. €. Für die CDU-Fraktion ist klar, die Schuldenbremse in der Landeshaushaltsordnung ist unumstößlich. Daran wird nicht gerüttelt. Im Übrigen gibt es die Thüringer Schuldenbremsenregelung jetzt auch in Sachsen-Anhalt. Die CDU-Fraktion setzt sich für eine Schuldenbremse in der Thüringer Landesverfassung ein. Sie sehen auch hinter mir die Aktion der Jungen Union mit dem riesigen Schuldenberg. Es ist gut, dass dieses Vorhaben eine wachsende Unterstützung erfährt. Unser Ziel ist es, dass Thüringen seine finanzielle Handlungs- und politische Gestaltungsfähigkeit erhält.

Als Beispiel möchte ich an dieser Stelle auch ein Schreiben des Präsidenten des Thüringer Rechnungshofs vom 13. Mai erwähnen, das uns heute zugeht. Ich zitiere: „Aus Sicht des Thüringer Rechnungshofs wäre es zu begrüßen, wenn auch in Thüringen über die bereits in der Landeshaushaltsordnung getroffene Regelung hinaus verfassungsrechtlich verankert würde, dass der Haushalt ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen ist. Angesichts der als dramatisch und besorgniserregend anzusehenden finanzwirtschaftlichen Lage des Freistaats würde eine solche Regelung die unaufschiebbar notwendige Konsolidierung des Landeshaushalts unterstützen.“

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Dr. Pidde das Wort.

Abgeordneter Dr. Pidde, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, wenn wir über die Auswirkungen der Steuerschätzung reden, dann ergeben sich für mich drei Bereiche: Einmal für jetzt, einmal für morgen, einmal in Zukunft. Für den laufenden Haushalt liefern die Mai-Steuerschätzungen immer schon ziemlich genaue Aussagen, was wirklich einkommt. Hier haben wir 110 Mio. mehr zu erwarten und da ist gesetzlich geregelt, dass diese Mittel dazu dienen, die Nettokreditaufnahme, die ja mit 472 Mio. € im Haushaltsplan steht, zu verringern.

Für 2012 - immerhin bildet ja die Steuerschätzung die Basis für die Haushaltsaufstellung - sind 233 Mio. € zusätzliche Steuereinnahmen prognostiziert. Das bedeutet, dass laut Landeshaushaltsordnung keine Nettokreditaufnahme erfolgen darf. Wir haben aber Mehrkosten an verschiedenen Stellen zu verzeichnen. Ich nenne nur den Tarifabschluss im öffentlichen Dienst. Bei der Beamtenvergütung muss

jetzt in Kürze geregelt werden, wie es weitergeht. Bei vielen gesetzlichen Leistungen sind uns die Hände gebunden. So haben wir eine Lücke im dreistelligen Millionenbereich und es bedarf enormer Kraftanstrengungen, den Haushalt für 2012 ohne neue Schulden rund zu bekommen. Ich hoffe, dass wir das hinbekommen und ich will auch alles daran setzen, dass wir das erreichen können. Wer aber schon jetzt verkündet und sich sicher ist, dass er das kann, der soll doch mal sein Schatzkästlein öffnen und konkrete Sparvorschläge statt theoretischer Planzahlen offerieren. Gerade der FDP-Fraktion - der Vorsitzende ist nun gar nicht mehr da, der vorhin gesprochen hat - muss ich sagen, viele große Worte höre ich, ja, viel Papier ist produziert worden

(Zwischenruf Abg. Bergner, FDP: Lesen Sie doch mal unsere ..., ehe Sie sich beschweren.)

- haben wir doch alles gemacht -, aber wenig Konstruktives.

(Zwischenruf Abg. Bergner, FDP: Nein, Sie hatten sich nur beschwert, dass Sie so viel arbeiten mussten.)

Zum dritten Teil, zur Zukunft: Für die Haushalte 2013 und Folgende sind die zusätzlich prognostizierten Mittel hilfreich, aber sie lösen unsere Probleme nicht. Zwei Fakten möchte ich nennen, einmal die zurückgehenden Einnahmen, die kontinuierlich abschmelzenden Mittel aus dem Solidarpakt, dann ab 2014 zurückgehende EU-Mittel und zum Zweiten die Konjunktorentwicklung, die ja nun weiß Gott nicht immer nur nach oben geht. Ich bin jetzt seit 1994 hier im Landtag und habe schon gesehen, wie viele Schätzungsergebnisse im Nachhinein dann sogar drastisch nach unten revidiert werden mussten. Deshalb ist nach wie vor angesagt, dass wir die Dinge jetzt tun und vorbereiten müssen, die Thüringen dauerhaft für die Zukunft fit machen. Die Haushaltsstrukturkommission arbeitet, das braucht natürlich auch alles ein bisschen Zeit, und bereitet wichtige Entscheidungen vor. Wir werden aber in der Zukunft nur zurechtkommen, wenn wir mit deutlich weniger Personal auf allen Ebenen des Landes auskommen und da kommen wir um eine Funktional- und Gebietsreform einfach nicht herum.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Zug steht auf dem Gleis, das wissen alle hier, aber er muss natürlich auch Fahrt aufnehmen und insofern finde ich es unverantwortbar von denen, die hier auf der Bremse stehen, statt Gas zu geben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zum Abschluss noch ein Satz zur Schuldenbremse: Schuldenbremse finde ich toll, man muss aber im-

(Abg. Dr. Pidde)

mer das Wechselverhältnis sehen zwischen Schuldenbremse und Steuereinnahmen. Für die Aufgabenerfüllung - sei es Polizei, sei es Justiz, sei es Bildungsbereich oder sonst irgendetwas - brauchen wir solide, stabile Staatseinnahmen. Wenn ich jetzt schon wieder lese und höre, dass einige bei der ersten kleinen Steuererhöhung Gewehr bei Fuß stehen und schon wieder von Steuersenkungen sprechen, da dreht sich mir der Magen um, weil das die total falsche Politik ist. Vielen Dank.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Meyer das Wort.

Abgeordneter Meyer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sollen uns über die Auswirkungen der Steuerschätzung vom Mai 2011 unterhalten. Ich habe mal versucht, die Auswirkungen in Frageform zu kleiden. Die erste Frage wäre für mich: Werden wir auch im Boom antizyklisch handeln, so wie wir es auch in der Krise getan haben mit Abwrackprämie und Ähnlichem? Mehreinnahmen zur Schuldentilgung zu nutzen, ist banal. Das steht im Haushaltsgesetz drin, das haben wir getan. Ausgaben beschränken, um Kapazitäten für die Wirtschaft und für die Haushalte zu schaffen, wäre auch antizyklische Wirtschafts- und Haushaltspolitik. Da schauen wir mal, was im Haushalt 2012 passiert. Und dasselbe Thema gilt für den Personalbedarf. Da müsste nämlich gekürzt werden, wenn Fachkräftemangel da ist, um auch dort dafür zu sorgen, dass diese Arbeitskräfte in der Wirtschaft sozusagen das produzieren können, was wir hinterher an Steuern brauchen, um bestimmte Sachen zu finanzieren. Schauen wir mal.

Zweite Frage: Werden wir das strukturelle Defizit hinter dem konjunkturellen Plus auch wirklich sehen? Wer die langfristige Zukunft nicht im Blick hat, wird kurzfristige Probleme bekommen. Ich habe hier mit Verlaub, Frau Präsidentin, Konfuzius sinngemäß zitiert nach Uwe Höhn, an den ich auch an dieser Stelle herzliche Genesungswünsche sagen möchte, aus dem letzten Jahr, Zitat aus der OTZ. Also Herr Höhn hat Konfuzius sinngemäß zitiert, ich muss das ganz korrekt machen, man weiß ja nie.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE:
Das hängt von der Doktorarbeit ab.)

Das hängt davon ab. Herr Finanzminister Voß rechnet mit Kürzungsbedarfen von etwa 300 Mio. € im Jahr bis zum Jahr 2020 für den Thüringer Landeshaushalt, wobei ich sagen muss, das ist eher noch konservativ gerechnet. Aber auch das habe ich aus einer Zeitungsnotiz entnommen, wo ich annehme,

dass Sie richtig zitiert sind, Herr Minister. Das würde nämlich bedeuten, dass wir für das Jahr 2012 ein Haushaltsvolumen von nicht mehr 9,5 Mrd., sondern von 9,2 Mrd. zu vergegenwärtigen hätten und in diesem Haushaltsvolumen die Mehreinnahmen, die wir jetzt aus der Steuerschätzung haben, zur Tilgung drin wären, das heißt, die verfügbaren Mittel werden noch mal kleiner. Das müssten wir uns hier auch noch einmal vergegenwärtigen, was das eigentlich für die Ausgangssituation bedeutet, denn das geht dann jedes Jahr so weiter.

Werden wir zum Dritten die weiteren Risiken für den Landeshaushalt in Thüringen im Auge behalten, wenn wir solche Steuerschätzungen wie jetzt im Mai zu sehen bekommen? Ich möchte an einige Themen erinnern: Der Europäische Rettungsfonds und seine Wirkung auf den europäischen Haushalt 2014 bis 2020 wird mit fast an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit Wirkung auf die Ausstattung der Strukturfonds auch für Thüringen haben. Das heißt, die Hoffnung, dass das Phasing Out der Strukturfonds in Thüringen vielleicht mit 75 oder 80 Prozent funktioniert, die kann man haben. Man kann aber auch ein bisschen skeptischer mit dem Thema umgehen und hoffen, dass man zwei Drittel weiterhin an Geld bekommt. Und schon bricht die Lücke bei der Finanzierung der Haushalte für Thüringen, besonders im Investitionshaushalt, in den nächsten Jahren noch viel weiter auf.

Deutschland exportiert derzeit - und darauf gründet sich unser Miniboom, den wir hier gerade haben - zu 60 Prozent nach Europa bzw. in den Euro-Raum. Die Arbeitslosenquote in Spanien - um einmal ein Land zu nennen, was bislang nicht im Fokus der Betrachtung steht - liegt derzeit bei 25 Prozent, bei Jugendlichen bei 40 Prozent. Dort brechen gerade die ersten Demonstrationen aus und die sind nicht unbedingt friedlich. Wenn das kulminiert und dazu dann noch die Frage kommt, wie und vielleicht wann kommt eigentlich die Umschuldung in Griechenland, die wiederum auf die Europäische Zentralbank und auf einige europäische Banken und auf die Exporteure nach Griechenland deutliche Auswirkungen haben wird, dann muss man ja vielleicht mal fragen dürfen, welche Folgen das für unsere Konjunktur haben kann und was das dann wiederum für unseren Haushalt bedeutet. Dagegen ist dieses positive laue Lüftchen, was man im Mai normalerweise zu sehen bekommt, nicht der Rede wert.

Letzte Frage, die sich damit im Zusammenhang stellt: Sind wir eigentlich mutig genug, die verkündete Haushaltskonsolidierung auch durchzuhalten? Die Ergebnisse der Haushaltsstrukturkommission sind seit einem Dreivierteljahr überfällig. Man kann feststellen, das Wort der Frau Ministerpräsidentin gilt nichts. Zu diesem Thema hat sie Worte gegeben, öffentlich zitierbar, und hat gesagt, spätestens

(Abg. Meyer)

im Herbst 2010 liegen die ersten Ergebnisse vor. Es liegt überhaupt nichts vor.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und genau das muss passieren, das wissen wir alle, denn wenn wir nicht strukturell an das Thema herangehen, mit Kaffeemaschinen streichen werden wir das jedenfalls nicht hinbekommen.

(Zwischenruf Abg. Dr. Pidde, SPD: Aber Qualität ist besser als Schnelligkeit.)

Ja, ich kann nur feststellen, dann sollte man den Mund nicht so voll nehmen, was die Zeitpläne angeht, die sind ein Jahr zu spät.

Zweitens - die Forderung der Kommunen nach mehr Geld: Wenn man schon das Glück hat in den Kommunen wie in Thüringen, dass man vom Verfassungsgericht festgestellt bekommt, dass die Kommunen ausreichend finanziert sind, dann darf auch mal das Land ein bisschen Geld behalten, wenn mehr Geld da ist als man eigentlich für diese Ausstattung braucht. Andersherum muss das Land ja auch zahlen, wenn mal weniger Geld da ist, die Kommunen aber trotzdem das Recht haben, verfassungsgemäß ausgestattet zu werden. Und wer das nicht glaubt, möchte klagen. Dann wird er ja sehen, wer recht bekommt.

Zum Fazit: Hat die Steuerschätzung eigentlich zur Folge, dass wir die Notwendigkeit struktureller Änderungen weiterhin ernst nehmen oder nicht? Da habe ich meine sehr gepflegten Zweifel nach den Debatten, die ich bisher gehört habe. Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Fraktion DIE LINKE hat sich der Abgeordnete Ramelow zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Ramelow, DIE LINKE:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen, es gibt drei Punkte, die ich noch anmerken möchte aus der Debatte. Der eine Punkt ist, Kollege Barth sprach als Zielvorstellung vom schuldenfreien Staat, das war Ihre Formulierung - also nicht nur ein schuldenfreier Haushalt, das war ein Haushalt, der ohne Nettoneuverschuldung auf den Weg gebracht wird, sondern ein schuldenfreier Staat. Da frage ich mich dann in der Tat, ob Investitionskosten jetzt gleich als negatives Element in Schulden negativ abgewertet werden. Als ob die Dinge, die eingesetzt werden, um Schulen zu bauen, um Universitäten zu bauen, deswegen schon negativ sind, weil dafür Geld ausgegeben wird. Also der Investitionsbegriff scheint bei Ihnen völlig ausgeblendet zu sein. Geld ausgeben ist kein Selbstzweck. Da wäre ich ausnahmsweise mal mit Ihnen einer Meinung. Aber Geld auszuge-

ben in unsere Zukunft, wäre eine Aufgabe, mit der wir dieses Land auch dauerhaft lebenswert, lebenswert und für die Menschen auch so attraktiv machen, damit sie hier bleiben, hierher kommen und weitere hoffentlich dazukommen. Daran geknüpft ist nämlich die Frage, ob wir weiteres Steueraufkommen generieren oder nicht. Wenn die Menschen abwandern, wird nämlich das eigene Steueraufkommen auch immer geringer, und wir geraten immer weiter in eine größere Abwärtsspirale. Das wollte ich denn zum Thema Schulden anmerken, dass es mir zu knapp gerät, dass man den gesamten Bereich Bildung bis heute aus der Schuldendebatte nicht herausnimmt, sondern als Investition in die Zukunft eigenständig definiert, statt immer nur negativ alles unter dem Stichwort Schulden abzuhandeln.

Zweite Geschichte - das ist eben angesprochen worden - die Frage der konjunkturellen Auswirkungen: Wenn uns bei den Umschuldungsmanövern, die jetzt Griechenland, Portugal und andere angehen, begegnet, dass wir immer mehr Steuergeld zur Absicherung dieser Umschuldung bzw. der Bürgerschaftsausreichung herausgeben - das heißt, immer mehr Staats- und Steuergeld aufgewandt wird, um ein System aufrechtzuerhalten, an denen die nicht beteiligt werden, die bisher ihren Profit daraus gezogen haben,

(Beifall DIE LINKEN)

also eine Umschuldung bei z.B. der Deutschen Bank, die auch die Staatsanleihen alle zu horrenden Preisen gezeichnet hat, Profiterwartung da reinvestiert hat, die tut so, als geht sie das gar nichts an -, da hätte ich es doch mal gern mit einem geordneten Insolvenzverfahren zu tun, wenigstens die Prinzipien eines geordneten Insolvenzverfahrens. Denn das würde bedeuten, dass die Deutsche Bank und andere Banken einen erheblichen Teil bereinigen müssten und nicht sich von uns Steuerzahlern das Geld auch noch ausfinanzieren lassen. Gleichzeitig können sie sich mit 1 Prozent Zinslast bei der EZB Geld leihen, um weiter in diese Staatspapiere zu investieren, also 10 Prozent ziehen. Das ist eine Umverteilung von unten nach oben, für die die gesamte Bürgerschaft eines Landes, also unseres Landes, haften muss. Das ist ein so ungeheuerlicher Eingriff in die Vermögen der Millionen von Menschen zugunsten weniger Millionäre, das nenne ich das Asoziale an dieser Politik.

(Beifall DIE LINKEN)

Und eine letzte Bemerkung: Als dieser schlappe Sack da draußen war, gingen bei mir ein paar Fragen durch den Kopf. Wir haben einen ungeheuerlichen Schuldenberg gerade dort. Da draußen stand er oder hing er so herum, wabberte so hin und her und suggeriert uns, die Schuldenbremse hilft uns gegen diesen Schuldenberg. Das ist, wenn es mir richtig erzählt worden ist, die Junge Union. Das ist,

(Abg. Ramelow)

wenn ich es richtig weiß, die Jugendorganisation der CDU. Das ist meines Erachtens die Jugendorganisation der Partei, die wie viele Jahrzehnte in diesem Land diesen Schuldenberg aufgerichtet hat?

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Ich habe jetzt noch zwei Wortmeldungen aus den Reihen der Abgeordneten und zwei Minuten Redezeit. Der erste Aufruf geht an den Abgeordneten Meyer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Dann müssen wir mal sehen, was übrig bleibt. Sie kommen auch noch.

Abgeordneter Meyer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, nur ganz kurz. Auch ich möchte mich bei der Jungen Union herzlich dafür bedanken, dass sie GRÜNE Formen und Inhalte übernommen hat, nämlich, dass die Töchter und Söhne ihre Väter und ihre Mütter dafür kritisieren, was sie falsch gemacht haben. Das haben wir bei der Umweltpolitik auch gemacht. Das machen die da draußen gerade mit Ihnen, was das Thema Schulden angeht. Ich finde es auch sehr schön, dass sie unsere Form übernommen haben, nämlich alte Demonstrationsobjekte zu recyceln, auch wenn es in diesem Fall blödes Plastik war. Vielen Dank dafür.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Abgeordneter Barth, FDP-Fraktion. Der Minister kann natürlich sofort sprechen, wenn er möchte und er signalisiert das.

(Zwischenruf Abgeordneter Barth, FDP: Kann ich warten bis der Minister gesprochen hat, dass mehr Zeit übrig ist?)

Ob er länger spricht und Sie noch mit Redezeit ausgerüstet, das wage ich im Moment nicht einzuschätzen. Herr Minister Dr. Voß, bitte.

Dr. Voß, Finanzminister:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, zunächst einmal, wenn mehr Steuereinnahmen geschätzt werden, ist es erst einmal ein positives Ereignis, über das ich mich gefreut habe und insofern etwas Erfreuliches. Gleichwohl müssen wir sagen, die Haushaltsprobleme und auch die Haushaltsverhandlungen sind dann etwas leichter. Ich habe jedoch für einen realistischen Blick und für Augenmaß plädiert. Zunächst einmal sind Informationen an den Haushalts- und Finanzausschuss unterwegs, wo Sie en detail die Ergebnisse der Steu-

erschätzung bundesweit, aber auch für Thüringen dargelegt bekommen. Die Steuerschätzung hat verschiedene Merkmale. Das erste Merkmal ist, dass die Mehreinnahmen vorrangig konjunkturell bestimmt sind, aber auch in einem hohen Maße durch Steuerrechtsänderungen. Das geht in der öffentlichen Debatte etwas unter. Die konjunkturelle Erholung macht sich fest an der Höherschätzung des realen Wachstums von immerhin 2,6 Prozent dieses Jahres, nächstes Jahr sollen es 1,8 sein. Hierunter verbergen sich Maßnahmen der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes der vergangenen 10 Jahre. Hier verbirgt sich auch kluge Lohnzurückhaltung der Tarifpartner, die in den Jahren 2009/2010 geübt worden ist, so dass hier Spielräume entstehen. Es ist aber ganz bestimmt auch ein Ergebnis des Euro. Wenn Länder nicht mehr abwerten können, sozusagen die Importe, die sie beziehen, nicht verteuern können, und das ist nichts anderes als Abwertung, dann ist diese Schranke weg und das nutzt natürlich im ganz erheblichen Maße der deutschen Wirtschaft. Das ist auch ein Grund, warum hier doch so schnell und so starke Erholungstendenzen vorhanden sind.

Ich komme zum zweiten Merkmal. Die Zahlen möchte ich jetzt nicht im Einzelnen benennen, ich denke, das kann jeder nachsehen. Das zweite Merkmal ist, dass von den 21,4 Mrd. €, die für 2012 bundesweit prognostiziert worden sind, das Gros in Richtung Bund geht. Der Bund partizipiert von diesen Mehreinnahmen in Höhe von mehr als 11 Mrd. €. Wenn Sie dann weiter loten, können Sie sehen, dass das eben auch sehr stark auf Steuerrechtsänderungen zurückzuführen ist, an denen die Länder nicht partizipieren. Deswegen sind die Mehreinnahmen, die die Länder bekommen, etwa die Hälfte von dem, was der Bund als Mehrergebnis bekommt. Ich denke, das ist auch ein wichtiges Merkmal.

Was den Gesamthaushalt für Thüringen anbelangt, die Zahlen liegen vor, muss ich auch zur Ernüchterung mahnen. Wir haben den § 18 der Landeshaushaltsordnung, das ist in mehreren Reden gesagt worden, dieser lässt in der Tat keinen Raum mehr für eine Neuverschuldung des Haushalts 2012. Sie wissen, wie der Mechanismus geht. Wir überschreiten jetzt mit diesen prognostizierten Steuereinnahmen den Durchschnitt der letzten drei Jahre, insofern lässt diese Regelung keinen Raum mehr. Wenn ich jetzt aber betrachte, dass wir 46 Mio. € allein für das Tarifergebnis bezahlen müssen, und wenn ich betrachte, dass natürlich eine gewisse Überführung des Tarifergebnisses auch für den Beamtenbereich erfolgen muss und sicherlich auch erfolgen wird, so können wir eine einfache Rechnung machen: Ich nehme 223 Mio. €, ziehe davon 93 Mio. € ab, dann bin ich bei 130 Mio. € und von diesem Wert saldieren Sie mal die Tarifergebnisse, dann können Sie ungefähr erahnen, wie viel mehr

(Minister Dr. Voß)

ich momentan in der Hand habe - das ist nicht allzu viel.

Politisch vielleicht noch Folgendes: Es ist für mich erfreulich, dass gerade junge Leute, und sei es vielleicht auch in so einer Form wie jetzt hier vor dem Landtag, sich dieses Themas annehmen und auch demonstrieren. Es wäre nämlich ihre Zukunft, die wir hier mit verbauen, wenn wir allzu, Herr Ramelow, da haben wir sicherlich einen unterschiedlichen Ansatz, das mag sein ...

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE:
Wer hat denn den Sack gemacht? Das waren doch Ihre Vorgänger.)

Nein, nein. Jetzt fordern Sie mich einmal nicht heraus. Die Öffnung zur bundesweiten Verschuldung erfolgte 1969

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE:
Aber nicht in Thüringen.)

durch die große Finanzreform. Das war die Große Koalition von SPD und CDU oder irgendwie so.

(Heiterkeit DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So genau erinnere ich mich auch nicht mehr. Aber dort wurde der Artikel 115 verändert. Der betriebswirtschaftliche Verschuldungsbegriff wurde durch einen volkswirtschaftlichen abgelöst. Das Ergebnis dieses Paradigmenwechsels haben wir jetzt hier letztendlich zu beklagen, nämlich die Verschuldung der öffentlichen Haushalte ist ja enorm gestiegen. Deswegen, ich sage es noch einmal, freut es mich, dass gerade junge Leute das Thema entdecken und sich auch der Stabilität der Finanzen annehmen und demonstrieren. Das ist genau der richtige Weg.

(Beifall CDU)

Und jetzt noch einmal, Herr Ramelow, zu Ihrem Investitionsbegriff. Gut, Schulden an sich sind ja per se erst einmal neutral. Sie sind dann neutral, wenn wir sie zurückzahlen. Aber das ist genau das, was eben nicht erfolgt ist. Wir haben noch Schulden für Investitionen, die schon fünfmal abgeschrieben worden sind und die Abschreibung wieder durch Investitionen, die mit neuen Schulden finanziert wird. Das ist der Weg unseres Aufbaus des enormen Schuldenstandes in Deutschland.

(Beifall FDP)

Man kann Investitionen auch mit Schulden finanzieren. Nur, man muss dann auch die Schulden irgendwie zurückzahlen. Das muss auf jeden Fall gegeben sein. Recht herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Abgeordneter Barth, Sie haben jetzt noch anderthalb Minuten.

Abgeordneter Barth, FDP:

Vielen Dank, Frau Präsidentin, dann will ich die nutzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Kollege Ramelow, zwei Dinge. Punkt 1: Nach 1990 waren eine Menge Investitionen erforderlich, die auf ein Vorkonzept zurückzuführen waren, auf bestimmte Nachholbedarfe.

(Beifall CDU, FDP)

Ich will das hier ausdrücklich auch einmal ohne irgendwelche rhetorischen Schuldzuweisungen machen. Solche Investitionen sind natürlich immer in irgendeiner Form nötig. Die Frage, ob man ein schuldenfreies Land haben will, macht sich nicht an einer Null fest, sondern an der Frage, in welchem Zeitraum und unter welchen Bedingungen Schulden, die man aufnimmt, auch wieder refinanziert, also wieder zurückbezahlt werden können. Es gibt keine bösen und keine schlechten und keine guten Schulden. Das sind immer Gelder von Menschen, die das Geld erarbeiten müssen. Dass das nicht die Klientel Ihrer Partei ist, das weiß ich, aber es bleibt deswegen trotzdem die Wahrheit.

(Beifall FDP)

Kollege Pidde, Sie haben gesagt, Schuldenbremse finde ich toll. Da hätten Sie da hinausgehen und das unterschreiben können. Das gilt übrigens für die ganze linke Seite dieses Hauses ganz genauso.

(Beifall FDP)

Denn es sind junge Leute, die da draußen stehen, die sich um die Zukunft unseres Landes Sorgen machen. Da will ich den Minister ganz ausdrücklich unterstützen und ihm danken. Ich bin froh, dass es solche Leute noch gibt. Herr Meyer, ich bin auch froh, dass die sich eben nicht von Ihnen die Kultur der Demonstration anschauen, denn sonst hätten die geschottert und mit Steinen geworfen. Die haben sich etwas einfallen lassen. Vielen Dank.

(Heiterkeit im Hause)

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Mir liegen keine weiteren Redemeldungen mehr vor. Außerdem hätte ja nur der Minister noch Redezeit. Damit schließe ich diesen Teil der Aktuellen Stunde. Ich rufe den **vierten Teil** auf

**d) Aktuelle Stunde auf Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE**

(Vizepräsidentin Dr. Klaubert)**GRÜNEN zum Thema: "Verfassungsgemäße Verwendung der Fraktionsmittel in Thüringen sicherstellen"**

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/2735 -

Es hat als Erste das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau Abgeordnete Schubert.

Abgeordnete Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Abgeordnete, die Geschichte zu dieser Aktuellen Stunde beginnt im Jahr 2000. Da gab es ein Urteil vom Bundesverfassungsgericht, das Zulagen als nicht zulässig erklärte, Zulagen für Abgeordnete, mit zwei Ausnahmen, nämlich für die Präsidentin und Vizepräsidentinnen und die Fraktionsvorsitzenden. Das entspricht dem Thüringer Abgeordnetengesetz, das genau diese zwei Ausnahmen als Entschädigung in einer bestimmten Höhe fixiert. Aber trotz dieses Urteils im Jahr 2000 - wir haben jetzt 2011 - werden in Thüringen Zulagen an die sogenannten einfachen Abgeordneten zu lasten der politischen Arbeit bezahlt, die man sonst damit erledigen könnte. Auch ohne diese verfassungswidrige Praxis - und das kennen Sie vielleicht alle aus dem Alltag - ist es manchmal schwer oder man muss sich manchmal als Vollzeitpolitiker rechtfertigen, da gibt es Angriffe wie „Ihr bereichert euch doch so wieso“, „Ihr bekommt zu hohe Diäten“. Ich musste in einem Fall sogar klarstellen, dass das deutlich weniger ist, als angenommen. Eine exponierte Stellung bringt das mit sich, das ist etwas systemimmanent.

Aber, sehr geehrte Damen und Herren, ich glaube, wir sind uns einig, dass die Diäten eine bestimmte Höhe haben müssen. Warum? Abgeordnete sollen unbestechlich sein und sie sollen nicht darauf angewiesen sein, sich an anderen Stellen noch Einnahmen zu sichern. Umso wichtiger ist es, dass wir als vom Volk in dieses Parlament gewählte Abgeordnete verantwortungsvoll mit Steuergeldern umgehen, sie sauber abrechnen und unsere Finanzierung transparent machen. Wir können die Menschen in Thüringen nicht auf einen harten Konsolidierungskurs mitnehmen, wenn wir nicht vor der eigenen Haustür kehren. Dieser Anspruch gilt auch für andere Landesparlamente - das möchte ich auch sehr deutlich sagen -, und zwar für alle Fraktionen, egal welcher Partei. Aber wir unterhalten uns heute über die Praxis in Thüringen - so ist auch der Titel der Aktuellen Stunde - und wir unterhalten uns darüber, dass in Thüringen konkrete Rückzahlungsforderungen auf dem Tisch liegen. Wir sprechen darüber, dass die Öffentlichkeit ein Recht darauf hat, zu erfahren, was die Konsequenzen sind. Das sage ich

nicht nur im Hinblick auf die Berichterstattung im Panorama und in der TLZ um Ostern herum, sondern das ist auch der Tatsache geschuldet, dass auch das Bundesverfassungsgericht im Jahr 2000 gesagt hat, dass die Prüfungen der Fraktionsfinanzen durch den Rechnungshof öffentlich zu machen sind. Die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht verfassungsgemäße Zulagen fallen negativ auf uns alle zurück. Die Aktuelle Stunde soll die Möglichkeit sein, dass wir hier zu einem neuen Selbstverständnis kommen. Dazu haben wir die Aktuelle Stunde einberufen. Ich hoffe und freue mich auf Ihre Redebeiträge dazu. Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die CDU-Fraktion hat Abgeordneter Emde das Wort.

Abgeordneter Emde, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Kollegin Schubert, ich will nur eingehen auf Ihren Satz zum Thema Umgang mit dem Bundesverfassungsurteil. Dazu ist doch zu sagen, dass der Landtag dieses dann umgesetzt hat, indem er das Abgeordnetengesetz geändert hat. Nun weiß ich nicht, was Sie eigentlich noch wollen.

Zum anderen der Titel der Aktuellen Stunde heißt „Verfassungsgemäße Verwendung der Fraktionsmittel in Thüringen sicherstellen“. Ich sage Ihnen, zuerst einmal ist jede Fraktion für sich selbst zuständig. Dies sicherzustellen, sollte eine Selbstverständlichkeit sein. Ich gehe davon aus, dass die im Landtag befindlichen Fraktionen dies auch gewissenhaft tun. Für meine Fraktion kann ich sagen, dass wir sowohl jährlich an den Rechnungshof fristgerecht, pünktlich, ordentlich, formgerecht, gesetzeskonform die Verwendung der Fraktionsmittel abrechnen. Dazu brauchen wir auch nicht die medial kollegiale Aufforderung der GRÜNEN. Es ist auch selbstverständlich, dass man natürlich Rechnungsprüfungen ansetzt und dass man sich die Verwendung der Fraktionsmittel in einem Wirtschaftsprüfbericht geben lässt. Allerdings - das muss man schon sagen - gibt es natürlich immer Auslegungsfragen. Dazu muss man ganz einfach das Gespräch suchen mit dem Landesrechnungshof und auch die Fraktionen sollten untereinander das Gespräch suchen. Dieses Gespräch wollen wir gemeinsam als Fraktionen mit dem Landesrechnungshof führen, damit es eben keine wesentlich unterschiedlichen Interpretationsgründe gibt, die dann Anlass zur Kritik sein könnten. Deswegen, denke ich, ist diese Aktuelle Stunde auch nicht der richtige Weg, nach Lösungen zu suchen und die

(Abg. Emde)

richtigen Wege zu finden. Ich kann Sie einfach nur bitten, den von Ihnen mitgegangenem Weg gemeinsamer Gespräche und gemeinsamer Empfehlungen, mit Fraktionsmitteln umzugehen, dass wir diesen Weg weiterhin gemeinsam gehen. Insofern ist das vielleicht auch die letzte Aktuelle Stunde zu diesem Thema. Danke.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Schubert, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Hoffentlich.)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Fraktion DIE LINKE hat Abgeordneter Blechschmidt das Wort.

Abgeordneter Blechschmidt, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Kollegen! Sehr geehrter Herr Dr. Linck, so ändern sich die Zeiten, jetzt wird hier schon im Landtag über die Fraktionsmittel und deren verfassungsgemäßen Umgang gesprochen. Ich weiß nicht, ob das früher so gewesen wäre.

Aber jetzt einmal unabhängig von dieser Aktuellen Stunde, natürlich - und das ist ja so ein Prinzip - mit Recht wird immer wieder das verfassungsmäßige Recht der konkreten Verwendung der Fraktionsmittel, der Finanzmittel angemahnt, die die Fraktionen aus dem Landeshaushalt und somit aus Steuergeldern zugewiesen bekommen, um ihre gesellschaftspolitische Aufgabe und ihre parlamentarische Arbeit machen zu können - überhaupt keine Frage. Es ist schon im Beitrag der Kollegin Schubert angedeutet worden, es sind sicherlich verschiedene Aspekte, die dabei eine Rolle spielen: Die allgemeinen Ausgaben und dann - ich nenne sie einmal so - gegebenenfalls Zahlungen an Funktionszuschläge. Wie gesagt, das sind aber alles Ausgaben aus dem Fraktionshaushalt. Diese finanzielle Ausstattung - und da möchte ich meinen Ansatz finden - der Fraktionen sollen Sie in die Lage versetzen, einerseits ihre politische Arbeit und somit eben am politischen Meinungsbildungsprozess in diesem Land, und das an einer nicht unwesentlichen Stelle, mitwirken zu können und andererseits politisch sowie sachthematisch eine Auseinandersetzung mit der Regierung, mit der Exekutive möglichst auf gleicher Augenhöhe zu führen. Es gilt das Prinzip der Chancengleichheit.

Dabei sehen wir zwei Aspekte: Die Fraktionen müssen in die Lage versetzt werden, das Gewicht und Übergewicht der ministerialen Bürokratie oder des ministerialen Apparats personell und logistisch ausgleichen zu können. Hinzu kommt - das ist die andere Seite -, dass die Finanzausstattung der Fraktionen der besonderen Rolle, also der besonderen Aufgabe, auch Opposition gegenüber der Regierung zu sein, gerecht zu werden. Und das leitet sich

alles aus der entsprechenden Gesetzlichkeit aus der Thüringer Verfassung Artikel 59 ab. Unter diesem Blickwinkel ist die Finanzausstattung der Fraktionen des Thüringer Landtags als solche nicht zu bemängeln, sind die Entscheidungen, welche wir gemeinsam zu Beginn der Legislaturperiode zur finanziellen Ausstattung in diesem Zusammenhang im Haushalt 2010 getroffen haben, verfassungsgerecht, richtig und notwendig gewesen - zumal mit dem Blick zurück. Ich erinnere an den Zeitraum, in dem keine Erhöhung mit Blick auf die Personal- und Sachkosten stattgefunden haben. Dies schließt ausdrücklich - verständlicherweise - den Oppositionszuschlag, der gezahlt wird, mit ein. Auch er begründet sich im Artikel 59.

Ausdrücklich sind wir als Fraktionen unabhängig von diesem verfassungsrechtlichen Vorgang der Finanzausstattung gezwungen, immer wieder unsere Fraktionsausgaben auf Wirtschaftlichkeit, Transparenz und Nachvollziehbarkeit auf den Prüfstand zu stellen - keine Frage. Meine Damen und Herren, allerdings sollen die Finanzmittel in den Fraktionen so wirksam wie möglich für die politische und parlamentarische Arbeit, für die Sacharbeit, eingesetzt werden. Diese Fraktionsmittel aus Steuergeldern sind nach Ansicht der Fraktion DIE LINKE nicht dazu da, Abgeordneten ein Zubrot zu ihren gesetzlich festgelegten Diäten zu geben. Deshalb hat die Fraktion DIE LINKE und auch früher schon die PDS-Fraktion nie Zulagen zu den Diäten aus der Fraktionskasse gezahlt.

(Beifall DIE LINKE)

Diese Position der Fraktion deckt sich mit der Rechtsprechung der Verfassungsgerichte. Ich möchte, und das hat auch Kollegin Schubert schon getan, an das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Juli 2000 erinnern. Das Gericht betonte im Urteil, dass die Verfassung von der Gleichheit aller Mandate der Abgeordneten ausgeht und sich dieses Prinzip deshalb auch in der Gleichheit der Abgeordnetendiäten widerspiegeln muss.

Die CDU-Fraktion hat nach dem Urteil versucht, diese Funktionszulage über die Diäten wieder einzuführen. Dagegen hat die Fraktion DIE LINKE, damals die PDS-Fraktion, vor dem Verfassungsgericht in Weimar geklagt und zu großen Teilen recht bekommen, auch auf der Grundlage einer umfangreichen Beweisaufnahme durch das Gericht unter Hinzuziehung des Thüringer Rechnungshofs.

Meine Damen und Herren, die Fraktion DIE LINKE hat schon vor einigen Wochen beim Thüringer Rechnungshof ganz offiziell mit einem Schreiben mit Blick auf eine Prüfung den Umgang zu den Fraktionsmitteln angemahnt und meines Wissens müssten die Fraktionen in jüngster Zeit Post bekommen haben, aktuell heute, die Prüfung steht vor der Tür. Weil, da gebe ich Kollegin Schubert recht, alles was an Gerüchten im Raum stehen bleibt, fällt

(Abg. Blechschmidt)

unabhängig davon, wer es tut, auf uns alle hier im Haus zurück. Demzufolge lassen Sie uns gemeinsam - ich knüpfe beim Kollegen Emde an - hier Positionen erarbeiten und auch gemeinsam entsprechend an die Öffentlichkeit gehen. Danke.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die FDP-Fraktion hat sich der Abgeordnete Bergner zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Bergner, FDP:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir über dieses Thema reden, müssen wir uns meiner Meinung nach auch über wesentliche Grundprinzipien der Demokratie verständigen. Das ist erstens, dass Beschluss und Umsetzung aus gutem Grunde nicht in derselben Hand angelagert sein sollten. Das ist zweitens, das hat Kollege Blechschmidt schon angesprochen, dass die Regierung wirksam kontrolliert werden muss. Das ist eine der originären Aufgaben von Fraktionen. Dafür, meine Damen und Herren, stehen den Fraktionen 7,56 Mio. € zur Verfügung. 7,56 Mio. € sind 1,3 Promille des ministeriellen Verfügungsrahmens in unserem Haushalt. Deren Verwendung, meine Damen und Herren, muss selbstverständlich nach Recht und Gesetz erfolgen, das ist gar keine Frage. Die Kontrolle erfolgt - auch da habe ich hohes Vertrauen - durch die oberste und unabhängige Landesbehörde, die dafür zuständig ist, nämlich durch den Thüringer Rechnungshof. Die Wahrheit verlangt aber auch zu erinnern, dass sich das Urteil, von dem hier die Rede war, gegen das Abgeordnetengesetz gerichtet hat. Auch das dürfen wir dabei nicht vergessen in der Debatte.

Ich möchte noch eines anfügen, meine Damen und Herren. Demokratie ist anstrengend, Demokratie kostet aus gutem Grund auch Geld. Wie es läuft, wenn für Demokratie keine Kosten anfallen, das können wir uns in Kuba ansehen, das können wir uns in Nordkorea ansehen. Ich glaube, keiner in diesem Hause möchte solche Bedingungen in Thüringen haben. Auch deswegen müssen Fraktionen vernünftig arbeiten können. Ich danke Ihnen meine Damen und Herren.

(Beifall CDU, FDP)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die SPD-Fraktion hat sich der Abgeordnete Dr. Pidde zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Dr. Pidde, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, für die SPD-Fraktion möchte ich auf zwei Punkte in diesem Zusammenhang eingehen. Das eine sind die angesprochenen Funktionszulagen. Das Bundesverfassungsgerichtsurteil vom Jahr 2000 ist hier erwähnt worden. Dort ist klar und deutlich gesagt worden, dass die Gewährung von Zulagen für stellvertretende Fraktionsvorsitzende, für Ausschussvorsitzende, für Parlamentarische Geschäftsführer unvereinbar ist, unvereinbar einmal mit der Freiheit des Mandats und zum anderen unvereinbar mit dem Grundsatz der Gleichbehandlung von Abgeordneten. Die Zahlung von Funktionszulagen ist also verfassungswidrig und entsprechend ist damals auch das Abgeordnetengesetz novelliert worden. Die SPD-Fraktion zahlt keinerlei Funktionszulagen aus der Fraktionskasse, das will ich hier einmal klipp und klar nennen.

Zweitens - die ganze Frage der Verwendung und Kontrolle der Mittel: Wir geben uns die allergrößte Mühe, pingelig genau darauf zu achten, dass die Gelder gesetzeskonform ausgegeben werden. Wir achten auf Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit und wir versuchen, alles so geordnet zu haben, dass es stets nachvollziehbar und transparent ist. Der Rechnungshof, das ist ja vorhin hier schon gesagt worden, hat den Entwurf vorgelegt für diesen Text - Bewirtschaftung und Verwendung der Leistungen an die Fraktionen im Thüringer Landtag. Diesen haben wir in der Fraktion beraten und es ist ja schon angesprochen worden, dass wir ein gemeinsames Gespräch mit dem Rechnungshof anstreben. Ich erwarte von diesem gemeinsamen Gespräch klare Regeln, eine wasserdichte Stellungnahme des Rechnungshofs, was ist erlaubt und was ist nicht erlaubt.

(Beifall SPD)

Wichtig ist, dass es hier keine Grauzonen gibt, bei denen zum Schluss immer wieder der Vorwurf gemacht wird: Ist das denn noch möglich, oder kann man das noch? Klare Regeln brauchen wir. Was genauso wichtig ist, das ist die Kontrolle, die regelmäßige und wirksame Kontrolle. Und unter regelmäßig verstehe ich nicht, zweimal in 20 Jahren,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

sondern, ich denke, es müsste viel öfter kontrolliert werden. Das regt auch dazu an, dass sich alle an die Regeln halten. Es ist auch wichtig, dass man immer wieder in speziellen Fällen sieht, wie kann man denn was auch besser machen. Dann muss so eine Kontrolle natürlich auch wirksam sein und auch zu entsprechenden Veränderungen führen und nicht einfach zu irgendwelchen Feststellungen, die nachher im Sande verlaufen. So viel zu den Positionen der SPD-Fraktion zu diesem Thema.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Mir liegen keine weiteren Redeanmeldungen vor und ich nehme an, dass sich dazu die Landesregierung zurückhalten möchte.

Ich schließe diesen Teil der Aktuellen Stunde und rufe auf den **fünften Teil**

e) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der CDU zum Thema: "Länderzuständigkeit und Vergleichbarkeit von Bildungswegen und Abschlüssen im deutschen Bildungssystem"

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/2741 -

Es hat als Erster das Wort für die CDU-Fraktion der Abgeordnete Dr. Voigt.

Abgeordneter Dr. Voigt, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn in Deutschland über Bildungspolitik diskutiert wird, gehen die Meinungen oft auseinander. In einem Punkt gibt es jedoch große Einigkeit. Seien es die Lehrverbände, die Wirtschaft, die Eltern oder die Schüler selbst, sie alle wollen, dass Vergleichbarkeit von Bildungswegen und Abschlüssen in Deutschland gewährleistet ist. Diese Forderung ist berechtigt, denn trotz der Zuständigkeit der Länder für die Bildung gibt es eine gesamtstaatliche Verantwortung. Das Grundrecht auf Bildung muss mit dem Grundrecht auf Mobilität, also der Möglichkeit, frei von einem Bundesland in das andere zu ziehen, in Einklang gebracht werden. Dies setzt eine Vereinbarkeit und Vergleichbarkeit der Schulabschlüsse und eine Verlässlichkeit in der Bildungspolitik aller Länder voraus. Klar ist jedoch, Vergleichbarkeit bedeutet nicht Einheitslösungen und Zentralismus. Die Union - und so haben wir es in 10 Thesen zur Bildungspolitik auch vorgelegt - befürwortet den Wettbewerb im Föderalismus auch und gerade für den Bildungsbereich. Gleichwohl müssen Schulabschlüsse in Deutschland vergleichbar sein. Die Union will daher den einzelnen Schulen größtmögliche Freiheit auf dem Weg zum jeweiligen Ziel lassen. Unter dem Stichwort „eigenverantwortliche Schule“ gilt es, die Kompetenz in den Schulen zu bündeln und - ich zitiere den Minister vom vergangenen Wochenende -: „Schule muss in Thüringen von unten wachsen.“ Das ist die Überzeugung der CDU-Landtagsfraktion genauso und, ich glaube, das ist auch der richtige Weg.

(Beifall CDU)

Die Ziele selbst müssen aber länderübergreifend klar definierten Standards genügen. Deshalb wer-

den die Länder nationale Bildungsstandards und Prüfanforderungen für alle Fächer und Schulabschlüsse vereinbaren und verbindlich einführen. Das ist aus unserer Sicht der richtige Weg. Wir gehen als CDU-Fraktion noch einen Schritt voran, indem wir sagen: Wir wollen ein Deutschland-Abitur, das sich in spätestens fünf Jahren an deutschlandweit einheitlichen Prüfungsanforderungen orientiert. Das ist ein konkreter Vorschlag, um dem berechtigten Anliegen, welches gegenüber der Bildungspolitik existiert, gerecht zu werden.

(Beifall CDU)

Dieser Vorschlag zeigt auch eines, größere Vergleichbarkeit können die Länder im Rahmen der Zuständigkeit erreichen, die mit der Föderalismusreform bereits vereinbart ist. Diese Länderzuständigkeit für die Schulen muss beibehalten werden, weil erst sie durch die unterschiedlichen Wege im vereinbarten Rahmen pädagogischer Vielfalt und des Wettbewerbs unterschiedliche Entwicklungskonzepte ermöglicht. An dieser Stelle möchte ich betonen, dass der Ruf nach mehr Zentralismus in der Bildungslandschaft nicht weiterführt. Statt permanente Zuständigkeits- und Strukturdebatten zu führen, sollten wir uns auf Qualität und Inhalte konzentrieren. Ich glaube, da ist die Landesregierung auf einem guten Weg.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Welcher Teil der Landesregierung?)

Die Landesregierung ist natürlich eine Koalition und insofern sind wir zu gleichen Teilen auf einem guten Weg.

Kommen wir zum Bereich der Hochschulen: Dort gilt es natürlich auch, Möglichkeiten bundesländerübergreifend zu schaffen. Denn letztlich ist die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern dort an einer entscheidenden Nahtstelle zwischen Forschung und Lehre so zu verorten, dass man vor allen Dingen die gemeinsamen finanziellen Lasten auch gemeinsam trägt. Wir lehnen als CDU-Fraktion jedoch die Übernahme von Universitäten durch den Bund ab. Den Menschen im Land ist, wenn wir diese ganzen Zuständigkeitsdebatten betrachten, am Ende doch eines egal, es ist ihnen egal, wer zuständig ist, sie wollen aber, dass derjenige, der zuständig ist, es richtig macht. Die internationalen Platzierungen Thüringens im Vergleich der Länder zeigen, dass der Thüringer Weg in der Bildungspolitik richtig ist. In unserer Erfolgsgeschichte werden wir uns deshalb nicht vom Bund reinreden lassen und wir sollten da auch ein gewisses Selbstbewusstsein haben als Thüringer. Denn

(Beifall CDU)

diejenigen, die im Haus mehr Zentralismus in der Bildungspolitik predigen, denen will ich deutlich sagen: Weil der Freistaat die Bildungspolitik von jeher selbst verantwortet hat, wurden die Thüringer bis-

(Abg. Dr. Voigt)

lang davon verschont, egalitäres Mittelmaß in der Bildungspolitik zuzulassen. Eines ist doch klar, der Thüringer Weg ist gekennzeichnet von Kontinuität, Verlässlichkeit, von kindgerechter, differenzierter Förderung und von klarer Leistungsorientierung. Das ist ein Erfolgsweg in der Bildungspolitik und dafür stehen wir auch weiter ein. Schönen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Fraktion DIE LINKE hat Frau Abgeordnete Sojka das Wort.

Abgeordnete Sojka, DIE LINKE:

Also Herr Mohring, das ist schon pikant, was Sie hier vortragen. Nicht nur, dass in der Öffentlichkeit zwei miteinander koalierende Landesvorsitzende völlig gegensätzliche Positionen vertreten -

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Das war nicht Herr Mohring.)

Oh Entschuldigung, jetzt habe ich Sie auch noch verwechselt. Ich meine natürlich Dr. Voigt. Ja, das ist ein Freud'scher Fehler, da muss ich echt mal darüber nachdenken und Sie sicherlich auch.

(Heiterkeit im Hause)

Das ist, wie gesagt, pikant, dass zwei Landesvorsitzende so völlig gegensätzliche Positionen vertreten. Noch schärfer: Das eine ist, die Ministerpräsidentin der CDU, die die Bundesministerin der gleichen Partei zurückweist mit der Bemerkung, dass sie eine Auffassung vertrete, die „anzüglich und extrem entbehrlich“ sei, gleichzeitig ist der Vertreter dieser Ministerpräsidentin, also der Vizeministerpräsident, der der SPD angehört, der Frau Schavan den Rücken stärkt und sie sogar zu einer Gesetzesinitiative auffordert. Da macht es ja fast keinen Spaß mehr, in der Opposition zu sein. Das ist ja überhaupt gar nicht mehr zu toppen, Herr Mohring.

(Zwischenruf Matschie, Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur: Sie sind jetzt verwirrt, geben Sie es zu.)

Na klar, über Ihre Regierung kann man nur noch verwirrt sein. Das verwirrt Sie jetzt vielleicht, aber eigentlich ist es doch nicht wirklich verwunderlich.

(Beifall DIE LINKE)

Nun könnte man ja denken, dass es sich um innerparteiliche Zänkereien in der CDU handelt, also Hahnenkämpfe oder Zickenkrieg - wenn es Frauen wären. Aber da kommt es noch darauf an, in welcher Ebene die handelnden Personen spielen. Frau Schavan hat als Länderministerin noch ganz anders geredet, zum Beispiel so, wie Herr Mohring jetzt und ich zitiere jetzt mal ganz einfach. Der Herr Mohring hat bei einem Treffen der ostdeutschen

Fraktionsvorsitzenden seiner Partei gesagt: „Es besteht Konsens darüber, dass die Länderzuständigkeit im Bereich der Schulpolitik ungeschmälert erhalten bleiben muss.“ Wie gesagt, Frau Schavan hat so auch noch gesprochen, als sie Länderministerin war, aber ein junger emporsteigender MdB der CDU in Thüringen, der Herr Schipanski, der lässt sich zitieren - übrigens im gleichen Pressespiegel auf der gleichen Seite, das ist immer so schön nett -: „Aus Angst, an Einfluss zu verlieren, verweigern die Länder einen guten Ansatz.“ Und er sagte, die Politik müsse etwas gegen das fatale Auseinanderdriften der Schulsysteme in den Ländern tun. Also ich würde ja empfehlen, Sie machen mal wirklich einen Parteitag zu dem Thema und versuchen,

(Zwischenruf Abg. Emde, CDU: Machen wir auch.)

Ihre Position dazu zu stärken. Die FDP hat ihren Parteitag oder zumindest die Entscheidung dazu ja schon auf den Herbst vertagt. Nun genug der Zitate. DIE LINKE ist für die Aufhebung des Kooperationsverbots in der Bildung, denn es war von Anfang an ein fauler politischer Kompromiss der Bundesregierung und das muss dringend geändert werden. Würde es Volksentscheide auf Bundesebene geben, dann wäre dieser Kompromiss überhaupt nicht in diesem Kuhhandel zwischen irgendwelchen Positionen zustande gekommen. Der Bildungsföderalismus - und das wissen Sie hier alle in diesem Raum - hat überhaupt keinen Rückhalt in der Bevölkerung. Mehr als 80 Prozent sehen Nachteile gerade für das Schulsystem. Aber auch die Hochschulen sind von dem Kooperationsverbot der Föderalismusreform II stark betroffen, insbesondere die Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau ist weggefallen und die Bildungsplanung wird auch nicht mehr auf Bundesebene realisiert. DIE LINKE unterstützt deshalb ausdrücklich die Förderung der Hochschulrektorenkonferenz, dass Ausgaben für Bildung, Wissenschaft und Forschung künftig als investive Aufgaben zu behandeln sind, also als Zukunftsinvestitionen. Deswegen hat DIE LINKE im Bundestag den Antrag in Drucksache 17/11 - eine Änderung des Grundgesetzes - eingebracht, um das Recht auf Bildung zu verankern, die Gebührenfreiheit von Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen verlässlich zu sichern und die Bildungsfinanzierung in Deutschland auf eine neue Grundlage zu stellen. Zudem muss Bildung grundgesetzlich als Gemeinschaftsaufgabe beschrieben werden, die es dem Bund und den Ländern gemeinsam ermöglicht, auch gemeinsame Programme zur besseren Finanzierung einer chancengerechten Bildung aufzulegen. Also, Herr Mohring, klären Sie das in Ihrer Fraktion, oder Dr. Voigt, egal wer von Ihnen beiden, und dann haben wir auch die Mehrheit für eine Grundgesetzänderung. Sollte das doch nicht reichen, dann machen wir einen Volksentscheid dazu.

(Abg. Sojka)

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Metz das Wort.

Abgeordneter Metz, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind zwar in einer Großen Koalition, das heißt aber nicht,

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE:
Groß ist die nicht.)

dass wir als SPD unsere Überzeugung an der Garderobe im Landtag abgeben, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD)

So gut ich das Projekt „Eigenverantwortliche Schule“ in vielen Punkten finde, so müssen wir doch diskutieren, dass Bildungspolitik im Mittelpunkt das Wohl des Kindes sieht und nicht eine Schule, die ich sozusagen konzipiere und daraus heraus dann überlege, wie gehe ich mit Kindern um. Die eigenverantwortliche Schule, so wie Sie eigenverantwortliche Schule jetzt gerade eben argumentiert haben, kann auch dazu führen, dass ein Kind aus dem bayerischen München vielleicht nicht so gut gefördert wird wie ein Kind aus dem thüringischen München. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist konträr zu unserer Position.

Lassen Sie mich die Position der SPD-Landtagsfraktion also gleich zu Beginn noch einmal deutlich sagen. Das Kooperationsverbot war schon zur Einführung überholt; die Zersplitterung der Schullandschaft ist niemals zeitgemäß gewesen und sie ist nicht nur ein Hemmnis für die Entwicklung des gesamten Schulsystems, sie ist fatal für jeden einzelnen Schüler und für jede einzelne Schülerin.

(Beifall SPD)

Wir wollen, dass sich die Situation an unseren Schulen, und zwar nicht nur in Thüringen - da sind wir, denke ich, mit der Gemeinschaftsschule und auch der neuen Schulordnung auf dem richtigen Weg - nachhaltig verbessert. In Deutschland liegt die Kompetenz, meine sehr geehrten Damen und Herren, für die Bildungspolitik - so sagt es die Verfassung - ganz klar in der Zuständigkeit der Länder. Das ist ein Ergebnis der Föderalismusreform, die auch wir mitgemacht haben auf Bundesebene - gar keine Frage -, die den Ländern mehr Eigenständigkeit einräumt und dem Bund gleichzeitig Eingriffsmöglichkeiten beschränkt. Demzufolge dürfen Bund und Land nur in begrenztem Maße miteinander kooperieren bis gar nicht. Diese Länderkompetenz ist allerdings wenig positiv zu bewerten. Sie führt einerseits, wie ich sagte, zu einer Zersplitterung der

Bildungs- und Schullandschaft, da es jedem Bundesland die Freiheit einräumt, ihr eigenes bildungspolitisches Süppchen zu kochen. Sie führt zu einem Durcheinander unterschiedlicher Schularten, wenige vergleichbare Lehrpläne und unterschiedliche Anforderungen an Schulabschlüsse. Nicht ohne Grund wird die zersplitterte Schullandschaft im Rahmen der PISA-Studie und in den Diskussionen um die PISA-Studie immer wieder als eines der wesentlichsten Hemmnisse in der Entwicklung des deutschen Schulsystems kritisiert. Auch die Mehrheit der Menschen - Frau Sojka hat es angesprochen -, die in unserem Land leben, teilt diese Einschätzung. Es gibt die unterschiedlichsten Erhebungen, zu dem Schluss zu kommen, dass das Kooperationsverbot in der Föderalismusreform, im Bildungsbereich also nicht mehr als zeitgemäß eingeschätzt werden kann.

Erschwerend kommen hinzu die Ergebnisse der Föderalismusreform, durch die die wenigen vorhandenen Ansätze von Kooperation zwischen Bund und Ländern in Bildungsfragen zunichte gemacht wurden. Der Artikel 104 b des Grundgesetzes formuliert ein ausdrückliches Kooperationsverbot in Bildungsfragen. Die SPD-Landtagsfraktion unter meinem Vorgänger, Herrn Döring, hat das bereits während der Verhandlung über die Föderalismusreform scharf kritisiert. Wir stehen nach wie vor zu unserer Haltung. Die SPD steht nicht für ein Weniger, sondern für ein Mehr an Vergleichbarkeit.

Wir begrüßen die Initiative, die eine Vereinheitlichung, eine größere Vereinheitlichung zum Ziel hat, daher ausdrücklich. Wir freuen uns, dass dem Bund hier wieder mehr Kompetenzen zugesprochen werden sollen. Wir freuen uns, dass diese Erkenntnis über die bildungspolitische Kontraproduktivität der Föderalismusreform inzwischen auch bei der Bundesbildungsministerin Frau Schavan angelangt ist. Frau Schavan war ja seinerzeit eine der schärfsten Verfechterinnen einer Entkopplung von Bund und Ländern in der Bildungs- und Hochschulpolitik. Wie so oft im politischen Leben gilt auch bei diesem Erkenntnisgewinn das Motto: Besser spät als nie.

(Beifall SPD)

Herr Matschie, helfen Sie uns, dass Frau Schavan auch bei dieser Position bleibt, bei diesem Kurs bleibt. Wir als SPD-Fraktion unterstützen Sie da ausdrücklich. Danke.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die FDP-Fraktion hat Frau Abgeordnete Hitzing das Wort.

Abgeordnete Hitzing, FDP:

Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren! Herr Kollege Metz, da hätten Sie ja heute meinem Dringlichkeitsantrag zustimmen können, wenn das so ist, wie Sie das eben gesagt haben.

(Beifall FDP)

Ausdrücklich unterstützen wir natürlich den Bildungsföderalismus und sind nach wie vor der Meinung, dass der eigene Länderweg wichtig ist und dass der selbstständige Weg in den Bundesländern und die inhaltliche Selbstständigkeit immer gegeben sein sollen.

Trotzdem muss man hier bestimmte Sachen hinterfragen. Es ist natürlich so, die Länder sollen ihre eigenen Probleme lösen können aus inhaltlicher Sicht im Bildungsbereich. Das ist für Thüringen auch der Fall, dass Probleme in Thüringen auch von Thüringen gelöst werden sollen.

(Beifall FDP)

Leider habe ich den Eindruck und es ist schade, dass das die Thüringer Landesregierung nicht schafft. Wir müssen gewährleisten, dass Bildung nicht an den Ländergrenzen endet.

(Beifall FDP)

Ich widerspreche deshalb ausdrücklich Frau Ministerpräsidentin und der CDU-Fraktion an der Stelle, dass sie sich nämlich bildungspolitisch abschotten will in dem Sinne, dass sie nun der Frau Bundesbildungsministerin Schavan vehement widersprechen, mit ihr sehr hart ins Gericht gehen. Wir können eigentlich an dieser Stelle nur das Resümee ziehen, die CDU ist sich nicht einig. Sie ist sich in sich nicht einig und sie ist sich auch hier in Thüringen nicht einig und auch nicht mit dem Koalitionspartner einig.

(Beifall FDP)

Eine enge Kooperation mit anderen Bundesländern erscheint uns sehr, sehr wichtig und erscheint uns auch sinnvoll. Vergleichbare gemeinsame Abituraufgaben und -abschlüsse haben wir vorhin schon gehört von Herrn Dr. Voigt, das sagt die CDU auch. Nun stelle ich natürlich die Frage, warum unser Antrag nicht unterstützt worden ist, als wir von dem mitteldeutschen Abitur gesprochen haben. Da wurde mir gesagt, das ist ein Flickenteppich. Wir wollen keinen Flickenteppich. Aber es wäre ein Ansatz gewesen. Wir wollen, dass die Leistungen der Schüler länderübergreifend gleichberechtigt anerkannt werden. Nur so werden die Anforderungen an Flexibilität und Mobilität in der gesamten Bundesrepublik auch bedarfsgerecht umgesetzt. Bisher funktioniert das nicht. Schuld daran ist unter anderem auch die Kultusministerkonferenz, die sehr unflexibel ist, weil sie nämlich das Einstimmigkeitsprinzip hat.

Kommen wir zum Kooperationsverbot. Herr Metz, Sie haben gesagt, das Kooperationsverbot ist über-

holt. Ihre Partei hat es 2006 in der Großen Koalition mit bestimmt.

(Beifall FDP)

Aber das ist ja in der Politik so - wie wir auch gehört haben -, man kann sich auch revidieren.

(Zwischenruf Matschie, Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur: Die FDP hat im Bundesrat auch zugestimmt.)

Das Kooperationsverbot ist eines der größten Hemmnisse in der Bildungslandschaft. Dazu müssen wir erst einmal eindeutig Stellung nehmen. Die Bundesregierung ist jetzt an einer Stelle - in Person von Frau Ministerin Schavan -, an der sie sagt: Es muss die Möglichkeit der Bildungsinvestition für die Bundesländer geben. Nun haben wir den wunderbaren Fall, dass Thüringen sich auf allerhöchster Ebene nicht einig ist. Die einen sagen so, die anderen sagen so. Die Frau Ministerpräsidentin lehnt es vollkommen ab. Der Herr Bildungsminister sagt: Ja, das wäre der richtige Weg. Ich wiederhole gern das von vor drei Stunden, als wir schon mal darüber gesprochen haben, dass Sie ja auch, verehrter Herr Minister, schon Anfang des Jahres im Bundesrat davon gesprochen haben, dass für die Länder auf dem Gebiet der Bildung mehr Geld da sein muss, und zwar finanziert durch den Bund. Ich bin auch nicht der Meinung, dass Föderalismus, der Bildungsföderalismus in sich, inhaltlich gesehen an Qualität verliert, wenn es dem Bund ermöglicht wird, für bestimmte Dinge im Bereich der Bildung Investitionszuschüsse zu liefern.

(Beifall FDP)

Ich möchte an das Initiativprogramm von 2002 erinnern. Damals wurden mit diesem Bundesprogramm unter anderem die Ganztagschulen über die entsprechenden inhaltlichen Schulprogramme initiiert. Es hat der Qualität der Bildung in keiner Weise geschadet. Es war ganz einfach so ...

(Beifall FDP)

(Zwischenruf Matschie, Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur: Wer hat es gemacht damals?)

Na ja, ich sage ja, es gibt aber eben noch falsche Entscheidungen. Es gibt falsche Entscheidungen und gute Entscheidungen. Die werden jetzt hier aufgerollt.

(Zwischenruf Abg. Sojka, DIE LINKE: Um in der Regierung danach wieder umzufallen, Herr Matschie.)

Jetzt möchte ich nur noch mal sagen: Wichtig ist, dass sich die obere Ebene einig wird. Das ist für Thüringen wichtig. Die Leute interessiert das überhaupt nicht, ob sich die Ministerpräsidentin und der stellvertretende Ministerpräsident nicht einig oder einig sind. Die Leute interessieren Ergebnisse.

(Abg. Hitzing)

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Frau Abgeordnete, die Redezeit ist zu Ende.

Abgeordnete Hitzing, FDP:

Wenn der Bildungsföderalismus inhaltlich qualitativ hochwertig ist und trotzdem der Bund mitfinanzieren kann, glaube ich, sind wir auf genau dem Weg, den die Bürger von uns erwarten. Danke.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Rothe-Beinlich das Wort.

Abgeordnete Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist jetzt schon vieles gesagt worden. Ich freue mich über den Erkenntnisgewinn oder die klaren Worte, insbesondere aus der SPD, der es vor wenigen Wochen noch nicht möglich war, unserem Antrag zuzustimmen, der da lautete: Kooperationsverbot in der Bildung abschaffen!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber Sie ermutigen mich geradezu, diesen erneut einzubringen. Vielleicht hat sich ja sehr schnell vieles geändert.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Beachten Sie die Geschäftsordnung.)

Ja, mein lieber Herr Mohring, wir werden das schon hinbekommen, dass es auch der Geschäftsordnung Genüge tut, keine Sorge. Ich habe mich, ehrlich gesagt, gefragt, warum die CDU diese Aktuelle Stunde beantragt hat - bestimmt nicht, weil Frau Lieberknecht diese Worte geäußert hat, die wir heute hier schon häufiger zitiert haben, ich will es auch noch einmal tun, nämlich die Äußerung von Frau Bildungsministerin Annette Schavan als „mittlerweile anzüglich und extrem entbehrlich“ zu bezeichnen. Ich weiß es aber jetzt. Herr Voigt konnte nämlich endlich seinen 10-Punkte-Plan Bildungspolitik vorstellen, der sonst nirgendwo wahrgenommen wurde,

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

der just in der Woche vom 9. Thüringer Bildungssymposium veröffentlicht wurde. Leider konnten wir ihn dort nicht diskutieren, denn da waren Sie nicht. Auf dem Thüringer Bildungssymposium, was ich an dieser Stelle ansprechen möchte, hat das Kooperationsverbot in der Bildung tatsächlich in sehr vielen Workshops und auch in den Panels eine große Rol-

le gespielt. Es gab dort immer wieder auch die begründete Skepsis zu hören, dass man sich wahrscheinlich aus parteipolitischen Gründen leider nicht einig wird. Aber ich glaube, wir dürfen nicht müde werden. Wenn wir uns tatsächlich nur einmal dem Inhalt widmeten, dann hätten wir eine Mehrheit hier im Thüringer Landtag für die Abschaffung des Kooperationsverbots in der Bildung, denn dass dieses einen Hemmschuh ohnegleichen darstellt, wissen wir alle.

Weil jetzt schon mehrere das schöne Ganztagschulprogramm erwähnten - was nicht so heißen durfte, es musste damals Zukunftsinfrastrukturprogramm heißen, damit es den Maßgaben Rechnung trägt, wie Finanzen des Bundes überhaupt an die Schulen kommen konnten, will ich noch einmal daran erinnern, dass es Roland Koch war, der sich damals sehr über den Erfolg dieses Programms ärgerte, was als einer der Gründe für die Festschreibung des Kooperationsverbots in der Bildung gilt. Dass das mit Sachpolitik nichts zu tun hat, ist uns allen, glaube ich, ebenfalls hinlänglich bekannt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich meine, dass wir, wenn es uns tatsächlich, wie es Herr Voigt vorhin vorgetragen hat, um gesamtstaatliche Verantwortung in der Bildung geht, darüber sprechen müssen, was das bedeutet. Da nützt es nichts, sich immer wieder in ideologische Schützengräben zu begeben und den vermeintlich anderen Gleichmacherei vorzuwerfen, wenn man für mehr Vergleichbarkeit wirbt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage ganz deutlich und behaupte, niemand hier will Gleichmacherei. Was wir wollen, sind gleiche Bildungschancen für alle Kinder von Anfang an, und zwar egal, woher sie kommen und egal, in welchem Bundesland sie leben. Wir wollen vergleichbare nationale Bildungsstandards, die tatsächlich allerorten gelten und in eigenverantwortlichen Schulen wunderbar mit individuellen Konzepten umgesetzt werden können.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass wir nicht dazu kommen, obgleich wir das alle wollen, finde ich ausgesprochen bedauerlich; das zeigt, dass es leider mitunter weniger um die Sache geht.

Lassen Sie mich noch ein paar Punkte nennen, warum wir meinen, dass es keineswegs um ein Ende des Bildungsföderalismus gehen soll, sondern um eine notwendige Weiterentwicklung. Ich will sehr deutlich sagen, ich bin froh, dass wir einen Landesminister haben, der deutliche Worte zum Kooperationsverbot findet, obgleich er damit eigentlich „Gefahr laufen müsste“, Zuständigkeiten an den Bund abzugeben. Ich denke, es geht um ein gutes Miteinander aller Ebenen, das ist das Entscheidende.

(Abg. Rothe-Beinlich)

de und das verstehe ich auch unter einer positiven Weiterentwicklung. Deswegen hatten wir dazu bereits einen Antrag eingebracht.

Wir meinen, dass sich auch im Hochschulbereich, das ist beispielsweise auch schon von meiner Kollegin von der LINKEN angesprochen worden, die Schwächen des Kooperationsverbots ganz deutlich zeigen, weil hier Kooperationsmöglichkeiten im Moment nicht möglich sind, wir aber bundesweit so Anreize für bessere Qualität in der Hochschullehre setzen könnten. Ich glaube, das sollten wir endlich anpacken. Dass es eine bessere Vergleichbarkeit von Bildungswegen und Abschlüssen braucht, darüber sind wir uns hoffentlich alle einig. Dass wir auch eine Vergleichbarkeit der Bildungssysteme brauchen, um so der Einheitlichkeit von Bildungschancen gerecht zu werden und auch Familien und Lehrkräften - die Debatte um Lehrkräfte haben wir morgen noch - tatsächlich räumliche Flexibilität, aber auch attraktive Rahmenbedingungen zu bieten, darin sollten wir hier auch Einigkeit haben.

Ich sage aber auch, dass wir eine Finanzpolitik brauchen, die den Ländern und Kommunen ausreichende Mittel zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben ermöglicht. Hier muss auch der Bund in die Verantwortung. Ich glaube, das wiederum müsste im Interesse aller hier im Landtag vertretenen Fraktionen sein. Vielen herzlichen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Fraktion DIE LINKE hat sich der Abgeordnete Ramelow zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Ramelow, DIE LINKE:

Werte Kolleginnen und Kollegen, die Fach- und Sachargumente sind, denke ich, hinreichend erläutert worden. Was mich jetzt noch einmal nach hier vorn getrieben hat, ist meine persönliche Anwesenheit in der Föderalismuskommission, die ich von Anfang bis Ende begleitet habe und ich irgendwie jetzt das Gefühl habe, dass zumindest die SPD völlig vergessen hat, wie sie abgestimmt hat, sowohl bei dem Kooperationsverbot, da hat die SPD es nämlich ins Grundgesetz mit aufnehmen lassen, obwohl die ostdeutschen SPD-Bundestagsabgeordneten dringend darum gebeten haben, es nicht zu tun. Ich fand die Position völlig berechtigt. Anschließend, als die Abstimmung kam und die Große Koalition den Preis verlangt hat, hat die SPD geschlossen - mit wenigen Ausnahmen - für diese seltsame Trennung im Grundgesetz gestimmt. Das war ein trauriger Tag, weil gleichzeitig nicht nur eine gute Kooperation zerstört worden ist. Es ist eben richtig von Kollegin Rothe-Beinlich darauf hingewiesen worden, dass es gar nicht darum geht, den Föderalismus aufzugeben, sondern es geht darum,

sinnvolle Kooperationen herzustellen. Die hat es zu der damaligen Zeit gegeben. Und Sie haben leider die Hand dazu gehoben, also die Bundestagsfraktion der SPD, und gleichzeitig ist die außenpolitische Zuständigkeit für Bildung auf den Bundesrat übertragen worden. Ein Vorgang, der staatsrechtlich - einmalig zumindest für meine Wahrnehmung - auf der ganzen Welt ist, dass man ein nationalstaatliches Thema auf ein föderalstaatliches Element, also einen Träger, nämlich den Bundesrat übertragen hat, das ist völlig seltsam. Schauen Sie sich das Grundgesetz an. Diese Verhöhnung hat die SPD mitgetragen, aber die FDP hinterher im Bundesrat mitgetragen. Also auch die FDP kann sich jetzt hier nicht hinstellen und sagen, wir waren gar nicht dabei.

Die zweite Geschichte, die in dem gleichen Kontext festzustellen ist, ist das Thema Schuldenbremse. Weil die Frage, wann holen uns die Gelder ein über diese gespaltene Schuldenbremse, die jetzt in das Grundgesetz gekommen ist, dass die Länder nämlich viel rigider an die Kette gelegt werden als das der Bund für sich selbst genehmigt, da haben die sozialdemokratischen Kollegen in der Föderalismuskommission immer klar gesagt, sie halten den Weg für falsch. Es gab auch andere Kompromisse. Es gab auch Linien, die anders abgestimmt waren, bis Herr Seehofer Ministerpräsident von Bayern wurde und alle Kompromissarbeit, die bis dahin in der Föderalismuskommission war, am Nachmittag umgeschmissen wurden und es war die SPD-Linie, der Brandenburger SPD-Minister für Finanzen, der als Erster dann in den Saal hereinkam und hat gesagt, das machen wir jetzt mit. Anschließend hat die SPD auch zu diesem traurigen Gesetzeswerk die Hand gegeben.

Ich will das nur in Erinnerung rufen, weil es trotzdem richtig ist, was Kollege Metz hier ausgesprochen hat. Inhaltlich teile ich da jedes Wort. Die Lösung, die ich sehe, hieße tatsächlich, ernsthaft über eine Föderalismuskommission III gemeinsam ins Gespräch zu kommen. Da könnten wir auch als Abgeordnete und fraktionsübergreifend eine Initiative ergreifen, wenn wir sinnvolle Kooperationen haben wollen. Von denen war gerade die Rede. Da hat Frau Schavan einen Weg aufgezeigt, wo man sagt, da kann man sich bewegen, aber dazu muss der grundgesetzliche Rahmen auch ermöglicht werden. Deswegen wäre eine gute Initiative, wenn man es ernst meint, dass man eine Föderalismuskommission III im Laufe des Jahres andiskutiert, andere Bündnispartner findet und dann auch mit den Bundestagskolleginnen und -kollegen ins Gespräch kommt, weil ich glaube, dass man jetzt evaluieren könnte aus der Föderalismuskommission I, aus der Föderalismuskommission II, was sich bewährt hat, was wird überhaupt nicht mehr angepackt. Aber das, was im Lübecker Konvent einmal gewollt war, das haben viele vergessen, das finde ich ja das

(Abg. Ramelow)

Phänomenale, Dieter Althaus hat es damals schon vergessen. Am gleichen Tag, als er Ministerpräsident wurde, hat er schon nicht mehr gewusst, was er am Lübecker Konvent mit unterschrieben hatte. Im Lübecker Konvent ging es darum, dass die Souveränität der Parlamente erhöht werden soll, dass die Entscheidungsfähigkeit der Parlamente erhöht werden soll, damit wir tatsächlich über einen vernünftigen Föderalismus miteinander auch arbeiten können. In diesem Sinne: Lassen Sie uns doch dieses auch zum Anlass nehmen, einmal über die Weiterentwicklung und die Konsequenzen von dem, was Sie gerade als Dilemma beschrieben haben, dann eine gemeinsame Initiative zu ergreifen. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Mir liegen jetzt keine weiteren Redemeldungen aus den Reihen der Fraktionen vor. Jetzt frage ich einmal nach der Redezeit. Wir haben im Moment keine Redezeit mehr. Aber für die Landesregierung Minister Matschie und dann müssen wir einmal sehen, was danach noch an Redezeit ist.

Matschie, Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur:

Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Sojka, Sie haben ja hier ganz verwundert getan, dass es unterschiedliche Positionen innerhalb der Landesregierung gibt. Es ist auch in Koalitionen so, dass sie aus zwei Parteien bestehen oder aus mehreren, in diesem Fall aus zwei, und dass es durchaus auch in einzelnen Sachfragen unterschiedliche Positionen von Koalitionspartnern gibt. Das ist kein Fall für besondere Aufregung. Deshalb würde ich gern den Blick noch einmal auf das, was wir eigentlich in dieser Frage zu besprechen haben, lenken. Ich glaube, Herr Kollege Ramelow, da hilft jetzt auch nicht viel, in die Vergangenheit zu blicken und noch mal zu schauen, wer hat jetzt alles was entschieden. Wenn man sich die Debatte anschaut, weiß man, dass es Zustimmung aus allen Parteien damals zu den Regelungen gegeben hat mit Ausnahme der LINKEN, die wurde nicht gebraucht für die Mehrheiten.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE:
Nein, das haben die wirklich allein gemacht.)

(Unruhe DIE LINKE)

Aber es gab auch - das gehört auch zur Wirklichkeit dazu - in allen Parteien Abgeordnete oder auch Landespolitiker, die das anders gesehen haben und die nicht für eine solche Regelung gewesen sind. Das heißt, wir haben damals schon eine Diskussionslage gehabt, die nicht einfach an Parteigrenzen festzumachen war, sondern wo unterschiedliche Positionen auch in einzelnen Parteien vorhanden

waren. Wir sind jetzt an einem Punkt, wo wir nach einigen Jahren Erfahrung berechtigterweise noch mal die Frage stellen müssen: War denn diese Entscheidung im Rückblick die richtige Entscheidung oder muss man aufgrund der jetzigen Erfahrungen das Ganze noch mal aufrufen? Dazu gehört auch, dass einige in diesem Debattenprozess inzwischen auch ihre Position verändert haben. Prominentestes Beispiel ist Frau Schavan selbst, die damals vehement für eine stärkere Betonung der Länderkompetenzen gestritten hat und heute eine andere Position vertritt und sagt, wir brauchen eine bessere Kooperation zwischen Bund und Ländern.

Zur Debatte gehört es, glaube ich, dass man sich noch mal sachlich deutlich macht: Worum geht es eigentlich? Es geht nicht um die Entmachtung der Länder, es geht um eine gemeinsame Anstrengung für gute Bildung. Das ist für mich der Ausgangspunkt der Debatte. Jetzt gibt es dabei verschiedene Aspekte. Was heißt das eigentlich? Da müssen wir einmal reden über gemeinsame Standards, zum Zweiten über gemeinsame Entwicklungsprozesse in der Bildungspolitik und zum Dritten über die Finanzierung.

Ich fange mal mit den gemeinsamen Standards an. Da möchte ich zunächst festhalten, Bildung endet nicht an Ländergrenzen, Frau Hitzing, in keinem Fall.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Gute Bildung.)

Auch gute Bildung endet nicht an Ländergrenzen.

Bei der Frage der Standards - das muss man realistisch sagen - sind 16 Bundesländer inzwischen auf einem gemeinsamen Weg. Das ist allerdings ein langer und mühevoller Weg. Im Mai 2002 hat die Kultusministerkonferenz beschlossen, es sollen gemeinsame nationale Bildungsstandards entwickelt werden. Das ist jetzt neun Jahre her. Wo stehen wir heute? Wir haben bundesweit geltende Bildungsstandards für den Primarbereich für die Fächer Deutsch und Mathematik. Wir haben bundesweite Bildungsstandards für den Hauptschulabschluss für die Fächer Deutsch, Mathematik und erste Fremdsprache. Wir haben bundesweit geltende Standards für den mittleren Schulabschluss Jahrgangsstufe 10 für die Fächer Deutsch, Mathematik, erste Fremdsprache, Biologie, Chemie und Physik.

Das zeigt, hier ist eine Entwicklung in Gang gekommen zur Entwicklung gemeinsamer Standards, aber wir sind längst noch nicht am Ende dieses Weges. Was noch aussteht, sind auf jeden Fall die Standards für das Abitur. Hier sind wir beim ersten Schritt in der Länderzusammenarbeit, dass im Moment die Standards erarbeitet werden für die Fächer Deutsch, Mathematik und erste Fremdsprache in entsprechenden Entwicklergruppen. Thüringen ist hier auch vertreten. An der Stelle will ich noch

(Minister Matschie)

mal einen Blick auf die Debatte zum mitteldeutschen Abitur werfen. Das wäre eben genau nicht der richtige Weg gewesen, sondern wenn wir in einem Prozess der Verständigung aller 16 Bundesländer auf gemeinsame Abiturstandards stecken, dann macht es doch keinen Sinn, jetzt Sonderwege zwischendrin zu wählen und den Flickenteppich nur quasi um ein weiteres Ornament zu schmücken, sondern dann macht es Sinn, alle Kraft auf diese gemeinsamen bundesweiten Standards zu konzentrieren.

(Beifall SPD)

Trotzdem, auch wenn die Länder hier in dieser Frage auf dem Weg sind, muss man sich noch einmal die Frage stellen: Ist das die optimale Konstellation, dass sich 16 Bundesländer hier über gemeinsame Standards über einen sehr langen Zeitraum verständigen müssen oder gibt es vielleicht auch andere Kompetenzzuschritte, die dafür sorgen, dass diese Aufgabe schneller und effizienter erledigt werden kann? Diese Frage muss zumindest noch einmal diskutiert werden. Noch schärfer stellt sich die Frage bei gemeinsamen Schulentwicklungen, die wir bundesweit vorantreiben müssen. Hier komme ich noch einmal auf das Vorhaben, das inzwischen auch in allen Bundesländern unumstritten ist, dass wir mehr Ganztagsangebote brauchen. Es waren damals Edelgard Bulmahn und ich als zuständiger Staatssekretär, die das Ganztagsprogramm, 4 Mrd. € für Ganztagschulen, auf den Weg gebracht haben. Ich weiß, wie schwer das schon unter den damaligen Bedingungen war, eine Finanzkonstruktion zu finden, die es uns erlaubt, in diesem Bereich eine Förderung überhaupt aufzubauen. Nach der Föderalismusreform ist auch dieser Weg noch verbaut, dass in solcher Art und Weise die Zusammenarbeit organisiert werden kann, dazu kommt auch die Frage gemeinsamer inhaltlicher Entwicklungsprojekte. Wir haben vorher über die gemeinsame Bildungskommission von Bund und Ländern auch Pilotprojekte gemeinsam in allen Bundesländern auf den Weg gebracht, zum Beispiel zur Verbesserung von mathematisch-naturwissenschaftlichen Leistungen und ähnliche Projekte. Auch das kann förderlich für die gemeinsame Schulentwicklung sein, wenn Bund und Länder in solchen Fragen in Zukunft wieder zusammenarbeiten; gemeinsame Schulentwicklungsprojekte. Dazu gehört dann auch die Frage, Finanzierungen zu sichern. Selbst wenn wir uns jetzt in allen Bundesländern einig sind über die Ganztagsentwicklung. Ich schaue einmal auf die Haushaltsentwicklung gerade in den ostdeutschen Ländern, die parallel in diesen Wochen überall diskutiert wird. Wie sollen wir denn bei sinkenden Landeshaushalten eine solche zusätzliche Aufgabe wirklich in Angriff nehmen können ohne zusätzliche Unterstützung des Bundes? Ich weiß im Moment nicht, wie man das anders auflösen soll. Deshalb glaube ich, dass es richtig ist,

dass wir die Debatte noch einmal neu beginnen: Wie ist eine vernünftige Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern in Bildungsfragen, wie können wir zu mehr gemeinsamer Entwicklung in der Bildungslandschaft kommen und wie sorgen wir dafür, dass das, was wir politisch gemeinsam wollen, auch ausreichend finanziert ist, wie können Bund und Länder in dieser Frage sinnvoll zusammenarbeiten? Insofern müssen wir in aller Offenheit an diese Frage herangehen ohne ideologische Vorfestlegungen, ohne falsches Auftrumpfen auf der Länderseite nach dem Motto, da werden uns jetzt Kompetenzen beschnitten. Es geht nicht um eine Entmachtung der Länder, es geht um eine gute gemeinsame Zusammenarbeit für gute Bildung. Ich will es auch an dieser Stelle noch einmal sagen, jetzt ist aber die Bundesministerin, die zuständig ist für Bildung und Forschung, auch gefordert, einen Gesetzentwurf auf den Tisch zu legen, der dann im Bundestag und Bundesrat besprochen werden kann. Das wird dann auch die Stelle sein, wenn ein solcher Gesetzentwurf vorliegt, an dem sich auch die Koalition in diesem Haus noch einmal zusammensetzen und die Frage stellen muss, wie gehen wir konkret mit einem solchen Gesetzentwurf um. Ich hoffe, dass wir dann bei einer gemeinsamen Position angekommen sind.

(Beifall SPD)

(Zwischenruf Abg. Sojka, DIE LINKE: Anzüglich und extrem entbehrlich.)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

In diesem Teil der Aktuellen Stunde gibt es keine weiteren Redemöglichkeiten, es sei denn, die Landesregierung meldet sich noch einmal zu Wort. Das tut sie aber nicht. Damit schließe ich den fünften Teil der Aktuellen Stunde und die Aktuelle Stunde als Ganzes.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 29** auf.

Fragestunde

Wir haben vereinbart, dass wir eine Fragestunde, also 60 Minuten, jetzt noch vor dem parlamentarischen Abend abarbeiten. Die erste Frage ist die des Herrn Abgeordneten Kuschel, Fraktion DIE LINKE, in der Drucksache 5/2579.

Abgeordneter Kuschel, DIE LINKE:

Zwischenbericht zur Vermarktung des Industriegebiets "An der A 71" in Geraberg

Der Stand der Vermarktung des Industriegebiets "An der A 71" in Geraberg wurde bereits durch die Landesregierung in der Drucksache 5/159 vom 3. Dezember 2009 dargestellt. Zwischenzeitlich sind weitere 16 Monate vergangen. Erkennbar erfolgt gegenwärtig keine Nutzung dieser erschlossenen

(Abg. Kuschel)

Industriefläche. Die Erschließungskosten lagen bei rund 6 Mio. €, die Förderung lag bei rund 5 Mio. €. Die Vermarktung der Industriefläche erfolgt durch die Landesentwicklungsgesellschaft (LEG).

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie stellt sich der gegenwärtige Stand der Vermarktung der Industriefläche "An der A 71" in Geraberg dar?
2. Welche Überlegungen gibt es hinsichtlich der künftigen Nutzung der nachgefragten Industriefläche seitens der LEG und der Gemeinde Geraberg?
3. Inwieweit soll die nachgefragte Industriefläche möglicherweise in ein Gewerbegebiet umgeplant werden, welche Voraussetzungen müssen dafür vorliegen und welche Auswirkungen hätte dies auf die gewährten Fördermittel?

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Landesregierung antwortet Staatssekretär Staschewski.

Staschewski, Staatssekretär:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich beantworte die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Kuschel für die Thüringer Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Aktuell liegen Anfragen von zwei Unternehmen vor, die ein Ansiedlungsinteresse am Standort bekundet haben. Die Verhandlungen mit einem der beiden Interessenten sind nach Aussage der LEG relativ weit fortgeschritten und lassen eine zeitnahe Ansiedlung aussichtsreich erscheinen.

Zu Frage 2: Bezüglich der derzeitigen und zukünftigen Nutzung ist der rechtsverbindliche Bebauungsplan maßgeblich, darin ist der Standort als Industriegebiet ausgewiesen. Darüber hinaus sind die Förderbedingungen und Zielstellungen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ GAW zu beachten.

Zu Frage 3: Nach Kenntnis des TMWAT und der LEG besteht seitens der Gemeinde weder die Absicht noch übrigens die Notwendigkeit, den Status des Standorts vom Industriegebiet in den eines Gewerbegebiets umzuwidmen. Umgekehrt wäre es komplizierter, weil andere Rahmenbedingungen herrschen. Auf die ausgereichte Förderung hätte eine mögliche Umwidmung keine Auswirkung, da unter zurechnungsrechtlichen Aspekten in diesem Fall nicht zwischen Industrie- und Gewerbeflächen differenziert wird.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Gibt es dazu Nachfragen? Das ist der Fall. Bitte, Herr Abgeordneter Kuschel.

Abgeordneter Kuschel, DIE LINKE:

Danke, Frau Präsidentin. Herr Staatssekretär, die Erschließung dieser Industriefläche von nicht einmal 10 Hektar hat 6 Mio. € gekostet. In 15 km Entfernung sind weitere erschlossene Industrieflächen am Erfurter Kreuz von 400 Hektar vorhanden. Ist denn der jetzige Interessent, der infrage kommt, ein Interessent, der tatsächlich eine Industriefläche benötigt, oder wäre der nicht auch in einem Gewerbegebiet unterzubringen gewesen? Wie würden Sie aus heutiger Sicht - das Industriegebiet ist schon mehrere Jahre erschlossen und ungenutzt - die damalige Entscheidung bewerten, an diesem Standort ein Industriegebiet zu schaffen? Das waren gleich zwei Fragen. Frau Präsidentin, ich bitte um Nachsicht.

Staschewski, Staatssekretär:

Ich beantworte gern die zwei Fragen. Soweit ich informiert bin, könnte auch der eine oder andere Bewerber oder Interessent sich in einem Gewerbegebiet niederlassen. Das müsste ich aber noch, um das konkret zu sagen, kann ich das auch gern noch nachreichen. Aber wir unterscheiden da ja auch nicht zwischen Gewerbe- und Industriegebiet. Also im Industriegebiet darf sich auch entsprechend selbstverständlich niederlassen, der sich sonst auch im Gewerbegebiet niederlassen kann.

Wir haben die grundsätzliche Richtungsänderung in der Landesregierung, dass wir uns konzentrieren auf großflächige Industrie- und Gewerbegebiete und hier schauen, weil es unsere Erfahrung ist, dass oftmals kleinteilige Flächen viel schlechter zu vermarkten sind, als die großflächigen. Insofern gibt es dazu schon eine veränderte Haltung.

Vizepräsidentin Hitzing:

Vielen Dank, Herr Staatssekretär. Ich rufe die Frage der Abgeordneten Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, in der Drucksache 5/2591 auf. Es antwortet für die Landesregierung das Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Verkehr, Frau Staatssekretärin Dr. Eich-Born. Bitte schön.

Abgeordnete Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Ersatzbeförderung bei Flügen auf der Linie Erfurt-München?

Die Fluglinie Erfurt-München wird durch den Freistaat Thüringen jährlich mit 2 Mio. € gefördert.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie war die Auslastung der Flüge durchschnittlich und wie war die Auslastung bei den 10 Prozent der am geringsten ausgelasteten Flüge in den letzten drei Jahren?

(Abg. Schubert)

2. Wie oft (absolut und in Prozent) fielen in den Jahren 2009 und 2010 die Flüge nach und von München aus?

3. Wie war die Auslastung der ausgefallenen Flüge durchschnittlich und bei den 10 Prozent der am geringsten ausgelasteten Flüge und wie wurden die Passagiere in diesen Fällen an ihren Zielort befördert?

4. Wurden die realen Kosten dieser Ersatzbeförderung bei der Bemessung des Zuschusses berücksichtigt? Wenn ja, wie? Wenn nein, warum nicht?

Vizepräsidentin Hitzing:

Bitte, Frau Staatssekretärin.

Dr. Eich-Born, Staatssekretärin:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordneten, die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Schubert beantworte ich für die Thüringer Landesregierung wie folgt.

Zu Frage 1: Die durchschnittliche nominale Auslastung der Flugstrecke Erfurt-München lag im Jahr 2008 bei ca. 41 Prozent, im Jahr 2009 bei ca. 33 Prozent und im Jahr 2010 bei ca. 36 Prozent. Die Auslastung bei den 10 Prozent der am geringsten ausgelasteten Flüge in den letzten drei Jahren lag bei ca. 12 Prozent.

Zu Frage 2: Im Jahr 2009 wurden von den geplanten Flügen des Luftfahrtunternehmens 30 Linienflüge, dies entspricht ca. 2 Prozent, auf der Strecke Erfurt-München nicht durchgeführt. Im Jahr 2010 wurden von den geplanten Flügen des Luftfahrtunternehmens 85 Linienflüge, dies entspricht etwa 7 Prozent, auf der Strecke Erfurt-München nicht durchgeführt.

Zu Frage 3: Dazu liegen der Landesregierung keine Informationen vor. Die Ersatzbeförderung der Passagiere ist ausschließlich Aufgabe des Luftfahrtunternehmens. Das Unternehmen muss gemäß Verordnung EG Nr. 261 aus 2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Februar 2004 im Fall der Nichtbeförderung und bei Annullierung oder großer Verspätung von Flügen für eine angemessene Ersatzbeförderung der Fluggäste sorgen oder den Flugpreis erstatten.

Zu Frage 4: Nein, die Ersatzbeförderung und die damit verbundenen Kosten sind ausschließlich Angelegenheit des Luftfahrtunternehmens. Bei Flugausfällen werden entsprechende Rückforderungen der vereinbarten Ausgleichszahlungen fällig, sofern eine Abweichung von der vertraglich geregelten Mindestleistung vorliegt und die Flugausfälle von der Fluggesellschaft zu vertreten sind.

Vizepräsidentin Hitzing:

Vielen Dank. Gibt es den Wunsch auf eine Nachfrage? Das ist nicht der Fall. Dann herzlichen Dank.

Wir kommen zur Mündlichen Anfrage der Frau Abgeordneten Dr. Klaubert für die Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/2602 und es antwortet für die Landesregierung das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur. Bitte, Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Dr. Klaubert, DIE LINKE:

Erarbeitungsstand der Theater- und Orchesterfinanzierung ab 2013

Die Thüringer Theater und Orchester bangen zunehmend um ihre Zukunft, Intendanten und Geschäftsführer geben in den Medien bereits negative Prognosen für die Entwicklung der Häuser ab, sollten die Landeszuschüsse nicht an den gestiegenen Bedarf angepasst werden. Die Landesregierung hat sich in der Vergangenheit unterschiedlich zum Zeitrahmen der notwendigen Entscheidungen geäußert.

Ich frage die Landesregierung:

1. Anhand welcher Kriterien entscheidet die Landesregierung über die zukünftige Vergabe der Fördermittel für die Theater und Orchester?

2. Gibt es Überlegungen oder konkrete Pläne, die derzeit vier Jahre umfassende Dauer der Förderperiode zu ändern?

3. Gibt es Überlegungen oder konkrete Pläne, die Gesamtförderhöhe für die Theater und Orchester zu verändern und die Finanzierung an den kommunalen Finanzausgleich zu koppeln?

4. Gibt es einen konkreten Termin, an dem die Landesregierung die Daten für die zukünftige Theater- und Orchesterfinanzierung bekannt geben wird und falls ja, wann wird das sein?

Vizepräsidentin Hitzing:

Vielen Dank. Für die Landesregierung Herr Prof. Deufel.

Prof. Dr. Deufel, Staatssekretär:

Frau Präsidentin, werte Abgeordnete des Thüringer Landtags, die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Klaubert beantworte ich namens der Landesregierung wie folgt.

Zu Frage 1: Das Thüringer Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur hat gemeinsam mit Vertretern der kommunalen Spitzenverbände und unter Hinzuziehung externen Sachverständigen innerhalb einer Arbeitsgruppe Kriterien definiert, an denen sich zukünftige Förderprioritäten für die Theater- und Orchesterfinanzierung bestimmen sollen. Dabei werden mögliche kulturpolitische, künstlerische,

(Staatssekretär Prof. Dr. Deufel)

gesellschaftliche, soziale und standortbezogene Zielsetzungen, die Standortprofile für die grundlegenden Tücken von Institutionen, also etwa überregionale Ausstrahlung, vorrangig in die Region gerichtete Ausstrahlung sowie solche Faktoren oder Kennzahlen wie die Kulturquote oder der Zuschuss pro Einwohner in den jeweiligen Trägerkommunen berücksichtigt. Die Kriterien, das darf ich der Ordnung halber anfügen, für die zukünftigen Förderprioritäten bedürfen innerhalb der Landesregierung natürlich noch einer Abstimmung.

Zu Frage 2: Über die Dauer der künftigen Förderperiode ist bisher keine Abstimmung innerhalb der Landesregierung erfolgt.

Zu Frage 3: Das Thüringer Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur befindet sich derzeit noch in Gesprächen mit den kommunalen Trägern der Theater und Orchester über deren Struktur und Finanzierung ab dem Jahr 2013. Konkrete Pläne sind innerhalb der Landesregierung noch nicht diskutiert.

Zu Frage 4: Die Landesregierung ist bemüht, die laufenden Gespräche baldmöglichst mit einer einvernehmlichen Vereinbarung der Finanzierung für die jeweiligen Einrichtungen abzuschließen.

Vizepräsidentin Hitzing:

Vielen Dank. Gibt es den Wunsch auf eine Nachfrage? Das ist der Fall.

Abgeordnete Dr. Klaubert, DIE LINKE:

Ich hätte viele Fragen, aber ich darf ja nur zwei stellen. Deswegen auf Ihre Antwort zu Frage 1 bezogen: Es gibt keine abgestimmten Kriterien für die zukünftige Vergabe von Fördermitteln für die Theater und Orchester, so dass die Arbeitsgruppe mehr oder weniger über Standards und Kulturquote philosophiert?

Die zweite Frage: Auf die Antwort auf Frage 4 bezogen: Es gibt keinen konkreten Termin? Wir hatten das ja des Öfteren, die Frage „baldmöglichst“ und „zeitnah“ ist ja ein prägender Zeitfaktor in Ihrem Hause, so dass die Theater und Orchester in die Sommerpause und damit auch in die neue Spielzeit hineingehen, ohne vorher etwas bekannt gegeben zu bekommen.

Vizepräsidentin Hitzing:

Herr Staatssekretär.

Prof. Dr. Deufel, Staatssekretär:

Waren das jetzt eine oder zwei ?

Vizepräsidentin Hitzing:

Das waren beide Fragen.

Prof. Dr. Deufel, Staatssekretär:

Frau Klaubert, Sie haben mir da an Erfahrungen viel voraus, aber ich muss dann doch noch mal versuchen, Ihnen die Abfolge der Abstimmung zu Entscheidungsprozeduren innerhalb der Landesregierung, damit meine ich die gesamte Landesregierung, darzustellen. Selbstverständlich, ich habe Ihnen dargestellt, auf der Basis welcher Kriterien wir in den jetzt laufenden Verhandlungen mit den Trägern der Theater und Orchester in die Fördersystematik einsteigen. Die Befassung der Landesregierung mit dem, was dort verhandelt ist, kann erst erfolgen, wenn diese Verhandlungen zu Ende geführt und wir das, was wir verhandelt haben, der Landesregierung zur Abstimmung und Beschlussfassung vorlegen. Zu diesem Zeitpunkt werden wir selbstverständlich auch die Kriterien innerhalb der Landesregierung zu diskutieren und abzustimmen haben. Insofern kann ich Ihr Erstaunen über meine Antwort jetzt nicht wirklich verstehen, weil eines völlig klar ist, wir haben uns über die Kriterien verständigt, die wir brauchen, um zu verhandeln, und wir verhandeln und wir sind mitten in diesen Verhandlungen. Das ist meine Überleitung zur Frage 2, was den Prozess von Verhandlungen betrifft, wird man eins sicher nicht tun: Während man hier miteinander verhandelt, öffentlich ständig Verhandlungspositionen, Termindrucke und ähnliche Dinge hier auszubreiten. Wir sind hier, das muss ich an der Stelle auch sagen, bei aller gemeinsamen Verantwortung für die Entwicklung der Thüringer Theater und Orchester, die das Land und die Träger prägt, natürlich auch auf zwei verschiedenen Seiten. Jeder muss - ich sage es mal etwas platt - die Hand auf der Tasche halten und ich werde mich hier sicher nicht dazu verleiten lassen, aus diesen, wie gesagt, aus meiner Sicht sehr konstruktiven, aus meiner Sicht an wenigen Stellen wirklich fundamental problembehafteten Verhandlungen hier Details darzulegen, die unsere Verhandlungsposition sicher nicht stärken können.

(Zwischenruf Abg. Klaubert, DIE LINKE: Zielzeit war mal März.)

Verhandlungen werden nicht dadurch besser, dass man sie unter Zeitdruck stellt. Wir werden, das garantiere ich Ihnen, ein zufriedenstellendes Ergebnis so rechtzeitig erhalten - Sie wissen, dass die Verträge dieses Jahr und im Jahr 2012 noch fortgelten -, dass die Theater ordentlich damit planen und arbeiten können.

Vizepräsidentin Hitzing:

Wir haben den Wunsch auf eine weitere Nachfrage. Frau Abgeordnete Sojka bitte.

Abgeordnete Sojka, DIE LINKE:

Passen Sie eigentlich die noch nicht zu Ende abgestimmten Kriterien den Verhandlungsergebnissen an oder ist es nicht umgedreht so, dass die Kriterien Grundlage für Verhandlungen sind und können sich dann die Träger darauf verlassen, dass die Verhandlungsergebnisse für die nächsten vier Jahre dann auch Ergebnis sind?

Prof. Dr. Deufel, Staatssekretär:

Frau Abgeordnete Sojka, ich habe den Prozess der Verhandlungen dargestellt, um festzuhalten, unser Haus, wie das auch in der Vergangenheit regelhaft so erfolgt ist, führt diese Verhandlungen zu einem Ergebnis. Selbstverständlich werden Sie uns zubilligen wollen, dass wir nicht nur Interesse daran haben, sondern auch die Verhandlungen so führen werden, dass wir dieses Ergebnis in der Landesregierung auch zu einer zielführenden Beschlussfassung führen können. Das, denke ich, ist in allen anderen Aktivitäten innerhalb der Regierung in ähnlicher Weise üblich.

Vizepräsidentin Hitzing:

Und jetzt kommt die letzte Frage zu dieser Frage Nummer 3.

Abgeordneter Blechschmidt, DIE LINKE:

Ich werde mal die Hoffnung vorwegschieken, dass ich vielleicht eine Antwort bekomme. Bisher ist es zumindest im Bereich des Nichtbeantwortens für mich. Aber dennoch, ich knüpfe noch einmal an meine Vorfragestellerin an, die gesagt hat, normalerweise geht man in Verhandlungen hinein, indem man Eckpunkte hat, ob das eine Linie ist, zu sagen, wir streben Kooperation an, Fusionen oder wir machen Kürzungen in Größenordnungen von 10 Mio. - wie auch immer. Das scheint zumindest jetzt Ihre Position zu sein, sich nicht zu äußern, was der Ausgangspunkt dieser Frage ist.

Dennoch - und jetzt meine Fragestellung - wie sollen die kommunalen Einrichtungen und Träger ihre entsprechenden Planungen vornehmen, wenn, und damit verbunden ihre eigenen Positionen, im Grunde genommen entsprechende Richtlinien, Konzepte, Vorgaben Ihrerseits zumindest nicht vorhanden sind?

Prof. Dr. Deufel, Staatssekretär:

Ich werde immer gern sorgfältig zitiert und ich habe das, was Sie gerade sagten, nicht so gesagt. Ich habe nicht gesagt, dass wir keine Konzepte haben, ich habe dies auch zu keinem Zeitpunkt sagen können, weil es nicht stimmt, dass wir denen, mit denen wir verhandeln, die Grundlagen, auf denen wir verhandeln, nicht kommuniziert haben. Ich werde

nur eines nicht tun, ich werde nicht hier und ich werde auch anderswo nicht unsere Verhandlungspositionen veröffentlichen, die Gegenstand vertraulicher Verhandlungen mit Trägern sind. Dass andere das tun, um ihre Verhandlungspositionen vermeintlich aufzubessern, das kann ich nicht ändern, das gehört zum Geschäft. Ich werde es nicht tun. Das wird auch nicht zielführend sein. Tatsache ist, wir sind in laufenden vertrauensvollen Verhandlungen mit den Trägern. Das wird Ihnen jeder Träger so bestätigen können und wir sind in diesen Verhandlungen durchaus mit - aus unserer Sicht - wohl begründeten und wohl strukturierten Positionen aufgetreten und es ist das natürliche Geschick von Verhandlungen, dass man sich anfangs nicht einigen kann, aber dass man sich am Ende einigen soll. Genau dabei sind wir gerade.

Vizepräsidentin Hitzing:

Vielen Dank, Herr Staatssekretär. Ich komme zur Mündlichen Anfrage der Frau Abgeordneten König für die Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/2631 und es antwortet für die Landesregierung das Innenministerium. Bitte, Frau Abgeordnete König.

Abgeordnete König, DIE LINKE:

Danke, Frau Präsidentin.

Geplante Änderung des Glücksspielstaatsvertrags

Am 6. April 2011 hat sich die Ministerpräsidentenkonferenz in Berlin über eine Änderung des Glücksspielstaatsvertrags verständigt. Einem Bericht der Süddeutschen Zeitung vom 8. April 2011 ist zu entnehmen, dass dieser Staatsvertrag in der Neufassung Internetsperren als Sanktionsmechanismus enthalten soll. Mehreren Veröffentlichungen in Internetblogs und -foren zufolge, soll insbesondere durch Bestimmungen in § 9 eine Sperrung des Zugangs zu unerlaubten Angeboten und damit eine Einschränkung des Grundrechts des Fernmeldegeheimnisses möglich sein.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Position vertritt die Landesregierung zu Internetsperren und wie begründet sie diese?
2. Wie bewertet die Landesregierung die Haltung der Bundesregierung, auf Netzsperrungen generell zu verzichten und stattdessen auf den Grundsatz "Löschen statt Sperren" zu bauen?
3. Teilt die Landesregierung die Ansicht, dass im Entwurf des Glücksspielstaatsvertrags Internetsperren als Sanktionsmittel enthalten sind? Wenn nein, warum nicht?
4. Sind im Entwurf des Glücksspielstaatsvertrags Regelungen enthalten, die auf eine Überwachung der Inhalte des Netzverkehrs abzielen, um in

(Abg. König)

Deutschland nicht konzessionierte Glücksspielangebote zu unterbinden?

Vizepräsidentin Hitzing:

Herr Staatssekretär Rieder bitte.

Rieder, Staatssekretär:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrte Damen und Herren Abgeordneten, namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage der Abgeordneten König wie folgt.

Zu Frage 1: Ziel der Regelung des § 9 Abs. 1 Nr. 5 des Staatsvertragesentwurfs ist es, unerlaubte Glücksspielangebote zu untersagen. Damit dient die Bestimmung den Zielen des Staatsvertrags, die insbesondere darauf abzielen, Spiel- und Wettsucht zu verhindern und den Jugend- und Spielerschutz zu gewährleisten.

Zu Frage 2: Mit der Frage werden Sachverhalte miteinander verglichen, die schlichtweg nicht vergleichbar sind.

Zu Frage 3: Durch § 9 Abs. 1 Nr. 5 des Entwurfs kann Diensteanbietern im Sinne des Telemediengesetzes, insbesondere Zugangsprovidern, die Mitwirkung am Zugang zu unerlaubten Glücksspielangeboten untersagt werden. Diese Regelung entspricht der bisherigen Rechtslage.

Zu Frage 4: Ich verweise auf die Antwort zu Frage 3.

Vizepräsidentin Hitzing:

Danke. Es gibt den Wunsch auf eine Nachfrage oder sind es gleich zwei?

Abgeordnete König, DIE LINKE:

Ich mache erst einmal eine. Das ist eigentlich auch keine Nachfrage. Ich bitte Sie, meine Frage 1 zu beantworten. Da ging es nicht darum, was in § 9 des Glücksspielstaatsvertrags steht, sondern darum, welche Position die Landesregierung zu Internetsperren vertritt und wie sie diese begründet. Also es ist keine Nachfrage, sondern ich fordere Sie auf, meine Frage zu beantworten.

Vizepräsidentin Hitzing:

Moment, ich muss das ganz kurz klären. Die Art und Weise, wie die Frage beantwortet wird, das können wir natürlich nicht beeinflussen. Es ist eine Zusatzfrage, Frau Abgeordnete König.

Abgeordnete König, DIE LINKE:

Gut, dann nehme ich sie als Zusatzfrage. Dann möchte ich aber trotzdem noch erklären, dass ich es grundsätzlich schon gut finden würde, wenn sei-

tens des Innenministeriums zumindest in der Antwort in gewissen Teilen auch auf die Fragestellung als solche eingegangen wird und nicht ein anderer Sachverhalt beantwortet wird.

Rieder, Staatssekretär:

Ja, ich nehme gern Stellung zu Ihrer Zusatzfrage, Frau Abgeordnete König. In Rede steht - und das ist auch die Vorbemerkung zu Ihrer Mündlichen Anfrage - der Glücksspielstaatsvertrag im Entwurf. Dazu habe ich Stellung genommen. Ich sehe keine Veranlassung, generell jetzt hier die Position der Landesregierung zu Internetsperren darzulegen.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es gibt eine weitere Nachfrage durch die Fragestellerin.

Abgeordnete König, DIE LINKE:

Heißt das, dass die Landesregierung a) keine Position zu Internetsperren hat oder b) dass Sie nicht bereit sind, diese Position dem Landtag mitzuteilen?

Rieder, Staatssekretär:

Das heißt, dass die Landesregierung differenziert. Zur Differenzierung gehört, dass man Internetsperren oder Internetlöschen im Bereich der Kinderpornographie nicht vergleichen kann mit der Sachlage, so wie sie hier in Rede ist.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Aus der Mitte des Hauses gibt es noch die Möglichkeit für zwei Fragen. Herr Abgeordneter Meyer, Sie zuerst.

Abgeordneter Meyer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Aus Sicht des Rundfunkgesetzes kann man das sehr wohl vergleichen. Ich würde gern wissen - das wäre meine Frage -, welche Ministerien eigentlich bei dieser Antwort beteiligt sind, zum Beispiel des Kultusministerium und die Staatskanzlei?

Rieder, Staatssekretär:

Es gehört zum guten Gebrauch und zur Geschäftsordnung innerhalb der Landesregierung, dass solche Antworten mit allen relevanten Ministerien und der Staatskanzlei abgestimmt werden.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Meyer, Sie haben noch eine Fragemöglichkeit.

Abgeordneter Meyer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Das heißt, es bleibt bei Ihrer Antwort, dass die Landesregierung differenziert bei der Frage, wann Netzsperrern sinnvoll sind oder nicht?

Rieder, Staatssekretär:

Die Landesregierung differenziert immer nach dem Regelungskomplex. So nehme ich hier jetzt Stellung zu der Frage des § 9 Abs. 1 Nr. 5 des Staatsvertragsentwurfs.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Die Fragemöglichkeiten zu dieser Frage sind jetzt erschöpft. Ich rufe die fünfte Frage auf. Es ist die Frage der Frau Abgeordneten Hennig, Fraktion DIE LINKE, in der Drucksache 5/2637. Trägt die Frage jemand vor? Das ist jetzt der Fall, Frau Abgeordnete Berninger trägt die Frage vor.

Abgeordnete Berninger, DIE LINKE:

Entschuldigen Sie bitte, Frau Präsidentin.

Problem der Fremdsprachenabschlüsse für Quereinsteiger in der Erzieherausbildung

Die dreijährige Ausbildung zum staatlich geprüften Erzieher an den Thüringer Fachschulen wird nicht nur aktuellen Schulabgängern, sondern auch Personen aus anderen Berufsgruppen mit längeren Berufsbiographien angeboten. Hintergrund ist, dass in den kommenden Jahren in den Erzieherberufen ein erheblicher Fachkräftemangel bemerkbar wird.

Teil des Fachschulstudiums ist auch eine Sprachausbildung, wobei in der Regel an den Fachschulen neben Englisch keine weitere Fremdsprache angeboten wird. Für Personen, die - meist mit einer bereits in der DDR abgeschlossenen Schullaufbahn - nicht über Vorkenntnisse in Englisch verfügen, etwa weil sie nur in Russisch und Französisch unterrichtet wurden, wird in der Studienordnung zusätzlich zum normalen Unterrichtsablauf im Rahmen der Abschlussprüfungen eine besondere Leistungsfeststellung verlangt. Diese Tatsache stellt in einer Anzahl von Fällen eine Hürde dar, die den sonst erfolgreichen Abschluss der Erzieherausbildung bedrohen kann.

Susanne Hennig fragt die Landesregierung:

1. Warum wird keine Möglichkeit geschaffen, etwa im Rahmen einer verdichteten FeriENAusbildung mehrerer Ausbildungseinrichtungen, einen fachschuladäquaten Abschluss in einer anderen Fremdsprache als Englisch zu erwerben?

2. Wenn dies nicht möglich ist, warum wird für die betreffenden Personen ohne sprachliche Vorkenntnisse nicht zumindest vor Beginn der Ausbildung ein Sprachintensivkurs angeboten?

3. Wie wird das Problem in anderen Bundesländern gehandhabt?

4. Wie beurteilt die Landesregierung das Problem im Hinblick darauf, dass es sowohl aus der Sicht der Betroffenen, die die Ausbildung zum staatlich geprüften Erzieher oft wesentlich aus eigenen Mitteln bestritten haben, sowie darauf, dass der Freistaat einem wachsenden Bedarf an ausgebildeten Erzieherinnen und Erziehern gegenübersteht, und welche Schritte wird sie unternehmen, um hier gute Lösungen zu erreichen?

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Landesregierung antwortet Herr Staatssekretär Prof. Merten.

Prof. Dr. Merten, Staatssekretär:

Hochverehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Frau Hennig, vorgebracht durch Frau Abgeordnete Berninger, beantworte ich namens der Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Für die Schaffung einer anderen Möglichkeit besteht kein Bedarf, da nur ein sehr geringer Teil der Bewerber nicht über Vorkenntnisse in Englisch verfügt.

Zu Frage 2: Für die Einrichtung eines Sprachintensivkurses besteht kein Bedarf. Im Übrigen können die Bewerberinnen, zumindest die anstehenden Kandidatinnen auch entsprechende Kenntnisse an den Volkshochschulen erwerben.

Zu Frage 3: Zur Handhabung in anderen Bundesländern liegen der Landesregierung keine Erkenntnisse vor.

Zu Frage 4: Mit dem Inkrafttreten des neuen Thüringer Kindertageseinrichtungsgesetzes ist ein zusätzlicher Fachkräftebedarf entstanden. Aktuelle Erhebungen zeigen - der Herr Minister hat das vorhin bereits ausgeführt -, dass in Thüringen in der Fachrichtung Sozialpädagogik ausreichend Bewerber und Ausbildungsplätze vorhanden sind. Derzeit bilden 10 staatliche Schulen und 14 Schulen in freier Trägerschaft in der Schulform Fachschule im Fachbereich Sozialwesen aus. Das bedeutet, in den kommenden Jahren steigt die Zahl der Absolventen weiter an, die die Erzieherausbildung beenden und dem Arbeitsmarkt dann zur Verfügung stehen werden.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es gibt keine weiteren Nachfragen dazu, so dass ich die nächste Frage aufrufe. Es ist die der Frau Abgeordneten Leukefeld, Fraktion DIE LINKE in Drucksache 5/2638.

Abgeordnete Leukefeld, DIE LINKE:

Danke, Frau Präsidentin.

Gutachten zu Funktional- und Gebietsreform (II)

In der 29. Sitzung des Thüringer Landtags am 8. September 2010 habe ich diese Mündliche Anfrage gestellt, die mir damals nicht beantwortet werden konnte. Ich stelle die Fragen erneut, weil in der Öffentlichkeit die Frage nach einer Gebietsreform und in diesem Zusammenhang nach der Perspektive der kreisfreien Stadt Suhl gestellt wird. Der Stadtrat Suhl hat dazu am 24. März 2010 eine Erklärung verabschiedet, diese der Ministerpräsidentin übermittelt und die Landesregierung zum Handeln aufgefordert. In einem Antwortschreiben vom 21. April 2010, unterzeichnet vom damaligen Minister der Staatskanzlei Herrn Schöning, wird darauf verwiesen, „dass die Landesregierung im Lichte der demographischen Entwicklung, der allgemeinen Haushaltsentwicklung und vor dem Hintergrund der Degression des Solidarpakts II durch unabhängige Gutachter prüfen lässt, ob, in welchem Umfang und in welchem Zeitrahmen eine Funktional- und Gebietsreform zu Einsparungen und Effizienzgewinnen auf kommunaler Ebene und im Landeshaushalt führt. In Auswertung des Gutachtens wird die Landesregierung dann eine Entscheidung über weitergehende Maßnahmen treffen.“

Ich frage die Landesregierung:

1. An wen wurde die Erstellung des Gutachtens vergeben und bis wann soll es vorliegen?
2. Was sind die entscheidenden inhaltlichen Kriterien, nach denen das Gutachten erstellt werden soll, insbesondere bezüglich der Perspektive der kreisfreien Stadt Suhl?
3. Wie wird die Landesregierung nach Kenntnisnahme und Auswertung des Gutachtens die weitere Herangehensweise an eine Funktional- und Gebietsreform in Verbindung mit den kommunalen Gebietskörperschaften gestalten?
4. Wann ist mit einer Position der Landesregierung in dieser Frage zu rechnen?

Danke schön.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Landesregierung antwortet Staatssekretär Rieder.

Rieder, Staatssekretär:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Leukefeld beantworte ich, indem ich die Antworten zu den Fragen 1 bis 4 wie folgt zusammenfasse:

Im Januar 2011 vereinbarte der Koalitionsausschuss eine Konkretisierung und Erweiterung des zu vergebenden Auftrags zur Prüfung möglicher Einsparungen und Effizienzgewinne auf kommunaler Ebene und im Landeshaushalt durch eine Funktional- und Gebietsreform. Auf dieser geänderten Grundlage bereitet die Landesregierung gegenwärtig die Umsetzung des Prüfauftrags vor. In dem Gutachten sollen die Funktional- und Gebietsstrukturen in Thüringen sowie die entsprechenden Entwicklungen der anderen Bundesländer umfassend und tiefgründig analysiert werden. Dies schließt selbstverständlich die Betrachtung von Entwicklungsmöglichkeiten der kreisfreien Städte im Freistaat Thüringen ein.

Über die weiteren von Ihnen erfragten Sachverhalte hat sich die Landesregierung noch keine abschließende Meinung gebildet. Ich versichere Ihnen jedoch, dass die Landesregierung den Landtag selbstverständlich zu gegebener Zeit über die Ergebnisse des Gutachtens unterrichten wird.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Dazu gibt es Nachfragen.

Abgeordnete Leukefeld, DIE LINKE:

Ich konstatiere, dass seit dem Antwortschreiben vom 21. April 2010 nichts passiert ist und möchte dennoch fragen, ob es denn durch die Landesregierung zumindest den Entwurf einer Aufgabenstellung für eine mögliche Ausschreibung bzw. eine Auftragserteilung an ein Gutachten gibt und welche Inhalte möglicherweise in diesem Auftrag, in dieser Aufgabenstellung formuliert sind?

Rieder, Staatssekretär:

Ich nehme gern dazu Stellung: Die Details werden gerade noch abgestimmt und ich gehe davon aus, dass das Verfahren zur Auftragserteilung in Kürze eingeleitet werden kann.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es gibt noch eine Nachfrage.

Abgeordnete Leukefeld, DIE LINKE:

Herr Staatssekretär, der Innenminister hat zugesagt, dass er in der Stadtratssitzung im Juni auftreten wird in Suhl. Kann man davon ausgehen, dass dort Näheres dazu gesagt werden kann, wenn Sie sagen, in Kürze wird der Auftrag erteilt?

Rieder, Staatssekretär:

Wenn der Termin Ende Juni ist, ja.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es gibt keine weiteren Nachfragen. Ich rufe nun die Anfrage der Frau Abgeordneten Stange, Fraktion DIE LINKE, in der Drucksache 5/2661 auf. Frau Stange ist krank, es wird die Frage der Abgeordnete Kubitzki vortragen.

Abgeordneter Kubitzki, DIE LINKE:**Max-Zöllner-Stiftung**

Die Max-Zöllner-Stiftung wurde 2004 durch den Freistaat Thüringen, die Stadt Weimar und Behindertenvereine und -verbände errichtet. Zweck der Stiftung sind die Betreuung, Förderung und Bildung blinder, sehbehinderter, schwerhöriger, gehörloser und taubblinder Menschen in Thüringen. Der Vorstand der Stiftung ist momentan besetzt von je einem Vertreter der Vereine und Verbände der Sinnesbehinderten und der Stadt Weimar; der Sitz des Thüringer Ministeriums für Soziales, Familie und Gesundheit im Vorstand ist derzeit unbesetzt.

Frau Stange fragt die Landesregierung:

1. Wie hat der Stiftungsrat das eine Mitglied des Vorstands gewählt (§ 7 Abs. 1 Satz 6 der Stiftungssatzung) und wie wurden dabei die Interessen der Vereine und Verbände der Sinnesbehinderten berücksichtigt? Zur Erklärung: Zwei Mitglieder werden bestellt und ein Mitglied wird vom Stiftungsrat gewählt.
2. Inwieweit ist die durch Satzung festgelegte Aufgabenwahrnehmung des Vorstandes bei einer unvollständigen Besetzung gefährdet?
3. Aus welchen Gründen ist der Vorstandssitz der Stiftung des Thüringer Ministeriums für Soziales, Familie und Gesundheit noch unbesetzt?
4. Wann und durch wen wird der Vorstand der Stiftung durch das Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit besetzt?

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Landesregierung antwortet Staatssekretär Dr. Schubert.

Dr. Schubert, Staatssekretär:

Frau oder Herr Präsident, das weiß ich gerade nicht, das kann ich mir aussuchen. Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Stange, vorgetragen durch den Abgeordneten Kubitzki, wie folgt:

Bevor ich auf die einzelnen Fragen eingehe, möchte ich vorweg darauf hinweisen, dass die Max-Zöllner-Stiftung keine Stiftung des Landes oder des öffentlichen Rechts ist. Sie ist eine Stiftung bürgerlichen Rechts. Auskunft und Bericht über Stiftungs-

angelegenheiten sind deshalb nur im Rahmen der stiftungsrechtlichen Bestimmungen unter Beachtung der privatrechtlichen Struktur möglich. Zudem wurde das Errichtungsgeschäft - anders als in der Anfrage dargestellt - allein von der Stadt Weimar vollzogen. An der Wiederbelebung der Stiftung haben die Vereine und Verbände der Sinnesbehinderten ebenso wie das Land maßgeblich mitgearbeitet, ohne jedoch formal am Errichtungsgeschäft selbst beteiligt zu sein. Ich komme jetzt zu den einzelnen Fragen.

Zu Frage 1: Die Max-Zöllner-Stiftung ist, wie bereits ausgeführt, eine Stiftung bürgerlichen Rechts. Sitzungen ihrer Gremien und insbesondere Wahlen unterliegen strenger Vertraulichkeit. Eine direkte Beantwortung ist deshalb nicht möglich. Allerdings ist es ja gerade selbstverständlich Aufgabe der Stiftung, für die Interessen der Vereine und Verbände der Sinnesbehinderten einzustehen, ihnen eine gemeinsame und tatkräftige Institution zu sein. Dies gilt selbstredend auch für die interne Struktur und wird eng durch die Stiftungsaufsicht begleitet. Beanstandungen sind uns nicht bekannt.

Zu Frage 2: Die Erfüllung der satzungsgemäßen Vorgaben war und ist zu keinem Zeitpunkt gefährdet. Der Vorstand ist handlungsfähig, weil die Vertretung der Stiftung nach § 7 Abs. 4 der Satzung ohnehin durch zwei Vorstandsmitglieder erfolgt. Darüber hinaus hat die Stiftung ihre bisherige rein ehrenamtliche Struktur durch die Bestellung einer hauptamtlichen Geschäftsführung seit Mai 2011 den Anforderungen an die Stiftungsarbeit angepasst.

Zu Fragen 3 und 4 gemeinsam: Das Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit ist im Stiftungsrat mit zwei Personen vertreten. Frau Kolb als eine der beiden von uns benannten Vertreterinnen ist zudem Vorsitzende des Stiftungsrats und nimmt auch immer beratend an den Sitzungen des Vorstandes teil. Frau Matzky, eine Mitarbeiterin aus unserem Haus, als weitere Vertreterin ist als Juristin in der Behindertenpolitik in der zuständigen Fachabteilung des TMSFG tätig. Das TMSFG nimmt durch beide Stiftungsratsmitglieder seine Verantwortung in der Stiftung kontinuierlich wahr. Das zuletzt für den Stiftungsvorstand durch das TMSFG benannte Vorstandsmitglied konnte im vergangenen Jahr diese ehrenamtliche Funktion aufgrund eines neuen beruflichen Wirkungsfeldes nicht mehr wahrnehmen. In diesem Zusammenhang muss der bisherige erhebliche Zeitaufwand für den ausschließlich im Ehrenamt tätigen Vorstand erwähnt und beachtet werden. Nahezu wöchentlich fanden mehrstündige Sitzungen zur Bewältigung der Vorstandsgeschäfte statt. Vor diesem Hintergrund war uns eine Neubesetzung trotz vielfältiger Bemühungen nicht möglich. Angesichts der beschriebenen veränderten Arbeitsstruktur der Stiftung aufgrund der Einstellung eines hauptamtlichen

(Staatssekretär Dr. Schubert)

Geschäftsführers wird angestrebt, im ersten Halbjahr dieses Jahres eine Benennung des vakanten Sitzes durch das TMSFG durchzuführen. Danke.

Vizepräsident Gentzel:

Es gibt eine Nachfrage durch den Abgeordneten Meyer.

Abgeordneter Meyer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Staatssekretär, vielen Dank für die Antwort. Könnten Sie uns vielleicht auch im Zusammenhang mit der Frage der Besetzung der Sitze durch das Ministerium eine Einschätzung darüber geben, ob die Art und Weise, in der die Stiftung ihre Aufgaben wahrnimmt, mit den Zielen und Absichten des Ministeriums oder, sagen wir, der Landesregierung allgemein übereinstimmt, besonders wenn es um die Förderung von Jugendlichen und Kindern mit einer Behinderung geht?

Dr. Schubert, Staatssekretär:

Wir haben uns mit der Stiftungsaufsicht zusammengesetzt und haben uns dort unterhalten, ob die Stiftung erst einmal satzungsgemäß arbeitet. Das konnte bestätigt werden. Da gibt es keinerlei Beanstandungen. Ich denke, dass die Stiftung sehr wohl ihre Aufgaben wahrnimmt. Vor allem der Vorstand Herr Hasenbeck ist sehr engagiert und entwickelt Projekte. Die Umsetzungen sind dann natürlich immer noch die Frage, ob sie auch realistisch sind. Aber ich glaube, dass das eine sehr engagierte Stiftung ist und gerade mit dem Vorsitzenden des Vorstandes dort engagiert gearbeitet wird im Sinne der Behindertenverbände.

Vizepräsident Gentzel:

Es gibt eine weitere Nachfrage durch den Abgeordneten Meyer.

Abgeordneter Meyer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Nun haben Sie bereits zum zweiten Mal dargelegt, dass die Stiftung im Sinne der Behindertenverbände arbeitet. Das halte ich grundsätzlich für eine Fehlinterpretation. Das ist nicht Stiftungsaufgabe. Sie soll nämlich meiner Ansicht nach im Sinne der Behinderten arbeiten, der Blinden und Tauben, und nicht im Sinne deren Verbände, was einen großen Unterschied darstellt. Aber das ist nicht meine Frage. Sie kennen selbst die Konflikte zwischen einzelnen Verbänden. In der Vergangenheit ist das durchaus bei der Zöllner-Stiftung auch ein Thema gewesen. Das ist aber nicht meine Frage. Meine Frage geht dahin, ob Sie einschätzen können, dass beispielsweise auch das Kultusministerium diese Einschätzung teilt, dass die Art und Weise, wie die

Stiftung ihre Projekte für behinderte Menschen, besonders Kinder und Jugendliche, ausfüllt, mit den Zielen und Absichten des Kultusministeriums in Einklang steht oder nicht.

Dr. Schubert, Staatssekretär:

Erst einmal möchte ich das zurückweisen, dass die Verbände nicht im Sinne der ihnen angehörigen Mitglieder tätig sind. Zum Zweiten kann ich nicht einschätzen, wie das Kultusministerium das einschätzt, da müssten Sie dann entweder direkt das Kultusministerium anfragen oder wir müssten es nachreichen. Ich glaube, das ist eine Frage, die Sie direkt an das Kultusministerium richten können.

Vizepräsident Gentzel:

Danke, Herr Staatssekretär. Ich rufe die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Sojka von der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/2677 auf.

Abgeordnete Sojka, DIE LINKE:

Erhöhung der Kita-Gebühren in Bad Lobenstein

Am 12. April 2011 hat der Stadtrat der Stadt Bad Lobenstein mehrheitlich eine Erhöhung der Kita-Gebühren beschlossen. In der Begründung der Beschlussvorlage ist ausgeführt worden, dass die Erhöhung erforderlich sei, da sich das Land entgegen früherer Aussagen nicht an den Mehrkosten des neuen Kita-Gesetzes beteiligen würde. Die Elternvertretungen sollen vor der Beschlussfassung nicht beteiligt worden sein, obwohl das Kita-Gesetz eine Anhörung erfordert.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Auffassung vertritt die Landesregierung zu der in der Beschlussvorlage aufgeführten Begründung, dass das Land die Mehrkosten infolge der Neuregelungen des Kita-Gesetzes nicht tragen würde?

2. Welche Auswirkungen hätte die Auffassung der Landesregierung zu Frage 1 auf die Informationspolitik des Bürgermeisters gegenüber dem Stadtrat und dem gefassten Beschluss zur Erhöhung der Kita-Gebühren?

3. In welcher konkreten Höhe entstehen der Stadt Bad Lobenstein im Jahr 2011 Mehrkosten im Zusammenhang mit den Neuregelungen des Kita-Gesetzes und in welcher konkreten Höhe trägt das Land diese Mehrkosten?

4. Inwieweit stellt die unterlassene Anhörung der Elternvertretung einen Rechtsverstoß dar und welche Auswirkungen hat dieser Rechtsverstoß auf die Wirksamkeit der Erhöhung der Kita-Gebühren und wie begründet die Landesregierung ihre Auffassung?

Vizepräsident Gentzel:

Für die Landesregierung antwortet das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, in diesem Fall Herr Staatssekretär Prof. Merten.

Prof. Dr. Merten, Staatssekretär:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren Abgeordneten, die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Frau Sojka beantworte ich namens der Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Das Land kommt seinen Verpflichtungen aus der Umsetzung des neuen Thüringer Kindertageseinrichtungsgesetzes vollständig nach. Das neue Gesetz ist ausfinanziert. Das Land übernimmt alle damit verbundenen Mehrkosten. Das hat Herr Minister Matschie heute bereits in der Aktuellen Stunde auch sehr differenziert und sehr detailliert ausgeführt. Ich kann das hier nur noch einmal wiederholen.

Zu Frage 2: Die Kindertagesbetreuung ist den Kommunen als Pflichtaufgabe im eigenen Wirkungskreis zugewiesen. Dementsprechend unterliegt die Erhebung von Elternbeiträgen ausschließlich dem Selbstverwaltungs- und Satzungsrecht der Kommunen. Die Kommune hat zu entscheiden, ob die kommunale Haushalts- und Wirtschaftsführung insgesamt eine Erhöhung von Elternbeiträgen erforderlich macht.

Zu Frage 3: Welche konkreten Mehrkosten der Stadt Bad Lobenstein im Jahr 2011 im Zusammenhang mit dem Kindertageseinrichtungsgesetz entstehen, ist davon abhängig, wie viele Kinder in welchen Altersstufen in den Kindertageseinrichtungen der Stadt Bad Lobenstein seit dem 1. Januar 2011 betreut werden und wie viele noch bis zum 31. Dezember 2011 betreut werden. Danach bemisst sich der Bedarf an pädagogischen Fachkräften. Insofern verweise ich jetzt noch mal auf meine Ausführungen zu Frage 1.

Zu Frage 4: Das Fachgesetz, hier § 10 Abs. 2 Nr. 7 Thüringer Kindertageseinrichtungsgesetz, schreibt eine Anhörung des Elternbeirats vor. Diese Regelung gilt für unmittelbar bevorstehende Änderungen der Rahmenbedingungen in der Kindertageseinrichtung. Sie hat keine Auswirkung auf die Beschlussverfahren nach der Thüringer Kommunalordnung. Der Stadtratsbeschluss wirkt sich nur mittelbar auf die Rahmenbedingungen der Kindertageseinrichtung aus. Die Folgen des Rechtsverstößes werden durch die Rechtsaufsichtsbehörde derzeit noch geprüft. Die Kindertageseinrichtungsgebührensatzung kann mittelbar über den Weg des Widerspruchsverfahrens bzw. des Verwaltungsgerichtsverfahrens überprüft werden.

Vizepräsident Gentzel:

Es gibt eine erste Nachfrage durch die Fragestellerin.

Abgeordnete Sojka, DIE LINKE:

Die Rechtsaufsichtsbehörde des Landratsamts Saale-Orla-Kreis hat geprüft und hat schriftlich mitgeteilt, dass es sich um ein begrenztes Anhörungsrecht handelt. Das sei nicht so weit gefasst, dass eine fehlende Anhörung zur Rechtswidrigkeit des Beschlusses führen würde. Wenn der Gesetzgeber dies gewollt hätte, hätte er deutlicher zum Ausdruck gebracht, dass der Beschluss der Träger oder die Beteiligung des Elternbeirats nicht gefasst werden dürfte. Verstehe ich demzufolge Ihre Ausführungen richtig, ob ein Elternbeirat existiert oder nicht und ob er angehört wird oder nicht ist letztlich für die Umsetzung von Beitragserhöhungen irrelevant?

Prof. Dr. Merten, Staatssekretär:

Werte Frau Abgeordnete Sojka, mir liegt hier der Beschluss des Rechnungsamtes des Saale-Orla-Kreises nicht vor. Infolgedessen nehme ich das gern zur Kenntnis. Meine Ausführungen waren etwas andere als Sie das zum Schluss interpretiert haben.

Vizepräsident Gentzel:

Ich sehe keine weiteren Nachfragen. Danke, Herr Staatssekretär. Ich rufe die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Jung von der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/2685 auf.

Abgeordnete Jung, DIE LINKE:

Und es geht wieder um Kitas.

Finanzielle Absicherung der Erfüllung gesetzlicher Pflichtaufgaben - insbesondere im Bereich des Thüringer Kindertageseinrichtungsgesetzes (Thür-KitaG)

Auf einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung und des Thüringer Landeselternverbandes Kindertagesstätten am 5. Mai 2011 stellte der Thüringer Bildungsminister Christoph Matschie erneut fest, dass die gesamten Mehrkosten, die durch die Novellierung des Thüringer Kita-Gesetzes entstehen, vom Land ausfinanziert seien. Aufgrund der Finanzarchitektur des Kommunalen Finanzausgleichs (KFA) hätten nun einige Kommunen Finanzierungslücken bei ihren Kitas und würden die Elterngebühren erhöhen.

Das Problem seitens des Landes bestünde darin, dass nur ein Teil der Kosten direkt finanziert werden dürfe. Das Thüringer Verfassungsgericht habe das Land verpflichtet, maximal die Hälfte der Mittel, die den Kommunen über den KFA zugewiesen wer-

(Abg. Jung)

den, mit einer Zweckbindung zu versehen. Auch sei es dem Ministerium verwehrt, diese Mittel als zweckgebundene Mittel in den Haushalt des Thüringer Bildungsministeriums zu überführen bzw. einzustellen und an die Kommunen zu geben. Sein Haus habe den Rahmen der direkten Finanzierbarkeit von Kita-Plätzen vollständig ausgeschöpft.

Ich frage die Landesregierung:

1. Aus welchen rechtlichen, insbesondere verfassungsrechtlichen Gründen ist nach Ansicht der Landesregierung die Schaffung eines eigenen zweckgebundenen Haushaltstitels für die Mittel zur Umsetzung des Kindertageseinrichtungsgesetzes im Haushalt des Thüringer Bildungsministeriums nicht möglich?
2. Welche direkten zweckgebundenen „Mittelflüsse“ gibt es außerhalb des KFA an die Thüringer Kommunen für kommunale Aufgaben?
3. Wo und nach welchen Kriterien ist nach Ansicht der Landesregierung und insbesondere mit Blick auf die Tatsache, dass die Umsetzung des Thüringer Kindertageseinrichtungsgesetzes gesetzliche Pflichtaufgabe ist, die Grenze zu ziehen zwischen den Finanzierungspflichten der öffentlichen Hand und der Elternbeteiligung an den Kosten gemäß § 20 ThürKitaG (Stichwort „Angemessenheit“)?
4. Inwiefern kann erfolgen bzw. erfolgt durch öffentliche Stellen des Landes - insbesondere durch die Kommunalaufsicht und den Rechnungshof - die Überprüfung der Definition und Kalkulation der Betriebskosten im Sinne des § 18 Abs. 8 KitaG und der Gestaltung der Elternbeiträge hinsichtlich ihrer rechtlichen und wirtschaftlichen Korrektheit bezogen auf die einzelnen Einrichtungen?

Vizepräsident Gentzel:

Für die Landesregierung antwortet das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Herr Staatssekretär Prof. Merten.

Prof. Dr. Merten, Staatssekretär:

Vielen Dank, Herr Präsident. Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Frau Jung wie folgt:

Zu Frage 1: Der ungedeckte angemessene Finanzbedarf für die Kindertagesbetreuung wird in voller Höhe bei der Bemessung der angemessenen Finanzausstattung der Kommunen berücksichtigt. Die Mehrkosten der Novelle des Thüringer Kita-Gesetzes wurden bedarfserhöhend und vollständig einbezogen. Die Ausreichung der Mittel für die Kindertagesbetreuung erfolgt über mehrere Wege. Soweit die Zahlungen nicht zweckgebunden über die sogenannten Landespauschalen erfolgen, fließt der verbleibende Anteil der Landesleistungen den Kom-

munen über die Schlüsselzuweisung zu. Daneben sind die eigenen Steuereinnahmen der Kommunen bei der Betrachtung der Gesamtfinanzierung zu berücksichtigen. Die beiden Komponenten sind bei jeder Gemeinde unterschiedlich. Je höher die eigene Finanzkraft und damit die Fähigkeit, einen höheren Anteil an der Deckung der Ausgaben zu bestreiten, umso geringer sind die Schlüsselzuweisungen für die betreffende Gemeinde und umgekehrt. Dieses Verfahren berücksichtigt auch, dass es Gemeinden gibt, die all ihre Aufgaben aufgrund ihrer eigenen hohen Steuereinnahmen aus eigener Kraft finanzieren können. Hier zusätzliche Mittel auszureichen, würde zu einer Überkompensation ihres Bedarfs zulasten der Allgemeinheit und aller anderen, vor allem der steuerarmen Gemeinden führen. Gleichzeitig stünden weniger freie Mittel für die steuerkraftarmen Gemeinden zur Verfügung, die auf diese Zuweisung dringend angewiesen sind. Die Finanzierung der Kindertagesbetreuung als im eigenen Wirkungskreis übertragene Aufgabe komplett zweckgebunden und damit unabhängig von der eigenen Steuerkraft vorzunehmen, würde die Kommunen in ihrer verfassungsrechtlich geschützten kommunalen Selbstverwaltung unzulässig einschränken.

Zu Frage 2: Der Kommunale Finanzausgleich umfasst die angemessene Finanzausstattung. Sie beträgt im Jahr 2011 2.633,7 Mio. € und wird über den Titel der Anlage 2 und der Anlage 3 zum Thüringer FAG 2011 in Drucksache 5/1751 ausgereicht. Außerhalb und damit zusätzlich zur angemessenen Finanzausstattung werden Mittel in Höhe von insgesamt 200,8 Mio. € ausgereicht. Es handelt sich hier im Wesentlichen um Zuschüsse für Theater und Orchester, die örtliche Jugendförderung, investive Mittel für den örtlichen Personennahverkehr, Regionalisierungsmittel usw.

Zu Frage 3: Bei der Finanzierung pflichtiger und freiwilliger Selbstverwaltungsaufgaben gibt es eine verfassungsrechtliche Rangfolge der Finanzierungsquellen und Deckungsmittel. Originäre kommunale Einnahmen, insbesondere Abgaben mit Gegenleistungscharakter wie Gebühren und Beiträge, verdrängen unter Beachtung der verfassungsrechtlichen Grenzen der Abgabenerhebung die Notwendigkeit von Einnahmen aus Zuweisungen des Landes. Dies hat der Thüringer Verfassungsgerichtshof in seinem Urteil vom 21. Juni 2005 bestätigt. Daher sind gemäß § 20 Thüringer Kita-Gesetz die Eltern auch an der Finanzierung der Aufgabe Kindertagesbetreuung angemessen zu beteiligen.

In der Praxis ergibt sich dazu folgende Gestaltung der Elternbeteiligung:

Bei Gesamtkosten in Höhe von ca. 530 Mio. € im Jahr 2011 wurden die tatsächlichen Elternbeiträge und die Beiträge Dritter auf 87,5 Mio. € prognostiziert. Die Bemessung der Elternbeiträge orientiert

(Staatssekretär Prof. Dr. Merten)

sich dabei an den Werten der Vorjahre, das heißt, es wurde keine prozentuale Erhöhung der Elternbeiträge unterstellt, sondern lediglich bezogen auf die absoluten Zahlen.

Zu Frage 4: In den Angelegenheiten des eigenen Wirkungskreises unterliegen die Kommunen der Aufsicht der zuständigen Rechtsaufsichtsbehörden. Die staatliche Aufsicht beschränkt sich in diesen Fällen darauf, die Erfüllung der gesetzlich festgelegten und übernommenen öffentlich-rechtlichen Aufgaben und Verpflichtungen und die Gesetzmäßigkeit der Verwaltungstätigkeit im staatlichen Interesse zu überwachen. Das gilt auch für die Bestimmung des § 18 Abs. 8 des Thüringer Kindertageseinrichtungsgesetzes.

Vizepräsident Gentzel:

Es gibt eine Nachfrage durch die Fragestellerin.

Abgeordnete Jung, DIE LINKE:

Herzlichen Dank für die Beantwortung. Ich habe eine Nachfrage zu Frage 2. Sie haben ja aufgeführt, wozu zweckgebunden für Thüringer Kommunen Zuschüsse gestellt werden, Theater hatten Sie gesagt, Verkehr. Ich kann da nicht richtig nachvollziehen und das ist meine Frage, wieso dann nicht für Bildung? Das hätte ich schon ganz gern noch gewusst. Wenn man zweckgebundene Zuschüsse außerhalb des KFA tätigen kann, dann stellt sich für mich schon die Frage, warum im Prinzip dann nicht auch für Bildungseinrichtungen, Kindertagesstätten. Hintergrund meiner Frage ist einfach, dass man ja auch trennen könnte, dass die Personalkosten komplett vom Land bezahlt werden. Hier schließt sich die zweite Frage an: Können Sie sich vorstellen, dass die Finanzierung für die Kindertagesstätten noch einmal getrennt werden in Personal- und Sachkosten und diese nicht als zusammenfassende Betriebskosten bezeichnet werden?

Prof. Dr. Merten, Staatssekretär:

Ja, ich beantworte das gern.

Zur ersten Frage, die Übertragung des Kita-Gesetzes an einen eigenen Wirkungskreis, das hatte ich ja bereits ausgeführt. Von daher gibt es auch die Notwendigkeit, hier die kommunalen Selbstverwaltungsrechte anzuerkennen, das ist ganz selbstverständlich. Wir haben das verfassungsrechtliche Urteil ja heute schon mehrfach erwähnt gefunden. Dass Herr Kuschel das - das wird seine Nachfrage sein - anders interpretiert, auch das weiß ich, da kommen wir noch nicht überein. Die Frage der Zweckbindung ist eine, die auch im Kita-Gesetz enthalten ist, in den Landespauschalen, aber nicht vollständig, sondern mehrheitlich, das wissen wir, in die Schlüsselmasse, sozusagen in die Finanzierung eingeht. Insofern sind beide Wege beschritten,

eben unter der Maßgabe einer doch offensichtlich differenten Interpretation des vorliegenden verfassungsrechtlichen Urteils. Zur Frage der Vorstellung von Trennung der Personal- und Sachkosten: Vorstellen kann ich mir alles, ob man alles auch gleichzeitig machen kann, ist dann eine zweite Frage.

Vizepräsident Gentzel:

Es gibt eine weitere Nachfrage durch den Abgeordneten Kuschel.

Abgeordneter Kuschel, DIE LINKE:

Danke, Herr Präsident. Herr Staatssekretär, wie erklären Sie den Systembruch in Ihrer Argumentation, dass Sie gesagt haben, bei Kindertagesstätten wird die Finanzierung auch steuerkraftabhängig ausgezahlt an die Gemeinden, während aber bei der Schulträgerschaft die Ausreichung der Mittel über den Schullastenausgleich steuerkraftunabhängig erfolgt?

Herr Präsident, darf ich gleich eine zweite Frage stellen oder gibt es noch eine von einem anderen Fragesteller?

Vizepräsident Gentzel:

Ich sehe keinen anderen Fragesteller. Stellen Sie gleich die zweite Frage.

Abgeordneter Kuschel, DIE LINKE:

Danke schön, Herr Präsident. Die zweite Frage ist: Wie erklären Sie, dass ein Teil dieser Mittel, die in der Schlüsselmasse sind, für die Finanzierung der Kindertagesstätten zu einer kommunalen Ebene fließt, die gar nicht für Kindertagesstätten zuständig ist, nämlich zu den Landkreisen, weil die Verteilung der Schlüsselmasse ja zu 25 Prozent an die Landkreise geht?

Prof. Dr. Merten, Staatssekretär:

Zur ersten Frage, wie ich den Systembruch erklären kann, antworte ich, indem ich Ihre Prämisse nicht teile. Ich habe im Übrigen auch keine Ausführungen zur Schulträgerschaft gemacht, weil das ein anderes Thema ist, das können Sie nachsehen, weil ich nach dem Kita-Gesetz gefragt wurde.

(Heiterkeit DIE LINKE)

Insofern halte ich das systematisch auseinander und antworte auf Dinge, zu denen ich auch gefragt werde.

Das Zweite, Teil der Mittel: Ich erkläre das mit der Logik des KFA, wie er funktioniert. Und er funktioniert wie er funktioniert.

Vizepräsident Gentzel:

Danke, Herr Staatssekretär. Ich rufe auf die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Bergner von der Fraktion FDP in der Drucksache 5/2686.

Abgeordneter Bergner, FDP:

Vielen Dank, Herr Präsident.

Bürgernähe bei Bürgerbeteiligung?

Im Kreisjournal vom 7. Mai 2011 des Landkreises Greiz ist auf Seite 45 eine Bekanntmachung über einen Antrag auf Erteilung einer Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigung für eine Mittelspannungsleitung zu lesen. Betroffen sind Flurstücke der Gemarkungen Brückla, Dörtendorf, Mehla und Triebes, und ich füge hinzu, das habe ich vergessen zu schreiben, Langenwetzendorf. Der Bekanntmachung zufolge können die Eigentümer der betroffenen Grundstücke den eingereichten Antrag innerhalb von vier Wochen vom Tag dieser Bekanntmachung an beim Landesamt für Bau und Verkehr, Bescheinigungsstelle für Versorgungsleitungen, Außenstelle Sondershausen, von Montag bis Donnerstag zwischen 8.30 Uhr und 11.30 Uhr sowie zwischen 13.00 Uhr und 15.00 Uhr sowie am Freitag zwischen 8.30 Uhr und 11.30 Uhr bzw. nach vorheriger Terminvereinbarung einsehen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Rechtsgrundlagen sind für die o. g. Bekanntmachung und deren Inhalte maßgebend?
2. Bewertet die Landesregierung den Aufwand für die Betroffenen, um Einsicht in die Unterlagen nehmen zu können, als angemessen und bürgernah und wie begründet die Landesregierung ihre Auffassung?
3. Welche anderen Möglichkeiten bestehen, um eine wohnortnahe Einsichtnahme in die Unterlagen zu ermöglichen?
4. Wie bewertet die Landesregierung die o. g. Vorgehensweise im Vergleich zu ansonsten üblichen Verfahren der öffentlichen Auslegung und Bürgerbeteiligung?

Vizepräsident Gentzel:

Für die Landesregierung antwortet das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Technologie, Herr Staatssekretär Staschewski.

Staschewski, Staatssekretär:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, ich beantworte die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Bergner für die Thüringer Landesregierung wie folgt:

Die oben genannte Bekanntmachung ist Bestandteil des Bescheinigungsverfahrens für Versorgungs-

leitungen, das seine rechtliche Grundlage im Grundbuchbereinigungsgesetz GBBerG vom 20.12.1993 und der Sachenrechtsdurchführungsverordnung vom 20.12.1994 findet. Die Pflicht zur öffentlichen Bekanntmachung der Antragstellung sowie Vorgaben zu Art und Weise ihrer Durchführung ergeben sich dabei aus § 9 Abs. 4 des Grundbuchbereinigungsgesetzes sowie aus § 7 Abs. 1 der Sachenrechtsdurchführungsverordnung.

Zu Frage 2: Die Ausstellung sogenannter Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigungen ist ein Massenverfahren, das vom Landesamt für Bau und Verkehr über die Außenstellen Sondershausen und Sonneberg betrieben wird. Die bisher gestellten Anträge umfassen mehr als 150.000 Flurstücke im Freistaat. Bis dato wurden ca. 4.600 solcher Bescheinigungen erteilt. Angesichts der Tatsache, dass diese Verfahren mit einem relativ geringen Personalstock zügig bewältigt werden müssen, hält die Thüringer Landesregierung die von den zuständigen Stellen seit Jahren praktizierte und vonseiten der Bürger bisher nicht beanstandete Art und Weise der Bekanntmachung für praktikabel. Schon jetzt haben Betroffene die Möglichkeit, sich telefonisch an die Bescheinigungsstelle zu wenden und Auskünfte zu dem der Behörde vorliegenden Antrag einzuholen. Sofern dabei eine Eigentümerstellung glaubhaft gemacht wird, werden die den Eigentümer betreffenden Unterlagen von der Bescheinigungsstelle auch postalisch versandt. Auf Wunsch vermittelt die Bescheinigungsstelle darüber hinaus den Kontakt zu dem antragstellenden Versorgungsunternehmen, das meist über eine örtliche Niederlassung verfügt.

Zu Frage 3: Unter Verweis auf begrenzte Personalkapazitäten in den Bescheinigungsstellen unter Beachtung des die gesamte Verwaltung verpflichtenden Gebots der Wirtschaftlichkeit erscheinen abweichende Verfahrensweisen zur Bekanntmachung nicht immer besser. Dabei gilt es nämlich zu beachten, dass die Belegenheit eines Grundstücks nicht zwingend mit dem Wohnort des Eigentümers zusammenfällt. Eine Auslegung der Antragsunterlagen am Ort der betroffenen Grundstücke würde also nicht zwangsläufig zu mehr Bürgernähe führen.

Vizepräsident Gentzel:

Es gibt eine Nachfrage durch den Fragesteller.

Abgeordneter Bergner, FDP:

Danke Herr Präsident und vielen Dank Herr Staatssekretär für Ihre Antwort. Erhalten Sie die Einschätzungen in Sachen Angemessenheit aufrecht, wenn ich Ihnen berichte, dass man beispielsweise aus Hohenleuben, das für mehrere der Gemarkungen die nächste Bahnstation wäre, 6.45 Uhr abfahren muss, um 11.00 Uhr in Sondershausen sein zu können, und dass man 20.20 Uhr dann zurück ist in

(Abg. Bergner)

Hohenleuben bei einem Kostenaufwand von 57,80 €. Und wenn mir noch eine zweite Anfrage erlaubt ist, warum ist denn dann keine Auslegung in den Gemeinden möglich oder wenigstens im Landkreis oder ein Einstellen der Dateien ins Internet, wenn man erst auf Nachfragen am Telefon erfahren kann, dass man die Möglichkeit hat, das zugeschickt zu bekommen. Danke.

Staschewski, Staatssekretär:

Sehr gerne. Ich habe gesagt, es ist zur 1. Frage selbstverständlich möglich, sich das entsprechend telefonisch herbeizuholen. 2., dass das ein Massenverfahren ist, was seit Jahren so gehandhabt wird. Ich nehme gerne aber die Anregung mit auf, dass vielleicht eine Information noch im Internet zur Verfügung gestellt wird, damit Leute nicht extra erst mal anrufen müssen. Das nehmen wir mit und ich würde darum bitten, falls es möglich ist, doch dies so zu handhaben.

Vizepräsident Gentzel:

Es gibt eine weitere Nachfrage durch den Abgeordneten Kuschel.

Abgeordneter Kuschel, DIE LINKE:

Danke Herr Präsident. Herr Staatssekretär, nach meinem Kenntnisstand müssen die Anträge ja bis zum 31.12.2011 abgearbeitet sein. Jetzt haben Sie mehrfach von beschränktem Personalbestand ge-

sprochen. Inwieweit ist sichergestellt, dass dieser Termin eingehalten wird? Wie viele Verfahren müssen denn bis dahin noch bearbeitet werden?

Staschewski, Staatssekretär:

Ich habe ja - das waren ja auch zwei Fragen - gesagt, das ist ein Massenverfahren, es sind 150.000 Flurstücke im Freistaat betroffen. Bisher sind 4.600 solcher Bescheinigungen erteilt. Mir liegen im Moment keine Informationen vor, dass es nicht zur Bearbeitung der Anträge kommen kann, ich mache mich aber gerne kundig.

Vizepräsident Gentzel:

Danke, Herr Staatssekretär. Das Fragenkontingent ist erschöpft. Erschöpft ist auch die Zeit der Fragestunde. Wir haben 17.25 Uhr angefangen, deshalb schließe ich diesen Tagesordnungspunkt für heute. Ich schließe die heutige Sitzung ohne zu vergessen, noch einmal darauf hinzuweisen, um 19.00 Uhr beginnt hier im Haus der Empfang der BAR-MER GEK. Ansonsten einen guten Nachhauseweg.

Ende: 18.30 Uhr